

**Internationales Jahr der Familie  
1994+10  
2004**

Bericht über 10 Jahre österreichische Familienpolitik



Eigentümer, Herausgeber und Verleger:  
Bundesministerium für soziale Sicherheit  
Generationen und Konsumentenschutz  
Franz Josefs-Kai 51  
1010 Wien

  
BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT  
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ

  
IJF 1994 + 10

**Impressum**

Internationales Jahr der Familie 1994+10. Bericht über 10 Jahre österreichische Familienpolitik  
ISBN 3-85010-128-2

**Medieninhaber:**  
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz  
Abteilung V/7  
A-1010 Wien, Franz-Josefs-Kai 51

**Autor/in:**  
Brigitte Cizek, Stephan Gysi, Österreichisches Institut für Familienforschung

**Layout:**  
Ostry & Partner GmbH & Co KG - Internet Concept and Development

**Druck:**  
Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz  
Stubenring 1, 1010 Wien

Wien, 2004

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie der Verarbeitung und Einspeicherung in elektronische Medien, wie z.B. Internet oder CD-Rom.

Weitere Exemplare des Berichts können beim  
BMSG-Bestellservice: 0800-20 20 74  
bezogen werden bzw. über die Homepage des Ressorts ([www.bmsg.gv.at](http://www.bmsg.gv.at)) heruntergeladen  
werden.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Im Jahr 2004 begeht die internationale Staatengemeinschaft den zehnten Jahrestag des Internationalen Jahres der Familie ("IJF 1994+10"). Die Vereinten Nationen haben Österreich, so wie alle anderen Mitgliedsstaaten, per Resolution dazu aufgerufen, auf nationaler Ebene Aktivitäten für dieses Jubiläum zu planen.

Im Zuge der Vorbereitungen auf diesen Jahrestag wurde das Österreichische Institut für Familienforschung beauftragt, in einem Bericht Resümee über die familienpolitischen Schwerpunkte, Erfolge und Ergebnisse von 1994 bis 2004 zu ziehen.

Wir freuen uns, Ihnen diesen Bericht nunmehr präsentieren zu können.

Er beinhaltet neben einem Abschnitt über die Entwicklung der Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds - einem zentralen Instrument der österreichischen Familienpolitik - einer Modellrechnung, wie sich die Familienleistungen auf die finanzielle Situation von Familien auswirken, auch einen zusammenfassenden Überblick über familienpolitische Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene sowie im Bereich der NGOs.

Aus dem Resümee über die vergangenen 10 Jahre wird ersichtlich, dass die österreichische Familienpolitik insgesamt gesehen sehr initiativ und sehr erfolgreich war.

Erreichte Meilensteine - wie die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Engagement in der Seniorenpolitik - zeigen, dass die österreichische Familienpolitik auf Erfolgskurs ist. Wir werden alles dazu tun, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Herzlichst

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Haupt".

Mag. Herbert Haupt  
Sozialminister

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Haubner".

Ursula Haubner  
Staatssekretärin

# Inhalt

---

Einleitung .....	4
1 Die historische Entwicklung der österreichischen Familienpolitik bis 1994 .....	5
2 Familienpolitik zwischen 1994-2004 .....	8
2.1 Die Entwicklung der Leistungen aus dem FLAF.....	8
2.1.1 Einleitung .....	8
2.1.2 Überblick über die Entwicklung der Ausgaben .....	9
2.1.3 Stammleistungen des FLAF .....	11
2.1.4 Übrige Unterstützungsleistungen des FLAF .....	12
2.1.5 Sonstige familienpolitische Maßnahmen .....	12
2.1.6 Der Reservefonds für Familienbeihilfen .....	13
2.2 Monetäre Familienleistungen: Eine Modellrechnung .....	13
2.2.1 Rahmenbedingungen und Prämissen .....	13
2.2.2 Modellfamilien .....	15
2.2.3 Modellsituationen .....	16
2.2.4 Anspruchsberechtigungen .....	18
2.2.5 Ergebnisse .....	18
2.2.5.1 Situation A: Karenz .....	18
2.2.5.2 Situation B: Unselbstständig erwerbstätig .....	19
2.2.5.3 Situation C: Hausfrau/Studentin .....	20
2.2.5.4 Situation D: Selbstständig erwerbstätig .....	21
2.2.6 Familien mit besonderen Bedürfnissen .....	22
2.2.6.1 Behinderung .....	23
2.2.6.2 Kinderreiche Familie .....	24
2.2.6.3 Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse .....	25
2.2.7 Fazit .....	26
2.2.8 Weitere Formen staatlicher Familienunterstützung .....	26
2.3 Familienpolitik auf Bundesebene .....	27
2.3.1 Familie und Gewalt .....	28
2.3.2 Familie und Lebensraum .....	30
2.3.3 Familie und Wohnen .....	30
2.3.4 Familie und Arbeitswelt .....	30
2.3.5 Familie und Jugend .....	31
2.3.6 Familie und Senioren.....	31
2.3.7 Familie und Leistungsausgleich.....	32
2.3.8 Familie und Behinderung.....	33
2.3.9 Familie und Familienformen .....	34
2.3.10 Familie unter besonderen Belastungen.....	35
2.3.11 Familie und Rechtsordnung .....	35
2.3.12 Familie und Gesundheit.....	35
2.3.13 Familie und Gesellschaft .....	36
2.3.14 Familie und Medien .....	36
2.3.15 Familie und Bildung .....	37

2.4 Familienpolitik von Ländern und Organisationen .....	38
2.4.1 Familie und Gewalt .....	38
2.4.2 Familie und Lebensraum .....	39
2.4.3 Familie und Wohnen .....	39
2.4.4 Familie und Arbeitswelt .....	39
2.4.5 Familie und Jugend .....	40
2.4.6 Familie und Senioren.....	40
2.4.7 Familie und Leistungsausgleich.....	40
2.4.8 Familie und Behinderung.....	41
2.4.9 Familie und Familienformen .....	41
2.4.10 Familien unter besonderen Belastungen.....	41
2.4.11 Familie und Rechtsordnung .....	41
2.4.12 Familie und Gesundheit.....	42
2.4.13 Familie und Gesellschaft .....	42
2.4.14 Familie und Medien .....	42
2.4.15 Familie und Bildung .....	42
2.5 Familienpolitik von Städten.....	43
2.6 Exkurs: Österreichisches Institut für Familienforschung .....	43
 3 Dokumentation der familienpolitischen Aktivitäten .....	47
3.1 Leistungen des Bundes .....	47
3.2 Leistungen von Bundesländern .....	64
3.2.1 Burgenland.....	64
3.2.2 Kärnten.....	67
3.2.3 Niederösterreich .....	71
3.2.4 Oberösterreich .....	76
3.2.5 Salzburg .....	82
3.2.6 Steiermark .....	85
3.2.7 Tirol.....	88
3.2.8 Vorarlberg.....	91
3.2.9 Wien .....	93
3.3 Leistungen von Organisationen .....	96
3.3.1 Freiheitlicher Familienverband .....	96
3.3.2 Katholischer Familienverband und Diözesanverbände .....	99
3.3.3 Kinderfreunde Österreich.....	109
3.3.4 Österreichischer Familienbund.....	113
3.3.5 Österreichisches Institut für Familienforschung .....	113
3.3.5.1 Forschungsprojekte .....	113
3.3.5.2 Dienstleistungen .....	122
 4 Anhang .....	115
4.1 Tabellen, Grafiken und Übersichten .....	115
4.2 Referenzen .....	1119



## Einleitung

---

Das im Jahr 2004 gefeierte zehnte Jubiläum des Internationalen Jahrs der Familie (IJF) 1994 gibt besonderen Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Themenkreis Familie in verschiedener Weise. Ein Aspekt dieser Auseinandersetzung soll eine Rückschau auf die zehn Jahre sein, die seit dem „International Year of the Family“ 1994 verstrichen sind. Zu diesem Zweck wurde das Österreichische Institut für Familienforschung mit einer Studie beauftragt. Die zentrale Aktivität zur Begehung dieses Jubiläums in Österreich bestand in der Konstituierung eines Nationalkomitees und der Einrichtung von zehn Arbeitskreisen zu familienrelevanten Themenbereichen, wobei der Arbeitskreis I „IJF+10: zehn Jahre österreichische Familienpolitik“ bei der Entstehung dieser nunmehr vorliegenden Studie als Begleitgruppe fungierte. Dafür sei an dieser Stelle allen Mitgliedern dieses Arbeitskreises herzlicher Dank ausgesprochen.

Der erste Teil der Arbeit ist dem Zeitraum vor 1994 gewidmet und zeichnet überblicksartig die Entwicklung der österreichischen Familienpolitik bis zum Internationalen Jahr der Familie nach.

Das Ziel des zweiten Teils ist es, die relevanten familienpolitischen Maßnahmen und Entwicklungen der seit dem IJF 1994 vergangenen zehn Jahre, gegliedert nach thematischen Kapiteln, zu beschreiben. Ein Kapitel widmet sich dem zentralen familienpolitischen Instrument Österreichs, dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), ein anderes betrachtet die Entwicklung aus der Sichtweise der Familien selbst. Weiter wird in einem Zeitvergleich anhand von Modelfamilien aufgezeigt, wie sich die monetären staatlichen Familienleistungen seit 1994 entwickelt haben. Anschließend folgen Darstellungen einzelner Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene sowie von im Familienbereich tätigen Organisationen aufgeschlüsselt nach Themenbereichen, wobei die thematische Gliederung derjenigen der Arbeitskreise folgt, die 1994 anlässlich des IJF in Österreich – damals 15 an der Zahl – eingesetzt wurden.

Der dritte Teil versteht sich als Dokumentation und gibt eine ausführliche Übersicht über die familienrelevanten Leistungen i.e.S., die bewusstseinsbildenden Maßnahmen (Veranstaltungen und Publikationen) und Forschungsprojekte der letzten zehn Jahre. Zur besseren Übersichtlichkeit sowie Vergleichbarkeit sind diese Informationen in einem Raster thematisch kategorisiert vorgelegt.

**1**


---

## Die historische Entwicklung der österreichischen Familienpolitik bis 1994

Ein zentrales Element der Familienpolitik in Österreich ist der Familienlastenausgleich. Der Ausgleich der finanziellen Mehrbelastung, die durch Ernährung, Bekleidung, häusliche Unterbringung und Erziehung von Kindern verursacht wird, ist aus allen diesen Gründen nicht nur eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine gesellschaftliche Existenznotwendigkeit. Der Ausgleich der Familienlasten hat zwischen denjenigen zu erfolgen, die diese Lasten im Interesse der gesamten Gesellschaft tragen und jenen, die solche Lasten nicht zu tragen haben, jedoch bewusst oder unbewusst daraus Nutzen ziehen, dass es andere für sie tun (Ausschussbericht zu FLAG 1955).

Durch dieses Grundprinzip soll die soziale Gerechtigkeit für Familien hergestellt und die Symmetrie im Generationenvertrag aufrechterhalten werden. In diesem Zusammenhang hat der Verfassungsgerichtshof bereits 1991 dargelegt, dass die Unterhaltsleistung an Kindern nicht bloß „Sache privater Lebensgestaltung oder des persönlichen Risikos“ ist. Nur die horizontale Umverteilung erfolgt heute dabei weitgehend einkommensunabhängig.

Die Geschichte des Familienlastenausgleichsfonds reicht bis in die Jahre 1948/49 zurück. In der 2. Republik begannen Leistungen für Familien mit Kindern am 1. Oktober 1948 mit einer Ernährungsbeihilfe von ATS 23,- pro Monat. Damit wurde der Wegfall der seit Kriegsende gewährten Preiszuschüsse für lebenswichtige Artikel ausgeglichen. Es handelte sich allerdings dabei noch nicht um allgemeine Beihilfen, da sie nur für unselbstständig Erwerbstätige gewährt wurden. Dabei kann festgestellt werden, dass zu diesem Zeitpunkt schon die Lehrlingsbestimmung enthalten war, d.h. unabhängig vom Einkommen bezogen deren Eltern Beihilfe. Der Dienstgeber bezahlte schon die Beihilfe, welche er im nächsten Monat mit Abgabenfällen gegenverrechnen konnte. Allerdings war diese Vorkehrung noch in der „allgemeinen Gebarung geregelt“.

Am 16. Dezember 1949 trat das Kinderbeihilfengesetz in Kraft (mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1950), wodurch ein Fondssystem zur Finanzierung der Kinderbeihilfe in der Höhe von ATS 150,- geschaffen wurde, in welches Mitteln durch einen Lohnverzicht der Arbeitnehmer/innen flossen. Diese Zuwendung war allerdings beschränkt auf unselbstständig Erwerbstätige. Dieser Fonds stellte den Grundstein für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) dar, und es lag ihm bereits das Prinzip eines horizontalen Lastenausgleichs zugrunde. Ein Teil des Lohnes wurde durch „Lohnverzicht“ umverteilt und kam all jenen zugute, die aktuell die wirtschaftliche Verantwortung für Kinder zu tragen hatten. Der Fonds unterlag allerdings noch der allgemeinen Gebarung, und die Ausschüttung war anfangs noch an Einkommensgrenzen gebunden. Eine entscheidende Neuerung stellte schon die geänderte Finanzierung dar, in der die Mittel anstatt aus dem allgemeinen Budget durch ein Abgabesystem zustande kamen (Dienstgeberbeiträge). Die Einkommensgrenzen betrugen bis auf die Lehrlinge ATS 36.000. Die Dienstgeber mussten 2% der Kranken- oder Rentenversicherung der Beitragsgrundlagen zahlen.

1951 machte das Finanzministerium von der Ermächtigung zur prozentuellen Veränderung Gebrauch, worauf der Dienstgeberbeitrag von 2% auf 3% und danach auf 6% angehoben wurde.

Schließlich wurde die Selbstträgerschaft für Bund, Länder und Gemeinden (über 2000 Einwohner/innen) eingeführt. Diese sind von den Dienstgeberbeiträgen zum FLAF befreit und tragen dafür die Kosten der Kinderbeihilfe für ihre Bediensteten selbst. Eine Aufhebung dieser Bestimmung würde dem FLAF zusätzliche Mittel von derzeit jährlich rund Euro 218 Millionen bringen.

Im Bemühen, Beihilfen allen Familien in Österreich zugänglich zu machen, sah das Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) 1955 erstmals für Selbstständige eine Familienbeihilfe sowie einen Ergänzungsbeitrag für unselbstständig Erwerbstätige und eine Kinderbeihilfe unter Hinweis auf das Kinderbeihilfengesetz 1950 vor. Damals wurde die Kinder- und die Familienbeihilfe progressiv zuzüglich eines Ergänzungsbeitrages ab drei Kinder gewährt. Weiters wurde ein Muttergeld ausgezahlt.

Für die Errichtung und Verwaltung des Familienlastenausgleichsfonds wurde auf Verfassungsebene die entsprechende Kompetenzgrundlage für den Bund geschaffen, in der von „Bevölkerungspolitik, soweit sie die Gewährung von Kinderbeihilfen und die Schaffung eines Lastenausgleiches im Interesse der Familie zum Gegenstand hat“ die Rede ist (Art. 10 Abs. 1 Z 17 BVG).

Um die Mittel aufbringen zu können, wurde auch für Selbstständige der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geschaffen, wie er bereits für Kinderbeihilfen ab 1950 bestand. Der Ausgleichsfonds für Familien wurde gespeist durch Beiträge der Einkommen, von Land- und Forstwirtschaftsbetrieben sowie der Bundesländer. Für die Länder wurde ein Beitrag in der Höhe von ATS 24,- für alle Staatsbürger, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, vorgesehen.

Die Kinderbeihilfe und die Familienbeihilfe waren von Anfang an auf eine Ergänzung der auf dem Gebiet des Einkommenssteuerrechtes vorgesehenen Kinderermäßigung angelegt. Man konnte also bis Ende 1977 (Wegfall der Kinderermäßigung) von einem dualen System der finanziellen Familienförderung sprechen. Ab 1. Jänner 1993 kehrte mit den Kinderabsetzbeträgen neuer Art nach dem Familienbesteuerungsgesetz 1992 das duale System wieder in die österreichische Rechtsordnung zurück.

Am 1. März 1956 wurde die Geburtenbeihilfe mit damals ATS 500,- gesetzlich geregelt. Im Rahmen einer FLAG und Kinderbeihilfengesetz-Novelle vom 28.11.1960 wurde die zweckgebundene Gebarung der Gelder für die Familien gesetzlich verankert. Mit diesem Schritt wurde der Familienlastenausgleich auch budgetär abgesichert. Im selben Jahr wurde auch die österreichische Postsparkasse mit der Veranlagung der Mittel des FLAF beauftragt.

Mit dem Familienlastenausgleichsgesetz von 1967 wurde das Kinderbeihilfengesetz für unselbstständig Erwerbstätige und das Familienbeihilfengesetz für Selbstständige zusammengeführt und damit die Familien- und Geburtenbeihilfe auf eine neue rechtliche Basis gestellt. Die Idee dieser Beihilfen war es, unter einem einheitlichen Begriff einzelne gesetzliche Leistungsmaßnahmen, wie Kinderbeihilfe, Ergänzungsbetrag und Muttergeld zusammenzufassen. Im Sinne eines horizontalen Lastenausgleiches wurde die Neuregelung bezüglich der Aufhebung der Einkommensgrenzen bis zum 18. Lebensjahr des Kindes geschaffen. Seit dieser Zeit hat es eine Vielzahl von Novellen zum Familienlastenausgleichsgesetz 1967 gegeben.

In diesem Jahr wurde auch der Reservefonds mit dem Ziel errichtet, die Finanzierung der Abgänge des FLAF durch eine Reservehaltung aller Überschüsse zu garantieren. Sollten in einem Jahr mehr Einnahmen als Ausgaben zustande kommen, so wird der anfallende Überschuss an den Reservefonds überwiesen. Im Gegensatz zum FLAF besitzt der Reservefonds Rechtspersönlichkeit und wird zur Zeit vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) verwaltet. Diese Mittel sollen zur Deckung eventueller Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds verwendet werden und jeweils ein Drittel des Gesamtaufwands des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen des letztabgelaufenen Jahres betragen. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die vorgesehenen Ausgaben aus dem FLAF vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln vorzuschießen.

In den Jahren 1978 und 1981 reduzierte sich der Dienstgeberbeitrag von 6% auf 4,5%. Diese Reduktion ergibt, auf heute gerechnet, eine jährliche Einnahmenminderung von rund 872 Mio. Euro. Durch den Wegfall der Kinderabsetzbeträge im Jahre 1978 erfolgte eine Aufstockung der FLAF-Mittel um 690 Mio. Euro.

Ab den siebziger Jahren, als die Familien- und Geburtenbeihilfe noch die beiden einzigen Stammleistungen darstellten, begannen die Ausgaben des FLAF durch die kontinuierliche Einführung verschiedener Sachleistungen, wie 1971 mit der Einführung der Freifahrt für Schüler/innen- und Lehrlinge, zu steigen. Ein Jahr später wurden die Kosten der Schulbücher durch den FLAF übernommen. 1974 wurde der Mutter-Kind-Pass und die erhöhte Geburtenbeihilfe eingeführt, die dann gebührte, wenn Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass nachgewiesen wurden. Mit der Einführung des Mutter-Kind-Passes kam es auch zu einer deutlichen Reduzierung der Säuglingssterblichkeit in Österreich von 23,5% auf 7,4% bis ins Jahr 1992 sowie auch zu einer besseren Früherkennung von Krankheiten und Behinderungen. Im selben Jahr übernimmt der FLAF einen Teil der Finanzierung des Karenzgeldes, der Rest kam nach wie vor aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Waren es 1982 noch 25%, die aus den Mitteln des FLAF zur Finanzierung des Karenzgeldes kamen, so stieg der Anteil bis 1988 auf 50% und 1996 auf 70% an. Seit 1980 gibt es für Schüler/innen eine Unfallversicherung. Im selben Jahr wird auch die Betriebshilfe und die Beteiligung am

Wochengeld durch den FLAF eingeführt. Im Rahmen der Betriebshilfe bekamen selbstständig erwerbstätige Frauen, die nach dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz (GSVG) in der Krankenversicherung pflichtversichert waren und Bäuerinnen, die nach dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG) versichert waren, während der „Schutzfrist“ eine Ersatzarbeitskraft beigestellt oder eine Geldleistung ausbezahlt. 1982 werden die Mutter-Kind-Pass-Prämien um eine dritte Rate ausgeweitet, die nach Vorlage weiterer Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass bei Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes ausbezahlt wird. Im Zuge der Einführung der Fristenlösung wurden die ersten Familienberatungsstellen ebenfalls 1974 ins Leben gerufen und ab 1987 aus dem FLAF finanziert. Der seit 1984 existierende Familienhärteausgleich wird 1988 als zweckgebundene Gebarung im FLAF geregelt. Aus den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln kann Familien, die unverschuldet in Notsituationen geraten sind, geholfen werden. 1988 sieht der FLAF einen Pensionsbeitrag für Pflegepersonen vor. 1990 wurde die Wiedereinstiegsbeihilfe geschaffen, in deren Rahmen Arbeitgeber/innen gefördert wurden, die Wiedereinsteigerinnen einzstellen.

**2**

## Familienpolitik zwischen 1994 und 2004

Dieses Kapitel hat zum Ziel, die Entwicklung der österreichischen Familienpolitik in den seit dem IJF1994 vergangenen zehn Jahren darzustellen.

Zunächst gilt die Aufmerksamkeit den Maßnahmen und Leistungen des Bundes, für deren Darstellung verschiedene Herangehensweisen gewählt wurden: Als erstes wird die Entwicklung des Familienlastenausgleichsfonds, des zentralen Finanzierungs- und damit Steuerungsinstruments der Familienleistungen auf Bundesebene, beleuchtet. Anschließend wird die Perspektive gewechselt und anhand einer Modellrechnung die Entwicklung der (monetären) Unterstützung aus der Sicht der einzelnen Familien untersucht.

Um einen Überblick über familienrelevante Maßnahmen in Österreich auch außerhalb des Finanzierungsbereichs des Familienlastenausgleichsfonds zu erhalten, erging seitens des BMSG ein Schreiben an Bundesministerien, Länder, Städte sowie an die vier großen einschlägigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) Österreichs. Darin wurden diese um Zusammenstellung der von ihnen initiierten Leistungen für Familien seit 1994 gebeten, gegliedert nach den Bereichen „Familienrelevante Leistungen“, „Bewusstseinsbildende Maßnahmen (Enquêtes, Medienkampagnen)“ und „Forschungsaktivitäten“. Die eingegangenen Kataloge der Errungenschaften im Familienbereich unterschieden sich nicht nur quantitativ in beträchtlichem Maße, sondern auch in inhaltlicher Sicht.

Auf der Basis der eingegangenen Rückmeldung werden sodann beispielhaft zentrale Ereignisse, Leistungen und Maßnahmen diskutiert. Diese Abschnitte sind einerseits nach Leistungserbringer gegliedert, andererseits auch thematisch geordnet. Die inhaltliche Einteilung basiert dabei auf den Schwerpunkten der 15 Arbeitskreise, die anlässlich des Internationalen Jahrs der Familie 1994 in Österreich aktiv waren.

Die vollständigen Rückmeldungen von Bund, Ländern und NGOs sind in der Form von Rastern, aufgespannt einerseits durch die vorgegebene formale Gliederung der familienpolitischen Maßnahmen (Leistungen, Bewusstseinsbildung, Forschung) und andererseits durch die 15 inhaltlichen Themenbereiche, im dritten Teil der vorliegenden Studie dokumentiert.

### 2.1 Die Entwicklung der Leistungen aus dem FLAF

#### **2.1.1 Einleitung**

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ist das zentrale Instrument zur Finanzierung der österreichischen Familienpolitik. Sein Ziel ist die horizontale Umverteilung zwischen jenen, die gegenwärtig Unterhaltsverpflichtungen für Kinder leisten müssen, und jenen, für die dies gegenwärtig nicht zutrifft. Die Umverteilung erfolgt dabei weitgehend einkommensunabhängig.

Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Ausgabenseite des FLAF, der Vollständigkeit halber sind aber im Anhang auch eine Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen (Tabelle 8) und die prozentualen Anteile derselben (Tabelle 9) einsehbar.

#### **2.1.2 Überblick über die Entwicklung der Ausgaben**

Im Zeitraum zwischen 1994 und 2004 spiegelt die Struktur der FLAF-Ausgaben deutlich die wesentlichen Entwicklungen in der österreichischen Familienpolitik wider. Die bis 1998 sinkenden Gesamtzahlungen sind zu einem großen Teil auf die Umsetzung der beiden Strukturanpassungsgesetze der Jahre 1995 und 1996 zurückzuführen.<sup>1</sup> Dadurch wurden die Ausgaben des FLAF weiter reduziert und in den folgenden Jahren bis 2002 jeweils ein Überschuss an den Reservefonds überwiesen werden. Ab 1999 stiegen jedoch die Ausgaben wieder kontinuierlich an, und auch der Bundesvoranschlag für das Jahr 2003 sieht wiederum eine Erhöhung vor.

<sup>1</sup> Zur Rolle der demografischen Entwicklung in diesem Zusammenhang s. BMUJF, 1999, 438.

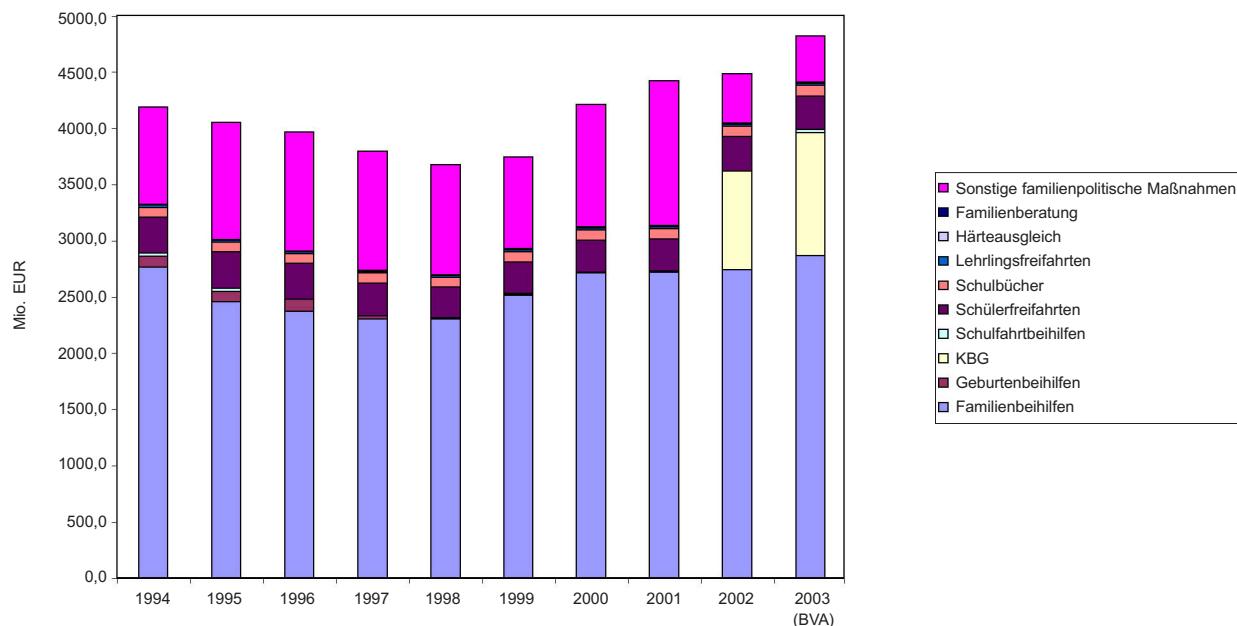
Tabelle 1: FLAF-Ausgaben 1994-2003 (in Mio. Euro)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (BVA)
Familienbeihilfe	2764,1	2455,5	2370,9	2302,5	2305,6	2516,0	2711,0	2718,2	2738,4	2867,5
Geburtenbeihilfe	96,7	93,3	107,3	28,6	7,1	9,5	8,6	8,6	-	-
KBG	-	-	-	-	-	-	-	-	876,5	1092,4
Schulfahrtbeihilfen	30,2	26,5	3,0	1,9	1,9	2,1	2,1	2,0	2,0	29,0
Schülerfreifahrten	318,2	326,0	316,5	291,3	272,3	281,3	283,1	287,5	305,8	296,6
Schulbücher	86,0	86,1	87,4	87,2	87,6	94,9	92,2	89,8	95,1	96,1
Lehrlingsfreifahrten	18,6	13,0	13,4	13,3	13,8	14,0	15,4	14,6	15,9	15,7
Härteausgleich	1,8	1,0	0,8	1,1	1,1	1,2	0,8	1,0	1,1	4,0
Familienberatung	7,3	7,2	7,2	7,4	8,0	8,0	9,1	10,2	10,9	10,9
Sonstige fam.-pol. Maßnahmen	864,7	1040,5	1057,4	1061,2	980,4	818,2	1085,6	1287,4	440,5	408,9
Rückzahlungen/ Überweisungen	-	-	-	189,4	426,4	453,7	104,6	62,0	33,2	-
Summe	4187,5	4049,1	3964,0	3983,9	4104,3	4198,7	4312,4	4481,4	4519,4	4821,1

Quelle: BMF (div. Jahrgänge)

Anmerkung: Für Werte in ATS sowie prozentuale Zusammensetzung s. Tabelle 2 und Tabelle 6 im Anhang

Grafik 1: Struktur des FLAF 1994-2003



### 2.1.3 Stammleistungen des FLAF

Im März 1995 beschloss der österreichische Nationalrat das Strukturanpassungsgesetz (das sogenannte „erste Sparpaket“, vgl. Übersicht 1), welches auch bei familienpolitischen Leistungen Kürzungen vorsah. Die Hauptleistungen des FLAF waren wie folgt davon betroffen ATS 100 pro Kind und Monat reduziert. Das erhöhte Karenzgeld erfuhr eine Kürzung und Erschwerung der Anspruchsbedingungen. Die Sparanstrenngungen der Regierung wurden im Folgejahr 1996 mit einem weiteren Strukturanpassungsgesetz fortgeführt. Damit war die Aufhebung der Geburtenbeihilfe verbunden. Der Karenzgeldbezug über die volle Dauer von 2 Jahren wurde an die Bedingung geknüpft, dass die Karenz unter den Eltern aufgeteilt wird und der zweite Partner mindestens 6 Monate in Anspruch nimmt. Ging nur ein Elternteil in Karenz, verkürzte sich nach der neuen Regelung die Bezugsdauer um ein halbes Jahr auf 18 Monate.

## *Übersicht 1: Familienrelevante Sparmaßnahmen der Strukturanpassungsgesetze 1995 und 1996*

Strukturanpassungsgesetz 1995 , Sparpaket I‘ (BGBI. 297/1995)	Strukturanpassungsgesetz 1996 , Sparpaket II‘ (BGBI. 201/1996)
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Aufhebung der Heimfahrtbeihilfe.</li> <li>■ Kürzung der Familienbeihilfe um ATS 100 pro Kind/Monat.</li> <li>■ Einführung eines 10%-Selbstbehalts bei Gratisschulbüchern und Schülerfreifahrt</li> <li>■ Kürzung des erhöhten Karenzgelds um ATS 161,-.</li> <li>■ Einführung der Erfordernis, für den Bezug des erhöhten Karenzgelds die Identität des Kindesvaters offen zu legen.</li> <li>■ Einführung der Rückzahlungspflicht des erhöhten Karenzgeldes bei Überschreiten einer Einkommensgrenze.</li> <li>■ Streichung der Familienzuschläge zum Arbeitslosengeld unter gewissen Voraussetzungen.</li> <li>■ Erschwerung der Anspruchsbedingungen für neuerliche Karenzgeldbezug (26 statt 20 AIV-pflichtige Beschäftigungswochen).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Aufhebung der Geburtenbeihilfe (Ersatz: Mutter-Kind-Pass-Bonus).</li> <li>■ Aufhebung der Freifahrt für Studierende</li> <li>■ Koppelung der Familienbeihilfe für Studierende an Studienerfolg.</li> <li>■ Kürzung des Karenzgeldbezugs auf 18 Monate (24 Monate nur noch, wenn Karenz geteilt wird und der Partner mind. 6 Monate in Anspruch nimmt).</li> <li>■ Kürzung der Teilzeitbeihilfe auf max. 18 Monate.</li> <li>■ Kürzung/Aufhebung des allgemeinen Absetzbetrages (einkommensabhängig).</li> </ul>

Mit dem Wegfall der Geburtenbeihilfe drohte ein Rückgang der ärztlichen Schwangeren- und Kleinkinduntersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Pass-Programms, weil diese eine Bedingung für den Bezug der Geburtenbeihilfe gebildet hatten. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, wurde als Ersatz mit dem Mutter-Kind-Pass-Bonus wieder ein finanzieller Anreiz in der Höhe einer einmaligen Zahlung von ATS 2000 geschaffen. Für den Bezug dieser Prämie war das Absolvieren aller im Mutter-Kind-Pass bis zum ersten Geburtstag vorgesehenen Untersuchungen erforderlich. Für Kinder, die nach dem 31. Dezember 2001 geboren wurden, gilt wieder eine neue Regelung: Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) fiel der finanzielle Bonus als Anreiz für die medizinischen Untersuchungen weg, an seine Stelle trat die Halbierung des KBG ab dem 21. Lebensmonat, sofern nicht die ersten zehn Untersuchungen des Mutter-Kind-Pass-Programms nachweislich rechtzeitig absolviert worden sind.

Die Sparbemühungen blieben nicht ohne die beabsichtigte Wirkung auf das Budget: Die Ausgaben des FLAF sanken bis 1998 kontinuierlich leicht ab. Dann jedoch wendete sich das Blatt wieder. Für das neuerliche Ansteigen der FLAF-Ausgaben ab 1999 waren hauptsächlich zwei Gründe verantwortlich: Zum einen schlug sich hier die Umsetzung der 1998 beschlossenen Familiensteuerreform (‘Familienpaket 2000’) nieder. Damit wurde auf das Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis zu steuerlichen Behandlung der Familien vom 17. Oktober 1997 reagiert, dessen Kernaussage war, daß die steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen an Kinder gleichheits- und damit verfassungswidrig sei. Die Reform sah neben höheren Kinderabsetzbeträgen auch eine etappenweise Erhöhung der Familienbeihilfe und der Schülerbeihilfen sowie die Einführung eines Mehrkindzuschlags vor. In Übersicht 2 sind die wesentlichen Maßnahmen zusammengestellt.

## Übersicht 2: Familienrelevante Maßnahmen im Zuge der Steuerreform 1999/2000 (Auswahl)

### Familienpaket 2000

- Erhöhung der Familienbeihilfe um monatlich ATS 150
- Erhöhung des Kinderabsetzbetrages auf ATS 700
- Einführung der Geschwisterstaffelung bei der Familienbeihilfe
- Einführung des Mehrkindzuschlages (ab 3. Kind, bei geringem Einkommen)
- Erhöhung des Alleinverdiener- und Alleinerzieher- Absetzbetrages bei geringer oder keiner Steuerleistung auf ATS 5.000 jährlich
- Erhöhung der Schülerbeihilfen um 25%
- Erhöhung des Behindertenzuschlags bei der Familienbeihilfe um monatlich ATS 150
- Erhöhung des Karenzgeldes bei der Teilzeitkarenz um 10%

Zum anderen ist der Anstieg auch auf die vorübergehenden Regelungen der §§ 40a und 40b FLAG 1967 zurückzuführen, die für die Jahre 2000 bis 2002 Überweisungen an dem beim Hauptverband eingerichteten Ausgleichsfonds der Träger der Pensionsversicherung anordneten. Dadurch wurde vom FLAF ein Beitrag an die Finanzierung der Ersatzzeiten der Kindererziehung geleistet. Diese Querfinanzierung ist der Grund für das vorübergehende Ansteigen der Ausgaben für „Sonstige familienpolitische Maßnahmen“ in den Jahren 2000 und 2001.

Zu einem weiteren deutlichen Ausgabenanstieg führte die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) per 1. Jänner 2002. Diese Ausgaben – im Gegensatz zum bisherigen Karenzgeld im Budget gesondert ausgewiesen – stellen innerhalb des Fonds nach der „Familienbeihilfe neu“ die zweitgrößte Position. Durch den Wegfall der alten Karenzregelung wird der Posten „Sonstige Maßnahmen“, aus dem die aus dem FLAF beigesteuerten Anteile des Karenzgeldes geflossen waren, entlastet. Da aber mit der KBG-Regelung im Vergleich zum vorher gültigen Karenzgeld nicht nur pro Bezieher/in mehr ausbezahlt wird, sondern diese Unterstützungsleistung auch zur Gänze aus den Mitteln des FLAF finanziert wird, ist durch die Einführung der Maßnahme das Gesamtvolumen des FLAF deutlich angewachsen.

Mit Beginn des Jahres 2003 wurde schließlich auch die Familienbeihilfe erneut ausgebaut. Zu den bisherigen drei Altersstaffeln trat eine vierte, so dass sich die Familienbeihilfe nicht mehr erst nach zehn Jahren erstmals erhöht, sondern neu bereits nach drei Jahren, und zwar um monatlich (Euro 7,3). Die monatliche Familienbeihilfe für die dritte (10-18 Jahre) und vierte (19-26 Jahre) Altersstaffel sowie der Behindertenzuschlag wurden ebenfalls um diesen Betrag erhöht.

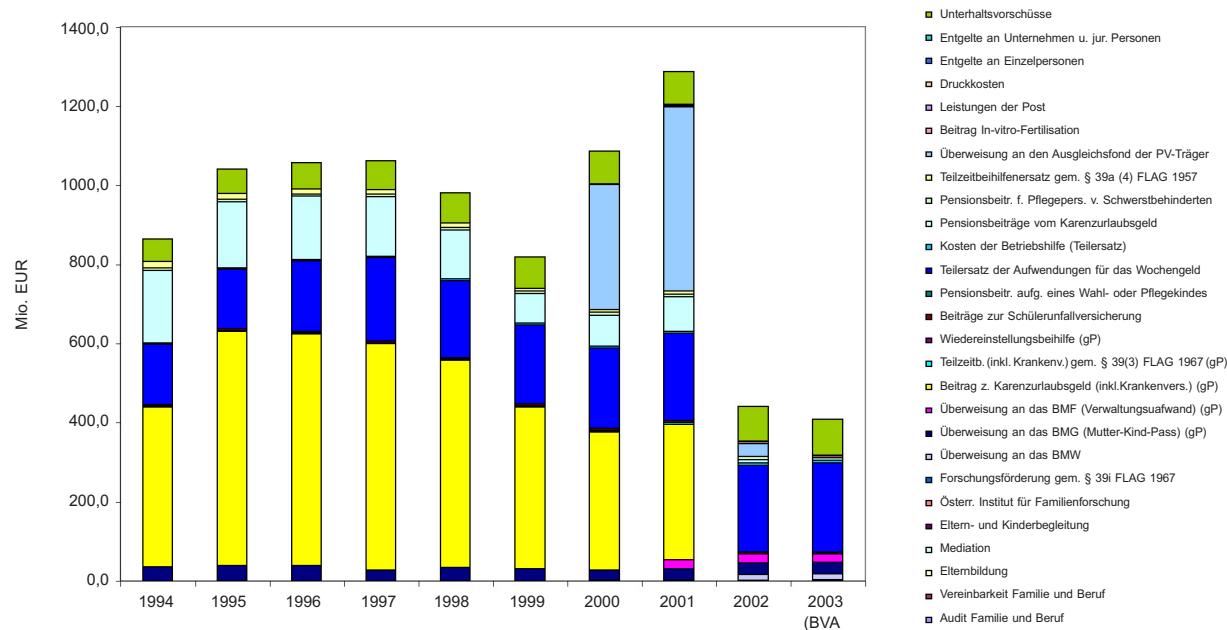
#### 2.1.4 Übrige Unterstützungsleistungen des FLAF

Die neben den drei großen Posten (Familienbeihilfe, Sonstige Maßnahmen mit Karenzgeld-Beitrag sowie Kinderbetreuungsgeld ab 2002) verbleibenden rund 10 bis 20% des Fonds verteilen sich ab 1997, also nach der Abschaffung der Geburtenbeihilfe, auf den ersten Blick relativ konstant auf Unterstützungsleistungen für Schüler/innen, Lehrlinge und Studierende, auf den Familienhärteausgleich sowie auf das Familienberatungswesen. Bei genauerer Betrachtung fallen indes auch bei diesen kleineren Posten einige bemerkenswerte Veränderungen auf. So sanken nach dem Wegfall der Heimfahrtsbeihilfe für Internatschüler/innen und Lehrlinge aufgrund der Strukturanpassungsgesetze 1995/96 die Ausgaben für Schulfahrtbeihilfen in der Zeit zwischen 1997 und 2002 auf rund ein Zehntel der in früheren Jahren budgetierten Mittel. Nach der Wiedereinführung der Heimfahrtsbeihilfe per 1. September 2002 sehen die Bundesvoranschläge für 2003 für diese Leistung wieder Ausgaben im früheren Ausmaß vor.

Die Ausgaben für den Familienhärteausgleich, haben sich im Vergleich zum Referenzjahr 1994 in der Folge auf rund die Hälfte eingepgelt. Die Voranschläge 2003 sehen Gelder in rund 3,5-facher Höhe der früheren Erfolge vor. Weil diese Leistung antragsabhängig ist, fällt es aber schwer, aufgrund des Voranschlags eine Prognose für die tatsächlich erfolgenden Ausgaben zu stellen. In den Vorjahren sind die entsprechenden veranschlagten Budgets in sehr unterschiedlichem Ausmaß ausgeschöpft worden.

Die Gelder für die Förderung der Familienberatungsstellen sind während des Untersuchungszeitraums kontinuierlich um 50% gestiegen, die Zahl der Beratungsstellen selber um ca. 25%. Der Grund hierfür liegt darin, dass Gelder für den Ausbau bereits bestehender Beratungsstellen mit besonderer Schwerpunktsetzung und für Förderung der Berater/innenweiterbildung aufgewendet wurden.

Grafik 2: Struktur „Sonstige familienpolitische Maßnahmen“ 1994-2003



## 2.1.5 „Sonstige familienpolitische Maßnahmen“

Eine gesonderte Betrachtung verdient innerhalb des FLAF die Position „Sonstige familienpolitische Maßnahmen“. Im Verhältnis zum gesamten Ausgleichsfonds zeichnet sie sich durch wesentlich größere Vielfalt und über die Zeit auch häufige Wechsel in der Zusammensetzung aus (vgl. Grafik 2 sowie Tabelle 7 im Anhang). Entsprechend wurden die „Sonstigen familienpolitischen Maßnahmen“ weiter untergliedert und umfassen zur Zeit die Teilbereichen „Förderungen“, „Sonstige Maßnahmen“, „Aufwendungen“ und „Unterhaltsvorschüsse“. Der naturgemäß typischen Eigenschaft „sonstiger Maßnahmen“ als „Sammelbecken“ wurde während der Untersuchungsperiode ausgeprägt Rechnung getragen und zahlreiche neue Ausgabenpositionen – vor allem Förderungen verschiedener Art – hier verortet. Während 1994 noch 11 Posten in diesen Bereich fielen, sind es 2004 bereits 20, obwohl im selben Zeitraum allein im Zusammenhang mit der Umstellung von der Karenz- zur Kinderbetreuungsgeldregelung fünf einzelne Ausgabenkategorien weggefallen sind.<sup>2</sup> Da die neu hinzugekommenen Positionen quantitativ eher marginal sind, ist trotz der Aufsplittung das Gesamtvolume der „Sonstigen familienpolitischen Maßnahmen“ deutlich abgesunken.

Zentral für diese Entwicklung ist der Wegfall des Beitrags zum Karenzgeld sowie dazugehöriger Leistungen wie Pensionsbeiträge, Teilzeit- oder Wiedereinstellungsbeihilfe. Der entsprechende Rückgang der „Sonstigen Maßnahmen“ wurde nur durch die vorübergehend angeordneten Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Träger der Pensionsversicherung in den Jahren 2000 bis 2002 verzögert.

<sup>2</sup> Es sind dies: Beiträge zum Karenzurlaubsgeld, Teilzeitbeihilfe gem. § 39(3) FLAG 1967 (jeweils inkl. Krankenversicherung), Wiedereinstellungsbeihilfe, Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld und Teilzeitbeihilfenersatz gem. § 39a(4) FLAG 1967.

Von den während des ganzen Untersuchungszeitraums enthaltenen Leistungen sind die Ausgaben für das Wochengeld, die Betriebshilfe und für Unterhaltsvorschüsse um je ca. 50% angestiegen, jene für das Mutter-Kind-Pass-Programm, die Schülerunfallversicherung und die Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten blieben etwa konstant.

### **2.1.6 Der Reservefonds für Familienbeihilfen**

Der § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sieht vor, dass Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des FLAF an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen sind, dessen Aufgabe es ist, allfällige Ausgabenschwankungen des FLAF auszugleichen. Falls auch die Mittel dieser Reserve erschöpft sind, muss vorläufig der Bund für die Deckung der Ausgaben aufkommen.

Wie gesehen, haben sich die Strukturanzugsgesetze auf der Ausgabenseite des FLAF deutlich bemerkbar gemacht. 1997, im ersten Jahr mit positivem Abschluss seit 1990, konnten nicht nur zwei Milliarden Schilling an den Bund zurückgezahlt werden, die dem FLAF 1994 vom Katastrophenfonds hatten zugeschossen werden müssen (BGBI. Nr. 1060/1994), sondern darüber hinaus auch wieder ein Betrag an den Reservefonds überwiesen werden. In den beiden Folgejahren wurde diese Reserve mit Überschüssen von je über 400 Mio. Euro gespeist, von 2000 bis 2002 sanken die „Einnahmen“ des Fonds aber – wie vorne dargestellt – zufolge ansteigender Aufwendungen wieder markant ab. Eine zusätzliche Belastung für den Reservefonds war die Überweisung von knapp 280 Mio. Euro an den Ausgleichsfonds für Pensionsversicherungsträger im Jahr 2000. Der Bundesvoranschlag für das Jahr 2003 sieht für den FLAF wieder Abgänge vor.

## **2.2 Monetäre Familienleistungen: Eine Modellrechnung**

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der monetären Unterstützungsleistungen für Familien in Österreich seit dem internationalen Jahr der Familie untersucht. Hier stehen die den Familien tatsächlich zur Verfügung gestellten Beträge im Zentrum. Auf der Ebene der einzelnen Familien wird nachvollzogen, welche monetären Transferleistungen an fiktive Modellfamilien zu verschiedenen Zeitpunkten seit 1994 ausbezahlt worden wären. Die Veränderung dieser Unterstützungsleistungen über die Zeit zeigt in anschaulicher Weise auf, welche konkreten Auswirkungen die relevanten Entwicklungsschritte der österreichischen Familienpolitik für die eigentliche Zielgruppe dieser Politik hatten.

### **2.2.1 Rahmenbedingungen und Prämissen**

Es gibt eine Vielfalt verschiedenartiger Familien-, aber auch anderer Unterstützungsleistungen sowie zahlreicher Regelungen zur Bestimmung der jeweils Anspruchsberechtigten.

Um die Vergleich- und Durchführbarkeit zu gewährleisten sowie zu Gunsten der Übersichtlichkeit wurden aus diesem Grund für diesen Modellvergleich einige einschränkende Prämissen zur Anwendung gebracht:

- Die Berechnungen beschränken sich auf explizit familienfördernde Maßnahmen, Ansprüche auf andere Transferleistungen wie Sozialhilfe werden nicht mit einbezogen (Ausnahme: Pflegegeld).
- Es werden nur Unterstützungsleistungen des Bundes untersucht. Allfällige relevante Leistungen der Länder (Familienbeihilfe, -zuschüsse etc.) bleiben unberücksichtigt.
- Nur eindeutig quantifizierbare monetäre Leistungen fließen in den Vergleich ein, weil der Einbezug von Unterstützungsformen wie etwa Steuer- oder Versicherungsbegünstigungen, Infrastruktur- und Sachleistungen eine unüberschaubare Zahl der zu vergleichenden Familientypen nach sich ziehen würde.
- Es handelt sich beim Vergleich um eine Momentaufnahme, d.h. es wird nicht nach der Bezugsdauer der einzelnen Unterstützungsleistungen unterschieden. Punktuell ausgeschüttete Beträge wie beispielsweise der Mutter-Kind-Pass-Bonus werden zwecks Vergleichbarkeit auf Monatsraten im Verhältnis zur gesamten Bezugsdauer umgerechnet und nur dann berücksichtigt, wenn zum einzelnen Untersuchungszeitpunkt ein aktueller Anspruch auf die Leistung bestanden hätte.

Als zu vergleichenden Zeitpunkte werden jeweils der 1. Jänner der Jahre 1994, 1998 und 2003 festgelegt. Dadurch werden die drei wesentlichen Abschnitte repräsentiert, die durch die Umstellungen des Systems familialer Förderungen während des Untersuchungszeitraums auftraten, nämlich jene der Karenzgeldregelung vor und nach den Strukturanpassungsgesetzen sowie der Kinderbetreuungsgeld-Regelung. Um die Vergleichbarkeit der für die verschiedenen Zeitpunkte errechneten Werte zu gewährleisten, werden jene für 1998 und 2003 anhand des Verbraucherpreisindex auf das Basismonat Jänner 1994 diskontiert. Wo nicht explizit erläutert, ist bei den nachfolgenden Berechnungen immer von realen, also inflationsbereinigten Werten die Rede.

Die monetären Familienleistungen auf Bundesebene können in Österreich im Wesentlichen in zwei Kategorien unterteilt werden:

- *Allgemeine Familienförderung* in Form der Familienbeihilfe, die aufgrund der Anspruchsvoraussetzungen für nahezu jedes in Österreich lebende Kind zusteht. Insbesondere wird das Einkommen der Eltern bei diesen Leistungen nicht berücksichtigt. Bis 2002 wurde in Österreich auch eine sog. Geburtenbeihilfe ausbezahlt, für welche die Anspruchsbedingungen schrittweise erhöht wurden, bevor sie ins Kinderbetreuungsgeld (KBG) integriert wurde. Sowohl Familien- wie auch Geburtenbeihilfe werden bzw. wurden fallweise durch Zusatzleistungen für spezielle Situationen (Alleinerzieher/innen, Bedürftigkeit, behindertes Kind etc.) ergänzt. Für den Bezug dieser Leistungen müssen aber jeweils zusätzliche Bedingungen erfüllt sein.
- *Einkommensersatz-Leistungen* zur Überbrückung eines Erwerbsausfalls wegen Kleinkindbetreuung (früher Karenzgeld/Teilzeitbeihilfe, seit 1.Jänner 2002 Kinderbetreuungsgeld). Die Anspruchsvoraussetzungen wurden in diesem Bereich mit der Einführung des KBG gelockert und müssen deshalb gesondert betrachtet werden. Im Rahmen der alten Karenzgeldregelung war eine frühere Erwerbstätigkeit zum Bezug der Leistung unabdingbar, da Mindestbeitragszeiten in der Arbeitslosenversicherung nachgewiesen werden mussten. Eine niedrige Zuverdienstgrenze schränkte die Bezieher/innen in ihren Möglichkeiten, einen Nebenerwerb zu erzielen, ein.

Mit der Einführung des KBG wurde das frühere Karenzgeld in eine reine Familienleistung umgewandelt, auf die ein Anspruch unabhängig von früherer Erwerbstätigkeit besteht.<sup>3</sup> Für den Bezug gelten im Wesentlichen die gleichen Bedingungen wie für die Familienbeihilfe, allerdings mit dem Unterschied, dass die Bezieher/innen bis zur Wertgrenze ein eigenes Zusatzeinkommen erzielen dürfen.

Auch bei den Einkommensersatz-Leistungen bestehen in speziellen Situationen Zusatzansprüche, für die eigene Voraussetzungen und Bedingungen gelten.

Um die Entwicklung der Familienleistungen in beiden Bereichen zu berücksichtigen, werden für den Vergleich einerseits Modelfamilien, andererseits Modellsituationen definiert. Die verschiedenen Familienformen wirken sich primär auf den Anspruch auf Leistungen der allgemeinen Familienförderung aus, die Situationen unterscheiden sich dadurch, dass sie zu unterschiedlichen Ansprüchen auf Einkommensersatz-Leistungen berechtigen.

<sup>3</sup> Zur besseren Übersichtlichkeit wird das KBG nachfolgend dennoch im Zusammenhang mit der Einkommensersatzleistung „Karenzgeld“ behandelt. Obwohl das Letztere durch das KBG abgelöst wurde, sollte stets im Bewusstsein bleiben, dass es sich dabei um einen unterschiedlichen Leistungstyp handelt.

## 2.2.2 Modellfamilien

Um aufzuzeigen, wie sich die Bedeutung die Familiengröße für die Unterstützungsleistungen entwickelte, wurden die folgenden vier Modellfamilien gebildet:

*Übersicht 3: Definition der Modellfamilien 1 bis 4*

	Elternteil 1	Elternteil 2	Kind 1 (10 Monate)	Kind 2 (3 Jahre)	Kind 3 (6 Jahre)
Familie 1					
Familie 2					
Familie 3					
Familie 4					

Alle Kinder sind minderjährig und berechtigen die Eltern daher zum Bezug der Familienbeihilfe. Zur besseren gegenseitigen Vergleichbarkeit ist das Alter der Kinder aufbauend definiert, d.h. die in mehreren Typen vorkommenden Kinder sind jeweils gleich alt.

Tabelle 2 zeigt näherungsweise auf, wie diese Familienkonstellationen in Österreich im Verlauf des Untersuchungszeitraums zahlenmäßig vertreten waren.

*Tabelle 2: Anteile ausgewählter Familienformen in Österreich*

	1993		1998		2001	
	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
Familien mit Kindern insgesamt	1117,5	100	1097,2	100	1090,2	100
Ehepaare mit 1 Kind	420,3	37,6	413,7	37,7	389,9	35,8
Ehepaare mit 2 Kindern	372,9	33,4	382,1	34,8	381,1	35,0
Ehepaare mit 3 Kindern	140,3	12,6	138,0	12,6	132,2	12,1
Alleinerziehende mit 1 Kind	135,3	12,1	112,0	10,2	126,1	11,6

Anmerkungen: Jahresdurchschnitte. Berücksichtigt sind von den Eltern abhängige Kinder unter 27 Jahren (1993: „Erhaltene Kinder einschl. Lehrlinge“; 1998 und 2001: „Abhängige – nach Lebenserhaltungskonzept“)  
Quelle: Statistik Austria (div. Jahrgänge)

## 2.2.3 Modellsituationen

Da Bezugsberechtigung und Umfang der Einkommensersatzleistungen wesentlich von früherer und gegenwärtiger Erwerbstätigkeit abhängen, werden alle vier oben definierten Familientypen in wiederum vier verschiedenen Erwerbssituationen verglichen. Grundsätzlich soll dabei gelten, dass bei allen Zwei-Eltern-Familien ein Elternteil Vollzeit erwerbstätig ist. Der Erwerbsstatus des zweiten Elternteils bzw. der allein erziehenden Person hingegen ist in jeder Situation unterschiedlich:

### **Situation A: ‚Karenz‘**

Der zweite Elternteil (bzw. die allein erziehende Person) war vor der Geburt des jüngsten Kindes unselbstständig erwerbstätig und ist jetzt in Karenz.

### **Situation B: ‚Unselbstständig erwerbstätig‘**

Der zweite Elternteil (bzw. die allein erziehende Person) ist neben der Betreuungsarbeit weiterhin unselbstständig erwerbstätig.

### **Situation C: ‚Nicht erwerbstätig‘**

Der zweite Elternteil (bzw. die allein erziehende Person) ist nicht erwerbstätig und hat aufgrund ihres Status vor der Geburt des Kindes/der Kinder weder Anspruch auf Karenzgeld noch auf Teilzeitbeihilfe. Typische Vertreter/innen dieser Situation waren (bis zur Einführung des Kinderbetreuungsgeldes) Hausfrauen und Studentinnen, die die Anwartschaft auf Karenzgeld nicht erfüllten.

### **Situation D: ‚Selbstständig erwerbstätig‘**

Der zweite Elternteil (bzw. die allein erziehende Person) ist neben der Kinderbetreuungsarbeit selbstständig erwerbstätig.

Tabelle 3 gibt Anhaltspunkte für die Häufigkeiten der jeweiligen Situationen in Österreich – bedauerlicherweise liegen Statistiken in dieser Form nur für Frauen und erst ab 1996 vor.

*Tabelle 3: Anteile ausgewählter Erwerbssituationen von Frauen in Österreich*

<b>Ehefrauen mit Kindern</b>	<b>Alter des jüngsten Kindes</b>				
	bis unter 3	3 bis unter 6	6 bis unter 15	15 bis unter 19	19 und älter
<b>Insgesamt (in 1000)</b>	1996	215,4	165,4	357,1	137,5
	1998	208,1	167,1	361,3	141,2
	2001	185,6	153,3	367,1	137,7
<b>- davon in Karenz (in %)</b>	1996	47,3	0,1	-	-
	1998	39,2	0,1	0,0	-
	2001	37,6	0,1	0,0	-
<b>- davon unselbstständig erwerbstätig (in %)</b>	1996	18,8	48,3	50,3	64,5
	1998	24,0	49,6	53,6	53,7
	2001	27,2	55,1	59,9	60,7
<b>- davon nicht erwerbstätig (in %)</b>	1996	25,3	38,6	33,7	33,5
	1998	29,1	35,8	30,8	30,8
	2001	27,3	33,9	26,1	25,6
<b>- davon selbstständig erwerbstätig (in %)</b>	1996	6,9	9,2	13,4	13,2
	1998	6,1	10,2	12,9	13,2
	2001	6,0	8,2	11,7	12,2

Alleinerzieherinnen mit Kindern	Alter des jüngsten Kindes				
	bis unter 3	3 bis unter 6	6 bis unter 15	15 bis unter 19	19 und älter
Insgesamt (in 1000)	1996	29,1	23,9	65,6	21,2
	1998	24,1	23,5	60,7	27,1
	2001	27,0	22,8	67,9	29,5
- davon in Karenz (in %)	1996	54,6	1,3	-	-
	1998	46,9	0,4	0,0	0,1
	2001	42,6	0,4	0,0	0,0
- davon unselbstständig erwerbstätig (in %)	1996	22,0	63,6	71,8	67,9
	1998	32,4	65,1	74,6	70,5
	2001	30,0	72,8	76,0	70,8
- davon nicht erwerbstätig (in %)	1996	14,1	21,8	14,8	21,2
	1998	14,9	17,0	12,4	19,9
	2001	15,9	12,3	11,8	18,3
- davon selbstständig erwerbstätig (in %)	1996	3,4	3,8	7,2	7,1
	1998	3,3	5,1	6,8	6,3
	2001	4,4	4,8	6,9	8,1

Anmerkungen: Jahresdurchschnitte. Berücksichtigt sind Frauen ab 15 Jahren. Erhebung in dieser Form erst ab 1996.

Quelle: Statistik Austria (div. Jahrgänge)

Die vier Situationen repräsentieren die vier wichtigsten Möglichkeiten, wie sich die Situation durch die Einführung des KBG – eine der markantesten familienpolitische Neuerung Österreichs in den vergangenen zehn Jahren – verändern konnte (vgl. Übersicht 4): Bei A besteht sowohl nach der alten Karenz- wie auch nach der neuen KBG-Regelung ein voller Anspruch auf die Leistung, Situation B hingegen erhält zu beiden Zeitpunkten keine Unterstützung. In beiden Fällen sind die Änderungen durch die Umstellung marginal. Familien in den Situationen C und D hingegen sind die Gewinner der neuen KBG-Regelung: Im ersten Fall besteht ein Anspruch überhaupt erst seit der Einführung des KBG, im zweiten wurde die Unterstützung früher nur in halber Höhe gewährt, das KBG hingegen gebührt in vollem Umfang.

#### Übersicht 4: Änderung des Anspruchs auf Einkommensersatzleistung nach Situationen

	Modellsituation			
	A ,in Karenz'	B ,unselbst. erwerbstätig'	C ,nicht erwerbstätig'	D ,selbst. erwerbstätig'
Karenzgeld (bis 31.12.2000)	100%	0%	0%	50%
KBG (seit 01.01.2002)	100%	0%	100%	100%

Lesebeispiel: Selbstständig Erwerbstätige hatten unter der Karenzgeldregelung Anspruch auf 50% der Leistung, unter der KBG-Regelung haben sie Anspruch auf 100%.

## 2.2.4 Anspruchsberechtigungen

Zur Bestimmung, ob eine Leistung im konkreten Fall zusteht oder nicht, müssen oftmals mehrere Kriterien berücksichtigt werden. Nachfolgend soll dargestellt werden, von welchen Voraussetzungen in den einzelnen Vergleichssituationen jeweils ausgegangen wurde. Während sich aber etwa die Lebenssituation als Kriterium leicht festlegen lässt (vgl. Kap. 2.2.2), fällt eine klare Definition der finanziellen Ressourcen der Familien schwerer. Bei praktisch allen Leistungen zur Unterstützung von Familien wird zur Prüfung der Anspruchsberechtigung mindestens eine Form von Einkommen herangezogen (Eigenes Einkommen des Antragstellers/der Antragstellerin, Einkommen des zweiten Elternteils oder Partners, gemeinsames Familieneinkommen). Eine fundierte Definition konkreter, vergleichbarer Modell-Einkommen ist aus methodischen Gründen nicht möglich, weil Zahlen, die als Grundlage für Modell-Einkommen für das Jahr 2003 herangezogen werden könnten, noch nicht vorliegen.

Bei den Einkommensgrenzen als Kriterium für die Anspruchsberechtigung kann entsprechend ihrer jeweiligen Intention zwischen zwei Arten von Einkommensgrenzen unterschieden werden: Die eine Art, die als „Untergrenze“ bezeichnet werden könnte, wird für die Anspruchsbestimmung von ergänzenden Leistungen für Familien in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen herangezogen. Die andere Art, entsprechend einer „Obergrenze“, verhindert die Auszahlung gewisser Familienleistungen an besonders gut verdienende Familien. Anhand dieser Abgrenzungen wurden die Einkommen der Modelfamilien drei Gruppen zugeordnet und so eine schlüssige Bestimmung der Ansprüche auf einkommensabhängige Leistungen ermöglicht (vgl. Übersicht 6 im Anhang).

## 2.2.5 Ergebnisse

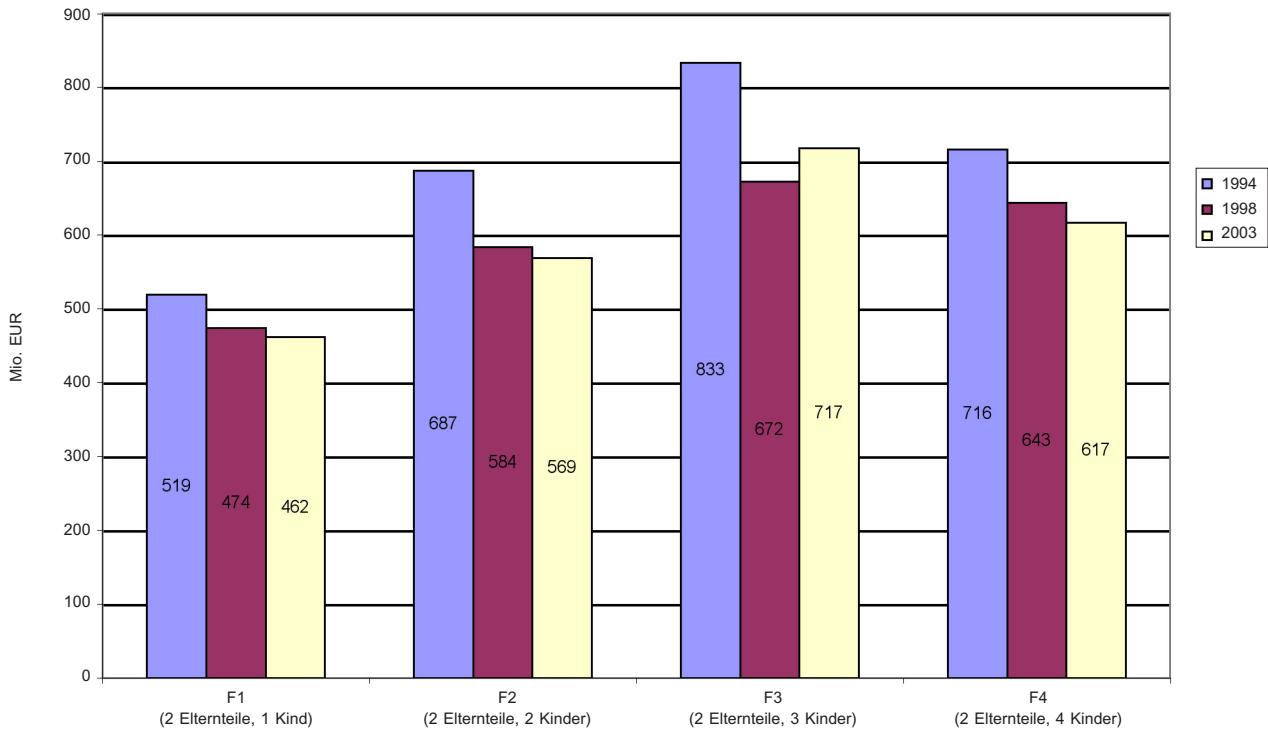
Bei Familien der Modellsituation A (1 Elternteil bzw. Alleinerzieher/in in Karenz) hat sich, verglichen mit den anderen Modellsituationen, im Zuge der Sparmaßnahmen Mitte der 90er-Jahre die Familiengröße am deutlichsten auf die Kürzungen ausgewirkt. Ein-Kind-Familien mussten – unter Berücksichtigung der Inflation – einen Abschlag von 8,6% in Kauf nehmen, solche mit zwei Kindern 15% und mit drei Kindern 19,3%. Der Grund dafür liegt beim damals noch im Arbeitslosenversicherungsgesetz geregelten Familienzuschlag zum Karenzgeld, der ab 1997 nur mehr ausgezahlt wurde, wenn das Einkommen des Partners unter einer Höchstgrenze lag. Da dieser Zuschlag für jedes Kind (außer das Neugeborene) gebührte, schlug sich die Familiengröße in den Auswirkungen dieser Maßnahme deutlich nieder. Auch die Umstellung von den Mutter-Kind-Pass-Prämien zum Mutter-Kind-Pass-Bonus trägt einen Teil zum Rückgang bei, wenn auch nur gedämpft, weil zum zweiten Vergleichszeitpunkt (1998) teilweise gemischte Ansprüche nach der alten und der neuen Regelung bestanden: Einerseits fällt lediglich das jeweils jüngste Kind unter die neue Regelung, andererseits kommt das volle Ausmaß der Leistungsreduktion erst nach längerer Zeit zum Tragen. Der Mutter-Kind-Pass-Bonus wurde einmalig nach dem vollendeten ersten Lebensjahr des Kindes ausbezahlt, die Prämien zum Mutter-Kind-Pass – ein insgesamt 7,5-mal höherer Betrag – verteilt über die Dauer von vier Jahren. Das Familienpaket 2000 kam dann Familien mit mehreren Kindern zugute.

### 2.2.5.1 Situation A: Karenz

Bei der alleinerziehenden Person ist die Kürzung um 10,2% zur Hauptsache auf die Ablösung des sog. „Erhöhten Karenzgelds“ durch den Zuschuss zum Karenzgeld zurückzuführen.

In verhältnismäßig geringerem Ausmaß sind die Veränderungen durch die Umstellung zum KBG. Dieses ist nominell geringfügig höher als das Karenzgeld vor der Umstellung, inflationsbedingt wird dieser Unterschied aber reduziert. Auch wurde bei der Einführung der Mutter-Kind-Pass-Bonus aufgehoben, die Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes ist neu eine Bedingung für den Bezug des vollen Kinderbetreuungsgeldes.

Die Familie mit drei Kindern profitiert von der neuen Alters- (seit 1. Jänner 2003) und Geschwisterstaffelung (seit 1. Jänner 2000) sowie vom Mehrkindzuschlag (seit 1. Jänner 1999) der Familienbeihilfe so, dass im Vergleich zu 1998 insgesamt auch real höhere Leistungen gebühren.

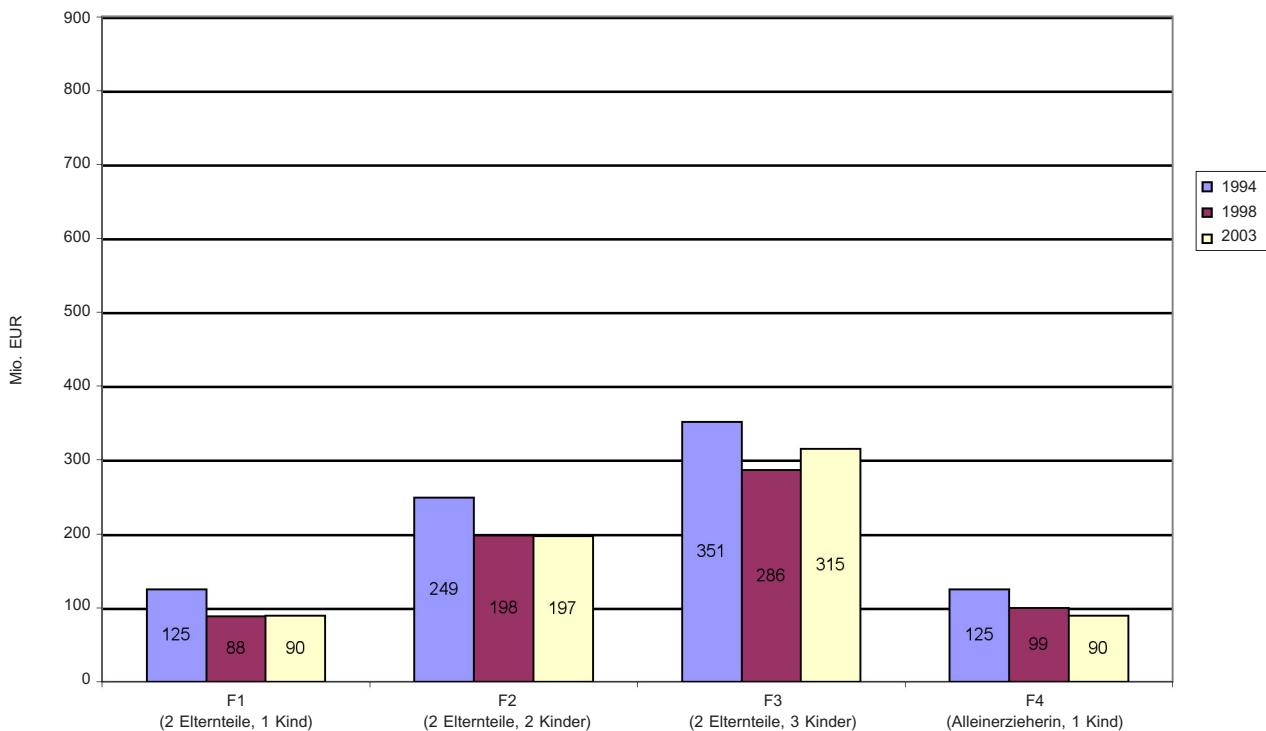
*Grafik 3: Leistungen für Modellfamilien in Situation A im Zeitvergleich*

Von einer „versteckten“ Leistungsreduktion sind die Alleinerziehenden betroffen: Bei der Einführung des sogenannten Zuschusses zum KBG war diese Gruppe noch von der möglichen Rückzahlungspflicht ausgenommen, seit der entsprechenden Änderung mit BGBl I 1999/153 Art. 3 ist dieser Zuschuss auch bei Eineltern-Familien als eine Art Kredit ausgestaltet, der beim späteren Überschreiten gewisser Einkommensgrenzen zurückzuzahlen ist. Bei unserem Vergleich ist die Auszahlung dieses Zuschusses dennoch mitberücksichtigt worden.

#### 2.2.5.2 Situation B: Unselbstständig erwerbstätig

Diese Modellsituation, in der trotz Elternschaft weiterhin einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, ermöglicht einen Vergleich der reinen Basisfamilienförderung, auf die ein Anspruch unabhängig von Einkommensgrenzen oder Ähnlichem besteht. Dadurch dass in dieser Situation beide Elternteile ein Einkommen erzielen, fallen Einkommensersatz- und damit verbundene Leistungen weg.

Grafik 4: Leistungen für Modellfamilien in Situation B im Zeitvergleich



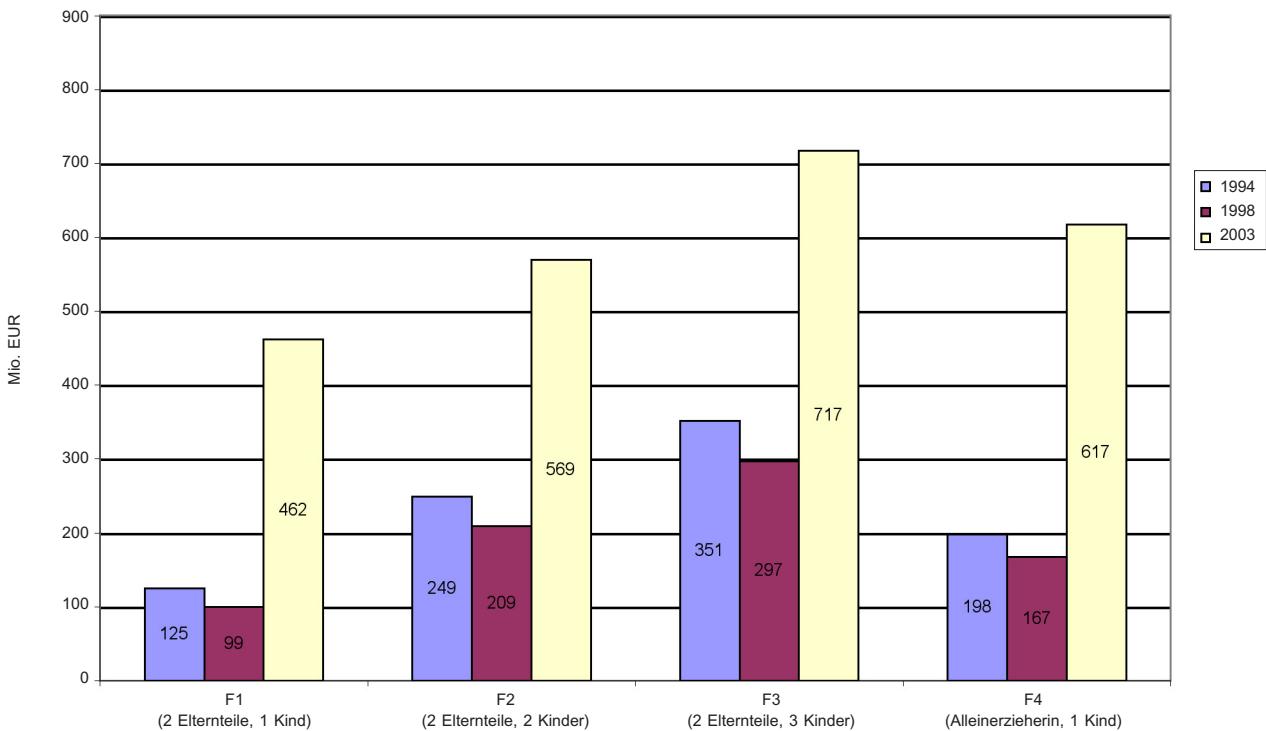
Im Vergleich der Zeitpunkte 1994 und 1998 schlägt sich vor allem die Aufhebung der Geburtenbeihilfe nieder. Zwar wurde als Ersatz der sogenannte Mutter-Kind-Pass-Bonus eingeführt, diese Leistung war aber niedriger und die Bezugsberechtigung an eine Obergrenze des Familieneinkommens gekoppelt. Dadurch verliert unsere doppelt verdienende Modellfamilie den Anspruch. Wie schon oben fällt das zweite Kind noch unter die alte Mutter-Kind-Pass-Regelung, wodurch sich die kinderzahl-abhängigen Rückgänge erklären (ein Kind: 29,5%, zwei Kinder: 20,6%, drei Kinder: 18,6%, Alleinerzieher/in mit einem Kind: 20,6%).

Die erhöhten Nominalbeträge der Familienbeihilfe vermögen bei den Familien mit einem und zwei Kindern die Inflation gerade aufzufangen, so dass in diesen Fällen 2003 praktisch gleichviel Unterstützungsgelder zur Verfügung stehen. Die fünfköpfige Familie profitiert wie bereits oben von der neuen Geschwisterstaffelung, für die erwerbstätige allein erziehende Person sinkt die Familienbeihilfe real um knapp 10%, weil sie 1998 noch den Mutter-Kind-Pass-Bonus erhalten hat.

#### 2.2.5.3 Situation C: Nicht erwerbstätig

Bei Personen, die wegen fehlender Anwartschaft kein Anrecht auf Karenzgeld hatten, entspricht die Situation bezüglich Familienleistungen vor der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes weitgehend derjenigen der oben geschilderten Situation B – allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, dass dort anstelle des Karenzgelds ein eigenes Einkommen zur Verfügung steht, das im Vergleich zahlenmäßig nicht aufscheint. In der Situation C – typische Vertreter/innen sind Hausfrauen und –männer sowie Student/innen – entfällt ein solches in der Regel. Aus diesem Grund besteht für diese Gruppe auch zum Vergleichszeitpunkt ein Anspruch auf den Mutter-Kind-Pass-Bonus für das jüngste Kind sowie im Fall der Eineltern-Familie ein solcher auf einen Geburtenbeihilfe-Zuschlag (1994) bzw. Kleinkindbeihilfe (1998).

Grafik 5: Leistungen für Modellfamilien in Situation C im Zeitvergleich

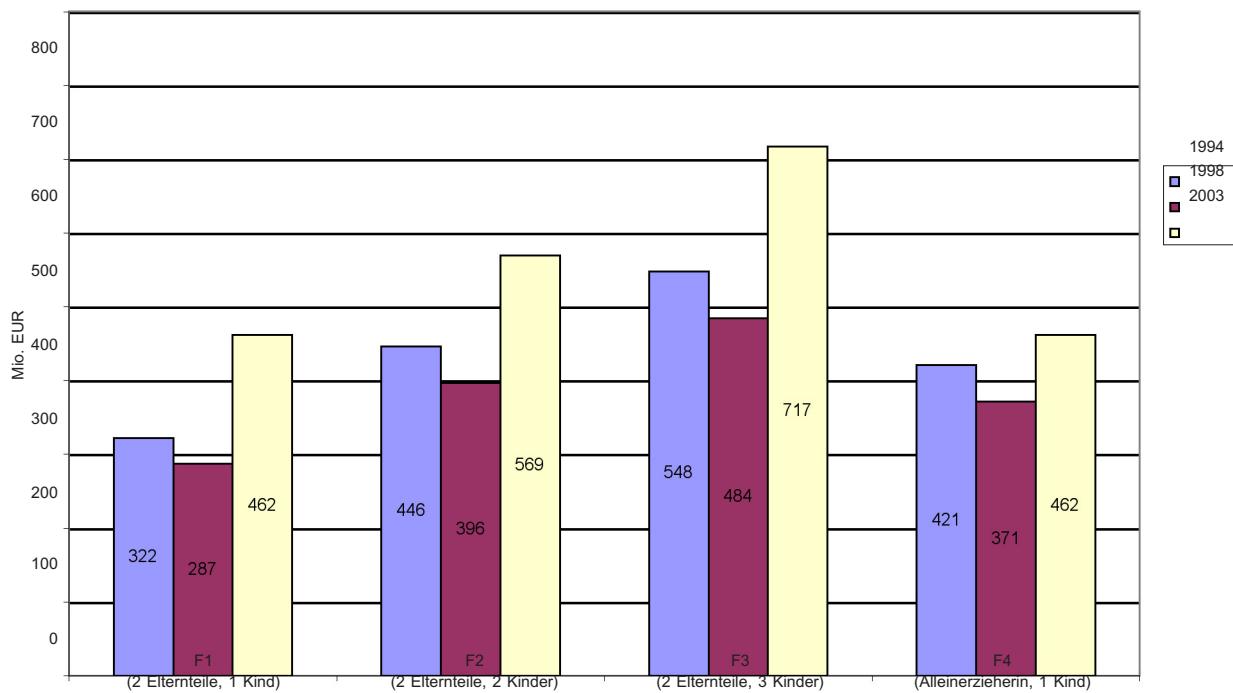


Diese Gruppe hat von der Einführung des KBG am meisten profitieren können, weil sie aufgrund der Umwandlung des früheren Karenzgelds als Versicherungsleistung in eine reine Familienleistung zum Kreis der Bezugsberechtigten gehört. Neben dem eigentlichen KBG profitieren die größeren Familien auch von den oben erwähnten erweiterten Leistungen der Familienbeihilfe sowie die Alleinerziehenden vom Zuschuss zum KBG. In unserem Vergleich erhält die Familie mit einem Kind rund 4,6 mal soviel Geld wie 1998, jene mit zwei Kindern das 2,7-fache, jene mit 3 Kindern das 2,4-fache und die alleinerziehende Person mit einem Kind das 3,7-fache.

#### 2.2.5.4 Situation D: Selbstständig erwerbstätig

Mit Ausnahme der Alleinerziehenden-Situation, die wegen des eigenen Einkommens hier keinen Anspruch auf die Geburtenbeihilfe-Zuschläge für Einkommenschwäche hat, entsprechen die Ansprüche auf reine Familienleistungen der oben geschilderten Situation C (Personen ohne Karenzanspruch). Die Eigenheit der Situation D liegt darin, dass die Karenzgeldregelung als Einkommensersatzleistung für Personen, die einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nachgingen, die sogenannte Teilzeitbeihilfe in halber Höhe des regulären Karenzgeldes vorsah, für Alleinerziehende zudem eine um 50% erhöhte Teilzeitbeihilfe (1994) bzw. einen Zuschuss zur Teilzeitbeihilfe (1998).

Grafik 6: Leistungen für Modellfamilien in Situation D im Zeitvergleich



Mit der Schaffung des KBG erhielten auch Selbstständige Anspruch auf diese Leistung in voller Höhe. Während die Einbußen aufgrund der Sparpakete für alle Modellfamilien ungefähr gleich waren (zwischen minus 10,9% und minus 11,8%), beträgt die Erhöhung durch das KBG bei den Zwei-Eltern-Familien 61,0% (ein Kind), 43,6% (zwei Kinder) und 48,1% (drei Kinder). Die alleinerziehende Person profitiert wegen Wegfalls des Mutter-Kind-Pass-Bonus und fehlendem Anspruch auf den Zuschlag zum KBG mit „nur“ 24,3%.

## 2.2.6 Familien mit besonderen Bedürfnissen

Durch die vier oben dargestellten Modellfamilien und Situationen ist zwar gewährleistet, dass in Bezug auf die familienpolitische „Basisförderung“ (Familienbeihilfe, Karenzgeld, KBG) ein Großteil der österreichischen Familien erfasst sind, es bleiben dabei aber auch zahlreiche Aspekte individueller familialer Realität unberücksichtigt. Neben der Alleinerziehenden-Situation sind eine Vielzahl von „untypischen“ Gegebenheiten denkbar, mit denen Familien konfrontiert sein können. Stellvertretend dafür stellen wir einen Zeitvergleich für zwei Modellfamilien mit einem behinderten Kind, für eine mit überdurchschnittlicher Kinderzahl (fünf Kindern) und für eine in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen an.

Dabei gelten die folgenden Annahmen: Das behinderte Kind ist zehn Monate alt und die Behinderung ist in einem Fall „erheblich“, d.h. die Anspruchsvoraussetzungen<sup>4</sup> für die erhöhte Familienbeihilfe sind erfüllt (Pflegestufe 7), im anderen Fall nicht (Pflegestufe 1). Bei den Familien mit einem behinderten Kind wird von der vorne beschriebenen Erwerbs situation A ausgegangen, d.h. ein Elternteil geht einer Vollzeit-Erwerbsbeschäftigung nach, der andere Elternteil ist in Karenz.

Die Kinder der Großfamilie sind zehn Monate sowie zwei, sechs, acht und elf Jahre alt. Für die Eltern gelten wiederum die Angaben zu Situation A.

Als Beispiel für eine Familie in schwierigen finanziellen Verhältnissen steht die bereits oben definierte Modellfamilie 3 (zwei Elternteile, drei Kinder), jedoch erzielt in diesem Fall jener Elternteil, der nicht in Karenz ist, nur ein geringes Einkommen.

<sup>4</sup> Die Anspruchsvoraussetzungen sind gegenwärtig (Jan. 2004): Der Grad der Behinderung des Kindes beträgt mindestens 50% und das Kind ist dauernd außer Stande, sich selbst den Unterhalt zu verschaffen.

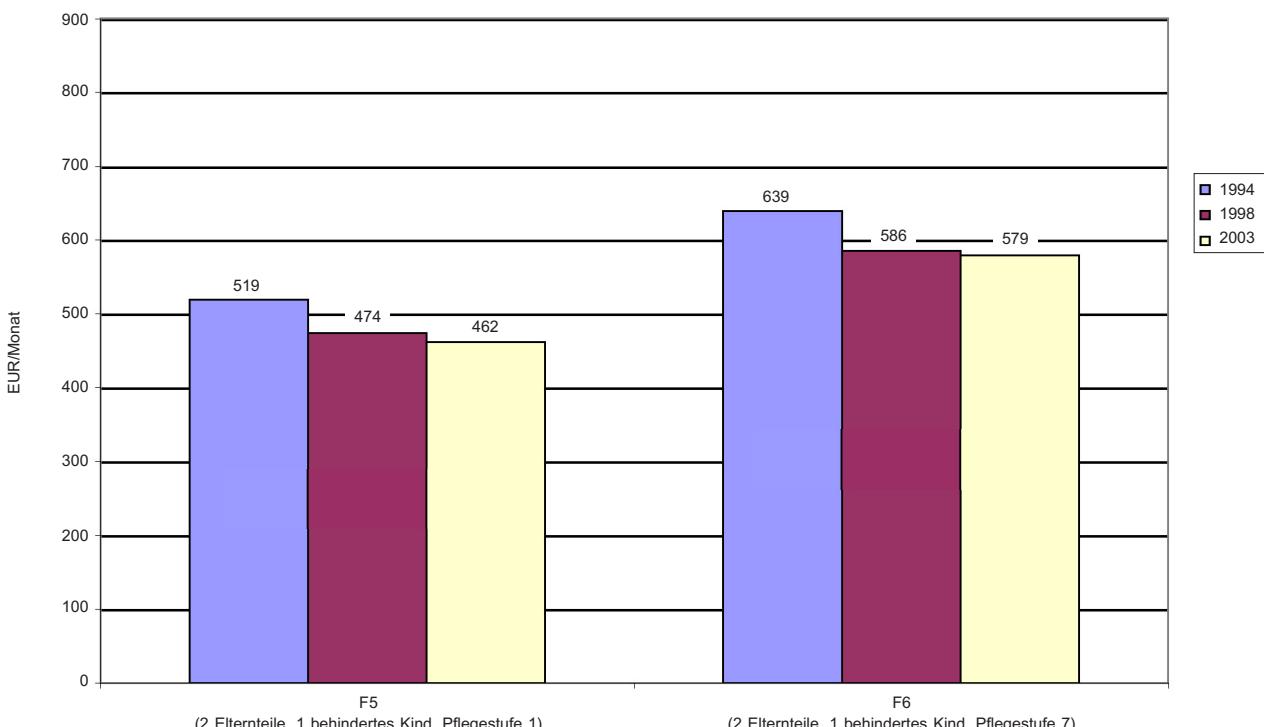
### Übersicht 5: Definition der Modellfamilien 5-8

	Elternteil 1	Elternteil 2	Kind 1 (10 Mt.)				
Familie 5				Kind mit ‚nicht erheblicher‘ Behinderung; Pflegestufe 1			
Familie 6				Kind mit ‚erheblicher‘ Behinderung; Pflegestufe 7			
	Elternteil 1	Elternteil 2	Kind 1 (10 Mt.)	Kind 2 (3 J.)	Kind 3 (6 J.)	Kind 4 (8 J.)	Kind 5 (11 J.)
Familie 7							
	Elternteil 1	Elternteil 2	Kind 1 (10 Mt.)	Kind 2 (3 J.)	Kind 3 (6 J.)		
Familie 8						1 Elternteil in Karenz, 1 Elternteil mit geringem Einkommen	

#### 2.2.6.1 Behinderung

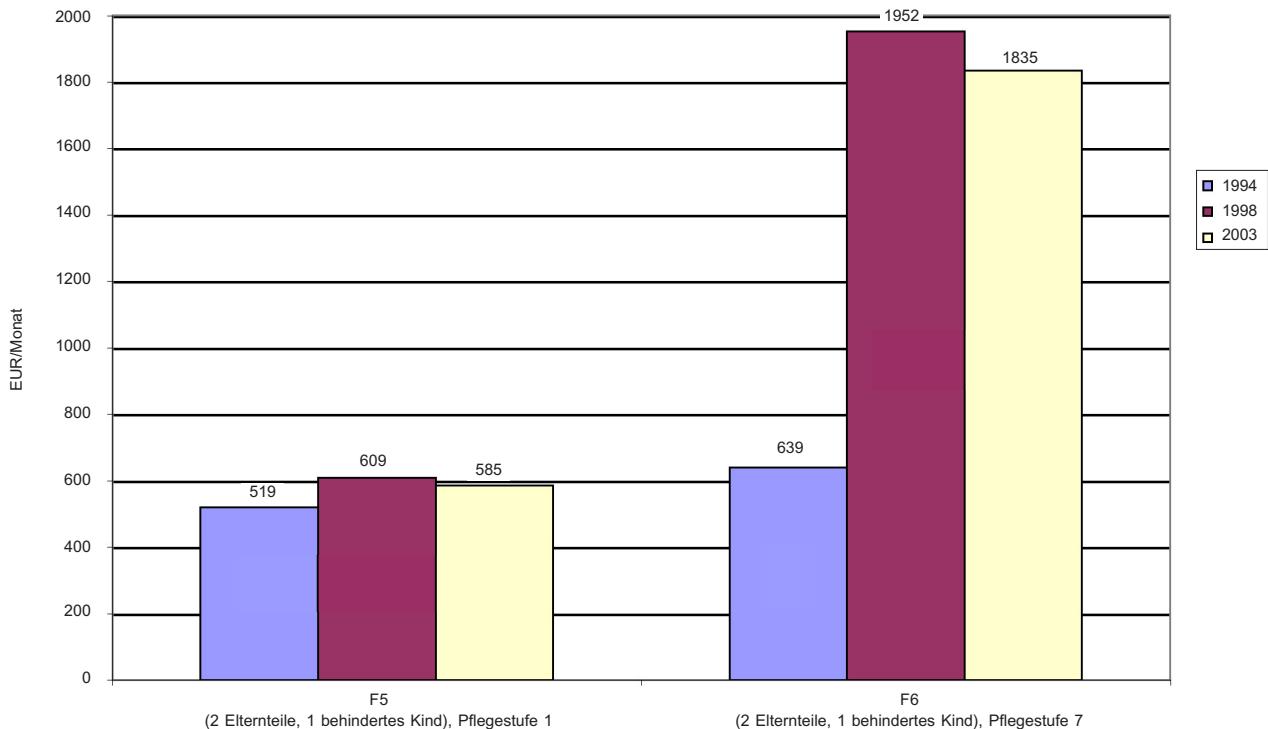
Die Familienleistungen für die Modellfamilien mit einem behinderten Kind werden zuerst ohne die Berücksichtigung des Pflegegelds betrachtet, erst anschließend unter Einbezug desselben. Grund für diese Vorgehensweise ist einerseits der Umstand, dass das Pflegegeld keine reine Familienleistung darstellt und andererseits die über die Zeit sehr uneinheitlichen Anspruchsbestimmungen des Pflegegelds für Kinder unter drei Jahren.

Grafik 7: Leistungen für Modellfamilie mit behindertem Kind ohne Berücksichtigung des Pflegegelds



Ohne Berücksichtigung des Pflegegelds zeigt sich real ein leichtes Absinken der Unterstützungsleistungen auf unterschiedlichem Niveau, abhängig vom Grad der Behinderung. Die Zusatzleistungen aus der Familienbeihilfe stehen nur im Falle „erheblicher“ Behinderung zu (siehe Fußnote 4).

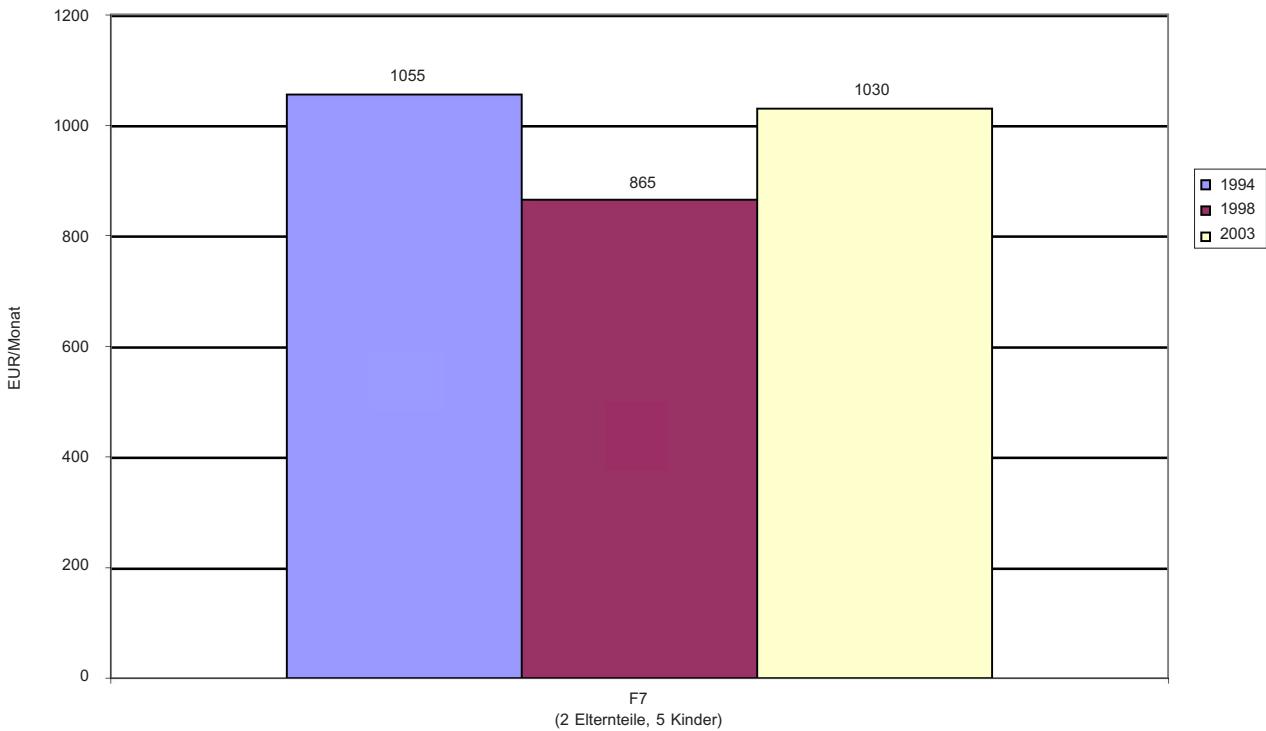
*Grafik 8: Leistungen für Modellfamilie mit behindertem Kind mit Berücksichtigung des Pflegegelds*



Unter Berücksichtigung des Pflegegeldes zeigt sich ein ganz anderes Bild. Während 1994 das Pflegegeld noch grundsätzlich nur für Kinder ab drei Jahren ausbezahlt wurde, galt 1998 eine Härtefallregelung, die diesbezüglich Ausnahmen zuließ. Zum dritten Untersuchungszeitpunkt ist die Altersgrenze für das Pflegegeld ganz gefallen, die Leistung steht – im Umfang abhängig von der Pflegestufe – auch für behinderte Kinder bereits ab Geburt zu. Zu beachten ist auch, dass bei gleichzeitiger Inanspruchnahme des Pflegegelds und der erhöhten Familienbeihilfe von der Letzteren ein Teil einbehalten wird (früher 50%, jetzt fix 60 Euro von derzeit 138 Euro). Aufgrund des Pflegegelds ist diese Situation die einzige unserer Modellrechnungen, bei der zum Zeitpunkt 1998 eine finanziellen Besserstellung aufscheint, bei schwerer Behinderung ist diese Besserstellung sogar beträchtlich (bei Pflegestufe 1: 17,3%, bei Pflegestufe 7: 205,4%). Der Wegfall des Mutter-Kind-Pass-Bonus und die Inflation führen dazu, dass 2003 gegenüber 1998 wieder Einbußen der Leistungen zu verzeichnen sind (-3,9% bzw. -6,0%).

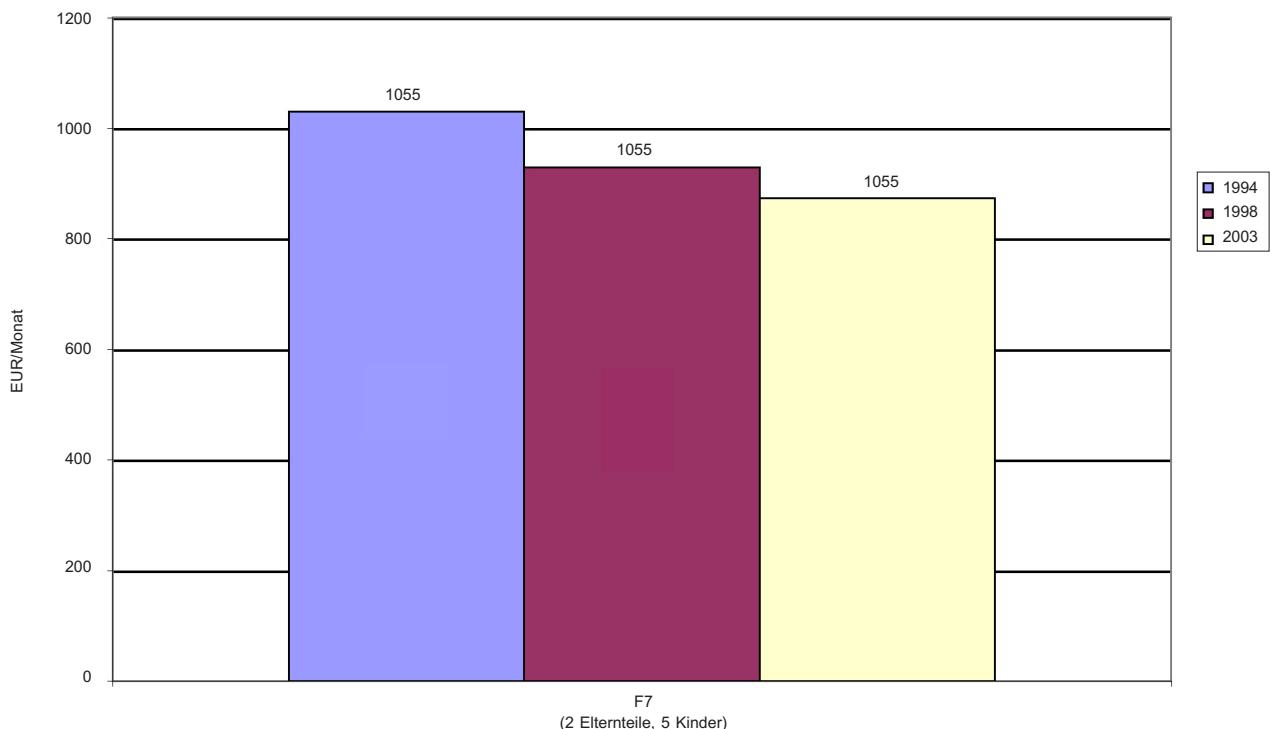
## 2.2.6.2 Kinderreiche Familie

Eine Familie mit fünf Kindern, einem Vollzeit beschäftigten und einem karenzierten Elternteil musste aufgrund der Strukturanpassungsgesetze Einbußen bei den Familienleistungen von 18% in Kauf nehmen. Daran beteiligt sind die nominalen Kürzungen, der Wegfall der Mutter-Kind-Pass-Prämien und des Familienzuschlags zum Karenzgeld und die Inflation. Die Einführung des KBG verbessert die Situation wieder, vermag aber real trotz neuer Alters- und Geschwisterstaffelung sowie Mehrkindzuschlag nicht ganz das Niveau von 1994 erreichen.

*Grafik 9: Leistungen für kinderreiche Modellfamilie*

#### 2.2.6.3 Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse

Abschließend werden die Familienleistungen für eine Familie mit drei Kindern verglichen, bei der ein Elternteil in Karez und der andere erwerbstätig ist, jedoch dabei nur ein geringes Einkommen erzielt, so dass die Familie Anspruch auf zusätzlich unterstützende Familienleistungen hat. Dies sind das sog. „Erhöhte Karenzgeld“ bzw. Zuschüsse zum Karenzgeld und KBG sowie Familienzuschläge.

*Grafik 10: Leistungen für Modellfamilie mit geringem Einkommen*

Trotz dieser Zusatzleistungen hat sich die Unterstützung für diese Modellfamilien über die Zeit real verringert. Während sich das Absinken zwischen 1994 und 1998 auf die bereits erwähnten Strukturanzpassungsgesetze und die damit verbundene Umstrukturierung der Familien- und Geburtenbeihilfe zurück-

führen lässt, ist für die neuerliche Verringerung 2003 um 6% gegenüber 1998 neben der Inflation auch die Aufhebung des Familienzuschlags zum Karenzgeld verantwortlich, der durch die neu eingeführten Zusatzleistungen zur Familienbeihilfe auch nominell nicht wettgemacht wurde.

### **2.2.7 Fazit**

Der Zeitvergleich lässt deutlich die beiden markantesten Entwicklungen im Bereich der jüngeren österreichischen Familienförderung aufscheinen: Die Sparmaßnahmen der beiden Strukturanpassungsgesetze von 1995 und 1996 einerseits, der erneute Aus- bzw. Umbau der Leistungen im Zusammenhang mit dem „Familienpaket 2000“ und der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes andererseits.

Ohne Einbezug des Spezialfalls Pflegegeld haben sich die Auswirkungen der beiden „Sparpakete“ bei allen Modelfamilientypen von 1998 in geringeren Unterstützungsleistungen niedergeschlagen. Das Ausmaß dieser Kürzungen fiel aber in Abhängigkeit von Familienform und Erwerbssituation unterschiedlich aus und schwankt innerhalb unserer Vergleichskonstellationen zwischen 8,6% (zwei Elternteile, Karenz, ein Kind) und 29,5% (zwei Elternteile, beide unselbst. erwerbstätig, ein Kind).

Die entsprechenden Veränderungen zwischen 1998 und 2003 sind weniger eindeutig und hängen noch stärker mit der individuellen Situationen der Familien zusammen. Die Neuerungen der Familienbeihilfe im Rahmen des „Familienpakets 2000“ haben vor allem größeren Familien mit drei und mehr Kindern einen Nutzen gebracht, und vom Kinderbetreuungsgeld mit den geänderten Anspruchsbedingungen profitierten jene am meisten, die unter der alten Karenzgeldregelung die Anwartschaft nicht erfüllt hatten. Bei nahezu allen anderen Modellsituationen hat indessen die Inflation die Neuerungen und Erhöhungen der Unterstützungsleistungen zunichte gemacht – real erhielten sie 2003 im Vergleich zum vorherigen Messzeitpunkt weniger Geld. Vergleicht man den ersten (1994) und dritten Zeitpunkt (2003), zeigt sich eine reale Verbesserung der monetären Familienleistungen nur bei den neu KBG-Berechtigten (Situationen C und D) sowie bei jenen beiden Modelfällen, in denen ein Anspruch auf Pflegegeld neu entstanden ist.

### **2.2.8 Weitere Formen staatlicher Familienunterstützung**

Durch die starke Vereinfachung (Beschränkung auf die direkten monetären Transferleistungen) bleiben in diesem Vergleich zahlreiche andere Formen der Familienförderung und -unterstützung unberücksichtigt. Beispielhaft sollen zwei weitere Leistungen zur Unterstützung von Familien aus dem relevanten Zeitraum herausgegriffen werden:

#### **,Kindergarten-Milliarde‘**

Der Bereich Kinderbetreuung fällt in die Kompetenz der Bundesländer. Unter der Bezeichnung „Kindergarten-Milliarde“ ist Mitte der 90er-Jahre ein Impuls-Finanzpaket des Bundes zur Förderung von Kinderbetreuungsplätzen realisiert worden. Im Rahmen der Kindergarten-Milliarden gewährte der Bund Ländern und Gemeinden Zweckzuschüsse für den Ausbau und die Förderung von Kinderbetreuungsangeboten, sofern diese Eigenleistungen in zumindest derselben Höhe erbrachten.

Die Vergaberichtlinien für die einzelnen Projekte zielten auf die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder aller Altersgruppen, insbesondere auch in betrieblichen Angeboten, die Aus- und Fortbildung von Tagesmüttern/-vätern und Kindergruppenbetreuer/innen sowie auf Maßnahmen zu Verlängerung der Öffnungszeiten und die Förderung der Integration behinderter Kinder.

In den Budgetjahren 1997/98 sowie 1999/2000 wurden zu diesem Zweck jeweils 600 Mio. ATS (43,6 Mio. Euro) ausgeschüttet. Durch diese Maßnahme konnten in vier Jahren zusätzliche 32.188 Betreuungsplätze für alle Altersstufen geschaffen werden, davon 1130 in 23 betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten und Krabbelstuben.

## **Wohnbauförderung**

Obwohl die Wohnbauförderung keine Familienleistung im eigentlichen Sinne ist, hat diese Unterstützungsform gerade für Familien wesentliche Relevanz – zumindest für jene, die über ein ausreichendes Einkommen verfügen, um die erforderlichen Eigenleistungen aufbringen zu können.

Vom Zweckzuschussgesetz 2001 sind für die Länder u.a. Bundeszuschüsse zur „Finanzierung der Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaussanierung, der Finanzierung von Maßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Infrastruktur und zur Finanzierung von Maßnahmen zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen“ im Umfang von Euro 1,78 Mrd. (ATS 24,5 Mrd.) vorgesehen.

Da aber Organisation und Vollzug der Wohnbauförderung in Österreich seit 1989 bei den Bundesländern liegt, existieren neun verschiedene Modelle nebeneinander. Wie Amann und Neuwirth (1999) aufzeigen, unterscheiden sich diese Modelle auch hinsichtlich ihrer familienfördernden Ausgestaltung. In Abhängigkeit vom Angebot familienspezifischer Förderung, der konkreten Form derselben sowie anderer relevanter Kriterien (wie v.a. Einkommen) unterscheidet sich die Familienfreundlichkeit der Wohnbauförderungssysteme der einzelnen Bundesländer beträchtlich.

In Bezug auf die Familienrelevanz der Wohnbauförderung sind die Haupterkenntnisse der erwähnten Studie:

- Eine einseitige Gewichtung der Wohnungsproduktion der 90er-Jahre auf Wohnformen mit langer Belagsdauer (Eigenheime, gemeinnützige Miet- und Eigentumswohnungen)
- Ungenügende Berücksichtigung der einkommensmäßigen Benachteiligung von Alleinerziehenden.
- Spagat zwischen familienpolitischer und verteilungspolitischer Ausgewogenheit: Relativ stärkste Nutznießer sind jüngere weibliche Singles, jüngere Paare und Alleinerzieher/innen, dann Familienhaushalte mit einem oder zwei Kindern. In absoluten Zahlen werden als größte Gruppen die älteren und/oder männlichen Singles und ältere Paare gefördert.

## **2.3 Familienpolitik auf Bundesebene**

Im Internationalen Jahr der Familie 1994 wurden 15 Arbeitskreise eingesetzt und mit der Formulierung von Forderungen an die zukünftige Familienpolitik aus themenspezifischer Sicht beauftragt. Neun Jahre später, am 23. April 2003, beschloss der Ministerrat die Einrichtung eines Österreichischen Nationalkomitees, das sich am 23. Juni des selben Jahres mit dem Ziel konstituierte, die Aktivitäten von „IJF 1994+10“ zu begleiten. Damit begann auch die Arbeit der nunmehr zehn Arbeitskreise, die nachhaltige Perspektiven zu ausgewählten familienrelevanten Themen entwickeln sollen.

Vergleicht man die Themen der Arbeitskreise von 1994 mit jenen von 2004, so fällt vorerst die Konzentration von fünfzehn auf zehn Themen auf. Dabei haben nur die Bereiche „Gewalt“, „Arbeitswelt“ und „Recht“ eine direkte Entsprechung in einem Arbeitskreis von 2004 gefunden. Keine vergleichbare Entsprechung fanden hingegen die Themen „Wohnen“, „Lebensraum“, „Familie unter besonderen Belastungen“, „Behinderung“, „Gesundheit“, „Familienformen“ und „Medien“. Es ist davon auszugehen, dass sich je nach Thema der Arbeitskreise von 2004 als auch nach der Zusammensetzung der Teilnehmer/innen diese Themen punktuell in den Arbeitskreisen von 2004 wieder finden.

Teilweise Überschneidungen finden sich beim Thema „Jugend“, das sich 2004 im Arbeitskreis „Kinderfreundliche Gesellschaft“ wieder findet, „Senioren“ im Arbeitskreis „Generationensolidarität“, „Bildung“ im Arbeitskreis „Eltern- und Partnerbildung“ als auch im Arbeitskreis „Von der Familienberatung zum Familienkompetenzzentrum“ sowie das Thema „Leistungsausgleich“ im Arbeitskreis „10 Jahre Familienpolitik“ und „Unternehmen Haushalt“. Der Arbeitskreis von 1994 „Familie und Gesellschaft“ findet sich eingeschränkt auf Kinder im Arbeitskreis „Kinderfreundliche Gesellschaft“ wieder.

Bei den teilweisen Überschneidungen fällt auf, dass die neu gewählten Themen den aktuell diskutierten vom Titel her entsprechen, wie der Arbeitskreis zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Generationensolidarität“ sowie den Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre Rechnung tragen wie im Fall des Arbeitskreises „Von der Familienberatung zum Familienkompetenzzentrum“.

Auch kommen Schwerpunktsetzungen der letzten zehn Jahre deutlicher zum Tragen, wie im Arbeitskreis „Kinderfreundliche Gesellschaft“, dessen Ziel es war, sich mit der Forderung nach einer Aufnahme der Kinderrechtskonvention in die Verfassung, der Verankerung der Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsmaterie und auch der Einführung von Kinder-, Jugend- und Familienverträglichkeitsprüfungen auseinander zu setzen. Mit dem Arbeitskreis „Positive männliche Identität und Vaterschaft“ wurde 2004 diesem Thema erstmals besonderes Augenmerk gewidmet.

Diese teils veränderten, teils nicht mehr berücksichtigten und teils neu hinzugekommenen Themen von 2004 weisen auf die Veränderungen der familienpolitischen Schwerpunktsetzungen der letzten zehn Jahre hin. Insofern bietet das zehnte Jubiläum des Internationalen Jahrs der Familie einen guten Anlass, Rückschau auf Geleistetes und Erreichtes zu halten. Eine direkte Gegenüberstellung dieser Errungenschaften mit den Postulaten der Arbeitskreise aus dem Jahr 1994 ist, so wünschenswert und interessant sie erscheinen mag, aus wissenschaftlicher Sicht nicht machbar, weil sich die Forderungskataloge aus dem Internationalen Jahr der Familie 1994 durch Heterogenität, v.a. in Bezug auf den Grad der Konkretisierung innerhalb der einzelnen themenbezogenen Forderungskataloge auszeichnen.

Über alle Themen der Arbeitskreise von 1994 und 2004 hinweg ist die Gründung des im Bericht der Bundesregierung an die UNO angeführten Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) ein nachhaltiges Ergebnis des internationalen Jahres der Familie 1994. Bereits im Familienbericht 1989 „Lebenswelt Familie“ wurde auf fehlende Daten sowie wissenschaftlichen Analysen zu Veränderungen der zentralen Lebensform Familie hingewiesen und die Gründung eines Österreichischen Institutes für Familienforschung gefordert. Das Österreichische Nationalkomitee zum Internationalen Jahr der Familie 1994, bestehend aus Mitgliedern aller Bundesministerien sowie der Landesregierungen und Interessenvertreter/innen für Familien haben diesen einstimmigen Beschluss aufgegriffen und die Gründung des Institutes im Jahre 1994 empfohlen. Am 17. März 1994 wurde das Österreichische Institut für Familienforschung gegründet, das sich seit nunmehr zehn Jahren mit der systematischen und kontinuierlichen Sammlung, Bearbeitung sowie wissenschaftlichen Analyse von Daten zum Themenbereich Geschlechter und Generationen, KBG, Elternbildung, Mediation, Obsorge und Beratung auseinander setzt und die Ergebnisse der Familienforschung über Publikationen für verschiedene Zielgruppen zugänglich macht.

Die Ausführungen in den nachfolgenden Abschnitten erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen einen Einblick in die familienpolitische Entwicklung der vergangenen zehn Jahre bieten. Dieser Übersicht liegt eine Recherche hinsichtlich Maßnahmen und Leistungen im Rahmen der österreichischen Familienpolitik seit dem Internationalen Jahr der Familie zugrunde, die auf drei Ebenen erhoben wurde, von den familienrelevanten Leistungen, die im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), aber auch außerhalb des FLAF erbracht wurden, über bewusstseinsbildende Aktivitäten wie familienrelevante Enquêtes und Medienkampagnen bis hin zu familienrelevanten Forschungsaktivitäten.

Zur besseren Orientierung wurden bei der zusammenfassenden Darstellung an der thematischen Gliederung der 15 Arbeitskreise von 1994 festgehalten und einzelne Maßnahmen beschrieben.

### 2.3.1 Familie und Gewalt

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder stellte international wie auch auf EU-Ebene einen Schwerpunkt der letzten zehn Jahre dar. Schon davor im Jahre 1989 wurde in Österreich mit dem „Züchtigungsverbot“ ein Meilenstein im Kampf gegen die Gewalt an Kindern gesetzt. Eine europaweit beachtete Regelung brachte das am 1. Mai 1997 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz, mit dessen Bestimmungen Österreich eine Vorreiterrolle in diesem Bereich übernahm. Bereits im Internationalen Jahr der Familie 1994 wurde der strafrechtlich relevante Tatbestand der Kinderpornografie geschaffen und zwei Jahre später das entsprechende Strafmaß nochmals verschärft. Die sogenannte „schonende Einvernahme“ (Einführung 1994, Ausweitung 1998) ermöglicht es, im Lauf des Strafverfahrens die direkte Konfrontation des Gewaltopfers mit dem/der oder den Täter/innen zu vermeiden.

Zu den wesentlichen Erneuerungen durch das Gewaltschutzgesetz zählen das Rückkehrverbot und das Wegweisungsrecht, das dem Gewalttäter das Betreten der Wohnung und der Umgebung der gefährdeten Person untersagt bzw. ihn aus der Wohnung wegweist. Im Jahr 2000 wird das Rückkehrverbot in ein Betretungsverbot umgewandelt und auf maximal zwanzig Tage verlängert.

Ein weiterer zentraler Bestandteil besteht in der Einrichtung von Interventionsstellen, die von der Polizei über deren Einschreiten informiert werden. Auf der Grundlage dieser Informationen nehmen die Interventionsstellen mit dem Opfer Kontakt auf und bieten ihre Unterstützung an.

Weitere Reformen betrafen und betreffen das Sexualstrafrecht. Im Bereich der sexuellen Gewalt ist auch die durch Aufklärung und Bewusstseinsbildung präventiv wirkende Wanderausstellung „(K)ein sicherer Ort – Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ angesiedelt, zu der auch ein gleichnamiges Handbuch erschienen ist. Mit der „Plattform gegen Gewalt in der Familie“ des BMSG besteht seit 1993 ein landesweites interdisziplinäres Netzwerk von Institutionen, das sich für die Reduzierung von Gewalt, die Erhöhung der Aufdeckungsrate und eine Optimierung der Interventionen bei Fällen von Gewalt einsetzt. Ein weiterer Fokus wurde auf Gewalt gegen Kinder, speziell Kindesmisshandlung und sexuelle Gewalt an Kindern durch die Einrichtung von Kinderschutzgruppen an Krankenanstalten, welche in den letzten Jahren in ganz Österreich gegründet wurden, gerichtet. Vertreter/innen verschiedener medizinischer Berufe, Psycholog/innen und Sozialarbeiter/innen arbeiten in Teams zusammen und treffen sich regelmäßig, wobei das Team jeweils in Krisensituationen ad hoc einberufen wird.

Am 30. September 1997 beschloss die Bundesregierung den Maßnahmenkatalog gegen Gewalt in der Gesellschaft, und am 10. Dezember 1998 den Aktionsplan gegen Kindesmißbrauch und gegen Kinderpornographie im Internet. Dieser Maßnahmenkatalog bzw. Aktionsplan sieht spezielle Maßnahmen zur Verhinderung von sexuellem Missbrauch, aber auch zur Hilfe für betroffene Opfer vor. Zu nennen sind beispielsweise der Ausbau von spezialisierten Beratungsstellen, das Angebot von Therapieplätzen und die Erprobung der Prozessbegleitung für Opfer, aber auch Entwicklung von Konzepten zur Arbeit mit Gewalttätern sowie Reformen des Sexualstrafrechtes, Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt in den (neuen) Medien u.v.m.

In einem Modellprojekt des BMSG wurden von 1998 bis 2000 Grundlagen für die systematische Durchführung von psychosozialer und juristischer Prozessbegleitung erarbeitet, um eine Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen, die sich entschlossen haben, den/die Täter/in anzuzeigen, herbeizuführen. Im Jahr der Fertigstellung des Projekts begann das Bundesministerium für Justiz mit der Förderung von psychosozialer und juristischer Prozessbegleitung auf Einzelfallebene, während das BMSG und das Bundesministerium für Inneres auf Grundlage der im oben genannten Modellprojekt gewonnenen Erkenntnisse Qualitätssicherungsmaßnahmen initiierten und finanzierten. Auf dieser Basis wurden bereits 2001 Fortbildungsseminare für Prozessbegleiter/innen in ganz Österreich durchgeführt. Der Aufbau regionaler Kooperationen wurde im Jahr 2002 mit interdisziplinären Seminaren in allen Bundesländern fortgesetzt. Zur weiteren Aufrechterhaltung der Qualität wurden auch 2003 und 2004 mit Förderung des BMSG Supervisionsseminare für Prozessbegleiter/innen angeboten und eine österreichweite Ansprechstelle eingerichtet.

Im Jahr 2001 ist der vom BMSG beauftragte Bericht „Gewalt in der Familie und im sozialen Nahraum“ erschienen, der sich mit unterschiedlichen Formen der Gewalt wie der physischen, psychischen und sexuellen Gewalt sowie Formen der Vernachlässigung auseinandersetzt. Weiters gibt der Bericht Aufschluss über Gewalt gegen verschiedene Personengruppen wie Kinder, Frauen, Männer, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Der Bericht behandelt neben Ergebnissen der aktuellen Forschung und Literatur Theorieansätze zum Thema sowie gesellschaftliche, soziale, ökonomische Ursachen und setzt sich mit den Hintergründen zur familiären Gewalt auseinander. Erörtert wird auch das Ausmaß von Gewalt auf Basis von Kriminal- und Gerichtsstatistiken sowie Statistiken von Opferschutzeinrichtungen und Studien. Die Rezeption der Gewaltphänomene durch die Gesellschaft bildet einen weiteren Schwerpunkt des Berichts. Aufgezeigt wird, wie sich der Umgang mit der Thematik in den vergangenen zehn Jahren verändert hat. Diese Darstellung erfolgt u.a. am Beispiel von Präventions- und Interventionsangeboten durch Behörden und NGOs, durch das Aufzeigen von rechtlichen Änderungen im Bereich Gewalt in der Familie und mittels zweier Medienanalysen zur Berichterstattung über die Thematik.

Um dem vielschichtigen Phänomen der Gewalt gerecht zu werden, hat das BMSG in den letzten Jahren im Bereich der (ambulanten) Täter/innenarbeit maßgebliche Akzente gesetzt, da Täter/innenarbeit einen Beitrag zum Opferschutz und zur Verhinderung weiterer Gewalttaten leistet. Auch bieten die in den letzten Jahren eingerichteten Männerberatungsstellen Hilfestellung zum Thema Gewalt an.

### **2.3.2 Familie und Lebensraum**

Die Initiativen und Maßnahmen in diesem Bereich kreisen um die Schwerpunkte „Einrichtung/Förderung von Kinderspielplätzen“, „Sicherheit im Verkehr/auf dem Schulweg“ und „politische Integration von Familieninteressen auf Kommunalebene“. Zur allgemeinen Förderung des Lebensraums im Interesse von Familien wurden im Sinne von bewusstseinsbildenden Maßnahmen Wettbewerbe für familienfreundliche Gemeinden durchgeführt. Von zentraler Bedeutung ist das „Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde“. Ziel dieser Initiative des BMSG ist es, Gemeinden verstärkt zu einer kinder- und familiengerechten Sicherung und Ausgestaltung des Lebensraums anzuregen. Dazu wurden in einem Modellversuch gemeinsam mit neun ausgesuchten Gemeinden aus ganz Österreich Handlungsfelder, Prozess-Standards und Kriterien für familien- und kinderfreundliche Gemeinden entwickelt, wodurch Familien- und Kinderfreundlichkeit messbar werden soll. Unter Beteiligung aller betroffenen Akteure in den Gemeinden wird mit Hilfe einer Auditierung der Ist-Zustand erhoben und der gewünschte Soll-Zustand definiert. Ein Zertifikat „familien- und kinderfreundliche Gemeinde“ soll bestätigen, dass die gesteckten Ziele auch erreicht wurden. Die Pilotphase wurde mit der Verleihung eines Grundzertifikates an die am Modellversuch beteiligten Gemeinde im April 2003 erfolgreich abgeschlossen, die Zertifizierung weiterer Gemeinden ist geplant.

### **2.3.3 Familie und Wohnen**

Der Wohnaufwand ist vor allem für die unteren Einkommensdezile der österreichischen Familien die bei weitem größte Ausgabenkategorie. Selbst für die mittleren Einkommen der jeweiligen Familientypen entstehen beträchtliche Ausgabenanteile. Aus diesem Grund, sowie aus wirtschaftspolitischer Motivation, entwickelte sich im Lauf der letzten Jahrzehnte ein äußerst heterogenes System von Wohnbauförderungsmodellen – größtenteils mit Bundesmitteln finanziert, umgesetzt aber von den einzelnen Ländern (vgl. Kap. 2.1.4). Aufgrund der entsprechend unterschiedlichen Gesetzgebung in den Ländern werden explizit Familien begünstigende Angebote im Rahmen der Wohnbauförderung (etwa „Jungfamilienförderung“ oder Zuschüsse bei Hausratbeschaffung) in einzelnen Bundesländern angeboten.

### **2.3.4 Familie und Arbeitswelt**

Zu dieser Thematik hat das BMSG einen Schwerpunkt in bewusstseinsbildenden Maßnahmen gesetzt. Das österreichische Audit „Familie und Beruf“ ist eine Weiterentwicklung des originären Auditierungsverfahrens zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das auf Initiative und im Auftrag der gemeinnützigen HERTIE-Stiftung in Deutschland entwickelt wurde. Das BMSG fördert finanziell einen längerfristig angelegten, unternehmensinternen Prozess zur Herstellung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen. Es hilft dabei dem einzelnen Unternehmen mit einem umfangreichen Kriterienkatalog, seine Familienfreundlichkeit gemeinsam mit den Mitarbeiter/innen zu überprüfen, die Ergebnisse zu evaluieren und seine Familienfreundlichkeit weiterzuentwickeln. Bei dem Audit Familie und Beruf handelt es sich um ein Prüfverfahren der gesamten Unternehmenskultur in Bezug auf familienfreundliche und betriebswirtschaftlich sinnvolle Lösungen.

Im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb“ werden seit 1999 jene österreichischen Unternehmen öffentlichkeitswirksam prämiert, die in ihrem Bereich Rahmenbedingungen für Frauen zur optimalen Nutzung ihrer beruflichen Chancen und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb geschaffen haben. Im Jahr 2002 wurde er zum vierten Mal durchgeführt.

Mit 1. August 2002 wurde das bis dahin gültige Frauennachtarbeitsverbot aufgehoben. Für Frauen und Männer gelten daher ab diesem Zeitpunkt dieselben Regelungen über die Nacharbeit. Allerdings haben Nachtarbeiter/innen nach diesem Gesetz einen Anspruch auf Versetzung auf einen Tagesarbeitsplatz nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten, wenn das Fortsetzen der Nacharbeit die Gesundheit beeinträchtigt oder Betreuungspflichten gegenüber Kindern bis zwölf Jahren bestehen.

Ein wichtiges Element bei der Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben ist die Kinderbetreuung. Hier spiegelt sich deutlich die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern wider – Gesetzgebung und Vollzug des Kindergarten- und Hortwesens ist Landessache: Während sich der Bund entsprechend vor allem mit der Thematik Vereinbarkeit von Familie und Erwerb befasste, liegt der Schwerpunkt der Länder eher bei Kinderbetreuungsangeboten – allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Eine wesentliche Ausnahme in der beschriebenen Kompetenzverteilung war die in Abschnitt 2.1.4 beschriebene Impulsförderung des Bundes in Form der „Kindergartenmilliarde“ in den Budgetperioden 1997/1998 und 1999/2000.

Unter bestimmten Voraussetzungen wird seitens des Bundes auch eine Kinderbetreuungsbeihilfe gewährt. Mit dieser Maßnahme soll die Vermittelbarkeit arbeitsloser Personen unterstützt bzw. die Beschäftigung unselbstständig erwerbstätiger Personen mit Kinderbetreuungspflichten gesichert werden. Gleichzeitig soll die Inanspruchnahme einer entgeltlichen Kinderbetreuung gefördert werden.

Im Rahmen des Projekts „Familienkompetenzen – Schlüssel für mehr Erfolg im Beruf“ absolvieren Mütter (und Väter) ein mehrstufiges Programm, in dem sie sich mit dem Wiedereinstieg ins Erwerbsleben auseinandersetzen und mit einem Zertifikat abschließen. Dieses ist ein Nachweis für die – in der Familienarbeit trainierten – Schlüsselkompetenzen der Teilnehmerinnen.

Für die Zeit der Erziehung eines Kindes in Österreich werden bis zu achtundvierzig Monate nach der Geburt eines jeden Kindes als Ersatzzeit beitragsfrei für die Pension angerechnet. Seit 1. Jänner 2002 werden für Bezieher/innen von Kinderbetreuungsgeld 18 Monate als pensionsbegründende Beitragszeiten angerechnet, wenn sich diese nicht mit anderen Beitragszeiten decken. Darüber hinaus gelten die restlichen Monate bis maximal zum vierten Geburtstag des Kindes als Ersatzzeiten. Die Ersatzzeit wird grundsätzlich der Mutter zugerechnet. In bestimmten Fällen kann der Nachweis geführt werden, dass der Vater das Kind tatsächlich überwiegend erzogen hat. Ab 2004 ist eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung vorgesehen, wobei zwei Jahre angerechnet werden und pro Kind der Durchrechnungszeitraumes um drei Jahre verkürzt wird.

### **2.3.5 Familie und Jugend**

Leistungen zu Gunsten der Jugend sind in den Bereichen Bildung, Information/Beratung und Partizipation angesiedelt.

Sowohl der Bund als auch alle Bundesländer bieten eine eigene Kinder- und Jugendarbeitschaft an. Dabei handelt es sich um Institutionen, die Kindern und Jugendlichen für Beratungs- und Hilfeleistungen in sie betreffenden spezifischen Angelegenheiten zur Verfügung steht. Grundsätzlich zählt zu den Aufgaben die Beratung von Minderjährigen, Erziehungsberichtigten und gesetzlichen Vertretern, weiters die Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über Pflege und Erziehung, die Abgabe von Empfehlungen, die Begutachtung und Anregung von Gesetzesbestimmungen und Verordnungen sowie die Informationen über die Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen. Das BMSG bietet durch eine eigene Stelle Information für Jugendliche unter dem Titel „Jugendinfo“ an, die auch eine eigene Homepage mit aktuellen Informationen für Jugendliche enthält.

Mit zwei Gesetzen aus dem Jahr 2001 wurden wesentliche rechtliche Grundlagen für die Anliegen von Jugendlichen geschaffen: Einerseits das Bundesjugendförderungsgesetz, das die Förderung von Maßnahmen der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit zum Ziel hat, andererseits das Bundesjugendvertretungsgesetz, welches die Vertretung der Anliegen der Jugend gegenüber den politischen Entscheidungsträgern auf Bundesebene sicherstellen soll.

### **2.3.6 Familie und Senioren**

Das 1997 im damaligen Bundesministerium für Umwelt Jugend und Familie eingerichtete Kompetenzzentrum für Senioren und Bevölkerungspolitik fördert gemeinnützige Träger, die Aktivitäten und Modellprojekte zu seniorenpolitischen Schwerpunktsetzungen durchführen, wie z.B. hinsichtlich des Wissens- und Erfahrungsaustausches zwischen den Generationen, der Partizipation von Senior/innen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene, für Fortbildungsmaßnahmen für pflegende Angehörige bis hin zu seniorenpolitisch relevanten Veranstaltungen und Enqueten. Auch Entwicklungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die Freiwilligenarbeit sowie Gesundheitsprävention für das Alter werden gefördert. Ein Jahr später wurde als weitere Serviceeinrichtung die Pflegetelefon-Beratung für alle Personen, die Angehörige pflegen oder in einer anderen Form mit den Pflegeproblemen konfrontiert sind, eingerichtet. Die dabei gegebenen Informationen betreffen Fragestellungen wie z.B. Informationen über das Pflegegeld, Betreuungsmöglichkeiten zu Hause, Kursangebote für Angehörige, Selbsthilfegruppen, Heilmittel und -behelfe sowie zu allen Fragen in Zusammenhang mit Pflege. 1998 wird für Pflegende die Möglichkeit zu einer begünstigten Weiterversicherung in der Pensionsversicherung eingeführt.

Mit der Schaffung und Novellierung eines Bundesseniorengesetzes (1994 bzw. 1998) wurden wichtige rechtliche Grundlagen für die Vertretung der Anliegen der älteren Generation gegenüber den politischen Entscheidungsträgern auf Bundesebene und die Beratung, Information und Betreuung von Senioren durch Seniorenorganisationen gelegt. Mit der Novellierung des Gesetzes von 2000 wurde der bis dahin beim Bundeskanzleramt eingerichtete Bundesseniorenbirat ins BMSG verlegt. Österreich verfügt als erstes europäisches Land über eine gesetzliche Interessenvertretung für Senioren und nimmt dadurch eine Vorreiterstellung ein.

Im Internationalen Jahr der älteren Menschen 1999 wurden in Österreich sieben Arbeitskreise zur Diskussion des Handlungsbedarfs eingerichtet.

Seit 1. Juli 2002 besteht die Möglichkeit der Familienhospizkarenz. Diese Maßnahme ermöglicht Arbeitnehmer/innen zum Zweck der Sterbebegleitung eines nahen Angehörigen oder der Begleitung von im gemeinsamen Haushalt lebenden, schwerst erkrankten Kindern (Wahl- oder Pflegekindern) ihre Arbeitszeit zu ändern oder sich für eine gewisse Dauer karenzieren zu lassen. Während dieser Zeit sind die Arbeitnehmer/innen in der Kranken- und Pensionsversicherung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung abgesichert. Durch Begleitmaßnahmen können dabei finanzielle Notlagen bei Inanspruchnahme der Familienhospizkarenz ausgeglichen werden. Arbeitsrechtlich ist diese Möglichkeit für drei Monate vorgesehen, kann aber bei Bedarf bis zu insgesamt sechs Monaten pro Anlassfall verlängert werden.

Am 11. Juni 2003 hat der Nationalrat die langfristige „Pensionssicherungsreform“ beschlossen. Die Wirksamkeit der Reformmaßnahmen beginnt im Jänner bzw. Juli 2004 und ist (mit allen Übergangs- und Einschleifregelungen) in fünfundzwanzig Jahren abgeschlossen. Ziel der Reform ist es, die Pensionen auch für die heute Erwerbstätigen langfristig zu sichern.

### **2.3.7 Familie und Leistungsausgleich**

Sowohl Bund als auch alle Bundesländer erbringen materielle Unterstützungsleistungen für Familien (monetäre Direkttransfers, aber auch Angebote wie Vergünstigungen, Gutscheine etc.).

Zentrale staatliche Leistungen sind die Familienbeihilfe als Grundleistung für alle Personen mit Kindern, das Karenzgeld als Einkommensersatzleistung während der Zeit des Elternschaftsurlaubs und das Kinderbetreuungsgeld für die Betreuung der Kinder. Familienbeihilfe erhalten Personen, die im Bundesgebiet einen Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt haben und zwar grundsätzlich für minderjährige Kinder. Mütter haben einen vorrangigen Anspruch. Für volljährige Kinder in Berufsausbildung wird die Familienbeihilfe grundsätzlich bis zur Vollendung des 26. Lebensjahres gewährt; unter bestimmten Voraussetzungen auch für volljährige Kinder, wenn sie erwerbsunfähig sind. Nach einer Kürzung der Familienbeihilfe im Jahr 1995 wurde diese 1999, 2000 und 2003 gemeinsam mit dem Kinderabsetzbetrag wiederum erhöht. Jedem Steuerpflichtigen, dem Familienbeihilfe gewährt wird, steht ein Kinderabsetzbetrag zu, welcher ohne eigenen Antrag gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt wird.

Das im Internationalen Jahr der Familie 1994 bereits wirksame Karenzgeld wurde in diesem Jahr zu 30% aus der Arbeitslosenversicherung und 70% aus dem FLAF finanziert. 1995 erfolgte eine Kürzung des erhöhten Karenzgeldes und es wurde die Richtlinie eingeführt, dass bei Inanspruchnahme des erhöhten Karenzgeldes der Vater namhaft gemacht werden muss. 1996 wurde der Karenzgeldbezug um ein halbes Jahr gekürzt, wenn keine Teilung zwischen den Eltern erfolgt (entsprechend Kürzung um ein Jahr bei Teilzeit).

1996 wird das Wochengeld und das Betriebsgeld zu 30% aus der Krankenversicherung und zu 70% aus dem FLAF finanziert. 1998 werden diese beiden Leistungen erhöht sowie der Wochengeldanspruch auf freie Dienstnehmer/innen ausgeweitet.

Die Einführung der Kleinkindbeihilfe aus dem FLAF im Jahr 1996 löst nach Abschaffung der Geburtenbeihilfe am 30. Juni dieses Jahres den Zuschlag zur Geburtenbeihilfe ab. Ebenfalls in diesem Jahr tritt an die Stelle des erhöhten Karenzgeldes ein Zuschlag zum Karenzgeld. Frauen, die Anspruch auf Wochenhilfe haben, jedoch die Anwartschaft auf Karenzgeld nicht erfüllen, können um Teilzeitbeihilfe in der halben Höhe des Karenzgeldes ansuchen. Bezüglich der Dauer der Teilzeitbeihilfe gelten die Bestimmungen des Karenz-

geldes. Ebenso wird nun die Teilzeitbeihilfe für selbstständig Erwerbstätige und Bäuerinnen bis zum 18. Lebensmonat des Kindes (Kürzung um ein halbes Jahr entsprechend dem Karenzgeld) gewährt. Im Jahr 2000 wird die Kleinkindbeihilfe wieder aufgehoben. Mit der Novelle 1999 wurde das Karenzgeld auf ein Karenzgeldkonto umgestellt. Bei Inanspruchnahme durch einen Elternteil umfasst das Karenzgeldkonto 549 Tage, wenn der andere Elternteil ebenfalls Karenz beansprucht, dann maximal 731 Tage. Vom Höchstausmaß sind die Tage vom Tag der Geburt bis zum Tag vor Beginn der Karenz abzuziehen (=höchstmögliche Bezugsdauer). Das Höchstausmaß erhöhte sich für Ansprüche auf Grund von Geburten ab 1. Juli 2000 um 365 Tage.

Im Jahr 2000 erfolgte der Ausbau vom Karenzgeld zum Kinderbetreuungsgeld. Das Kinderbetreuungsgeld ersetzt die bisherigen Versicherungsleistungen (Karenzgeld und Teilzeitbeihilfe) und gebührt allen Eltern in derselben Höhe, unabhängig von einer früheren Erwerbstätigkeit oder Pflichtversicherung. Demnach haben nun auch Hausfrauen/Hausmänner, Student/innen, Schüler/innen, Bäuerinnen/Bauern, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige und freie Dienstnehmende Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld. Mit dem Kinderbetreuungsgeld soll auch die Entscheidung für ein Kind unterstützt werden, um die Realisierung des Kinderwunsches (zwei Kinder) zu erleichtern. Durch Einführung einer Zuverdienstgrenze von Euro 14.600,- wurde im Vergleich zur bisher geltenden Regelung auch der Spielraum vergrößert, neben der Kinderbetreuung erwerbstätig sein zu können. 2004 wird sowohl die Zuverdienstgrenze für den Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld angehoben als auch das Kinderbetreuungsgeld bei Mehrlingsgeburten erhöht.

Ziel der jüngsten Steuerreform ist die „Stärkung der Familien“. Zu den bestehenden steuerlichen Entlastungsmöglichkeiten Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag, der im Jahr 2000 erhöht wurde, werden rückwirkend mit Anfang 2004 nach der Kinderzahl gestaffelte Zuschläge eingeführt. Wirken sich diese wegen zu geringem Einkommen steuerlich nicht aus, werden sie als sog. „Negativsteuer“ direkt an die Steuerpflichtigen ausgezahlt. Weitere Neuerungen sind die Anhebung der Zuverdienstgrenze beim Alleinverdienerabsetzbetrag von 4.400 Euro auf 6.000 Euro sowie die generelle Anhebung der Pendlerpauschale um 15%.

Wer für ein nicht haushaltzugehöriges Kind nachweislich gesetzlichen Unterhalt (Alimente) leistet und dafür keine Familienbeihilfe bezieht, hat Anspruch auf einen Unterhaltsabsetzbetrag, von der Höhe aufsteigend gestaffelt nach der Anzahl der Kinder.

1995 werden die Familienzuschläge zum Arbeitslosengeld unter bestimmten Voraussetzungen gestrichen, 2001 werden die Zuschläge gekürzt und 2002 gestrichen. Ebenfalls fällt die Möglichkeit der Mitversicherung bei den Eltern für studierende Kinder von Selbstständigen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz weg.

### **2.3.8 Familie und Behinderung**

Aufbauend auf dem am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Bundesbehindertengesetz, aufgrund dessen ein Bundesbehindertenbeirat mit beratender Funktion in allen grundsätzlichen Fragen der Behindertenpolitik eingerichtet wurde, wurden auch bedeutende Fortschritte bei der Mitsprache von Menschen mit Behinderungen erzielt. Weiters erfolgten im Bundesbehindertengesetz grundsätzliche Regelungen betreffend der Koordination der Rehabilitationsmaßnahmen. Im Rahmen der Anreize des Europäischen Sozialfonds (ESF) mit dem Ziel der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung der Jugendlichen und der vom Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Erwerbsleben hat Österreich für den Zeitraum 1995 bis 1999 einen Schwerpunkt für die Integration von Menschen mit Behinderungen gelegt. Unter anderem werden hierzu vom Arbeitsmarktservice (AMS) arbeitsmarktpolitische Programme durchgeführt. Zur Förderung der beruflichen Integration sind auch Maßnahmen wie Beschäftigungspflicht (Dienstgeber, die im Bundesgebiet 25 oder mehr Dienstnehmer/innen beschäftigen, sind verpflichtet, auf je 25 Dienstnehmer/innen eine (behinderte) Person mit einer Behinderung einzustellen) oder verbesserter Kündigungsschutz von Dienstnehmer/innen mit Behinderungen vorgesehen.

Im Rahmen des Schulreformpakets von 1996 (Novellen zum Schulorganisationsgesetz, Schulunterrichtsgesetz und Schulpflichtgesetz, BGBl. Nr. 766-772/1996) wird festgelegt, dass der Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung auch in Hauptschule und AHS-Unterstufe gemeinsam zu erfolgen hat, womit zehn- bis vierzehnjährige betroffene Kinder auch in Regelschulen integriert werden können.

Mit der Novelle vom 1. Juni 1997 zum Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (EGVG) und zur Gewerbeordnung (GewO, BGBl. I Nr. 63/1997) wurde die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen erstmals in der österreichischen Rechtsordnung unter Strafe gestellt. Im selben Jahr werden mit der Ergänzung des Art. 7 Abs. 1 BVG (BGBl. I Nr. 87/1997) Menschen mit Behinderung verfassungsrechtlich vor Diskriminierung geschützt, indem festgestellt wird, dass „... niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf“ und sich „...die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) dazu bekennt, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten“.

Mit der vom BMSG herausgegebenen Datenbank „Handynet Österreich“ wurde im Jahr 1999 eine ca. 8000 Datensätze umfassende Sammlung zu den technischen Hilfsmitteln (Überblick über das vielseitige Produktangebot mit Preisvergleichen) erstellt. Darüber hinaus wird auch über Alten- und Pflegeheime sowie Organisationen, die im Dienste der Menschen mit Behinderungen tätig sind, informiert. Seit Februar 2002 ist diese Datenbank auch im Internet zugänglich.

Im Rahmen des von 2000 bis 2006 laufenden Equal-Projekts der EU werden in Österreich für Menschen mit Behinderungen Schwerpunkte zu den Bereichen Übergang Schule/Beruf, Schnittstelle Beruf/Pension sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit gesetzt. 1999 kommt es zu einer Erhöhung des Behindertenzuschlags.

Die bereits in den Jahren 1995 bis 1999 (siehe oben) durchgeführten Anreize des ESF werden um eine weitere Förderungsperiode (2000-2006) verlängert. Für die ganze Periode stellt der ESF ca. 109 Mio. Euro für Maßnahmen zugunsten der Menschen mit Behinderungen zur Verfügung.

Im Budget 2001/2002 war erstmals eine Milliarde ATS zur Finanzierung einer Beschäftigungsoffensive für Behinderte vorgesehen („Behindertenmilliarde“).

Familien mit Angehörigen mit Behinderungen – insbesondere auch mit Kindern mit Behinderungen – werden auf Bundesebene durch das bereits erwähnte Pflegegeld unterstützt, das auf der Grundlage des am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen Bundespflegegeldgesetzes in Österreich gewährt wird. Seit 2001 steht dieses auch Kindern unter drei Jahren zu. Außerdem gebührt für Kinder, wenn der Grad ihrer Behinderung mindestens 50% ist und sie dauernd außer Stand sind, sich selber zu versorgen, ein Behindertenzuschlag zur Familienbeihilfe. Dieser wurde seit 1994 bereits drei Mal erhöht.

### **2.3.9 Familie und Familienformen**

Thematische Schwerpunkte im Bereich Familienformen sind Trennung/Scheidung und Ein-Eltern-Familien.

Der Bund hat auf diesem Gebiet mit zahlreichen Publikationen wie Ratgebern oder Arbeitsmappen ebenso wie mit der Vergabe einschlägiger Forschungsprojekte Bewusstseinsbildungs- und Präventionsarbeit geleistet. Daneben bestehen aber auch Leistungen im engeren Sinne wie z.B. die steuerliche Begünstigung von Alleinerziehenden.

Um den Informationsbedarf angehender Eheleute über die rechtlichen sowie auch über diverse lebensweltliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Eheschließung und Familiengründung zu decken, wurde seit 1996 in Kooperation mit dem Österreichischen Verband der Standesbeamten das sogenannte "Hochzeitsalbum" herausgegeben, welches den Heiratswilligen im Zuge ihrer Eheschließung übergeben wird.

Aufbauend auf dem Modellprojekt "Familienberatung bei Gericht - Mediation - Kinderbegleitung bei Scheidung oder Trennung der Eltern", wurde das Konfliktregelungsmodell "Mediation" in Familien- und Eheangelegenheiten mit dem Ehrechtsänderungsgesetz 1999 und dem Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 erstmals gesetzlich verankert und mit § 39 c des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (FLAG) in Verbindung mit der Ausführungsrichtlinie zur Mediation gemäss § 39 c FLAG 1967 (Mediation in familienrechtlichen Konfliktfällen) die finanzielle Fördermöglichkeit von Familienmediation vorgesehen.

Seit 2000 wird somit die geförderte Mediation sowie die Eltern- und Kinderbegleitung in Trennungs-/Scheidungssituationen angeboten. Ein wesentliches Ziel davon ist es, die Situation des Kindes im Scheidungsverfahren zu verbessern. Bei der Mediation handelt es sich um eine Methode der Konfliktregelung, bei der ein externer Mediator (bzw. ein Co-Mediatorenteam) helfen soll, Konflikte fair und in einer für alle Konfliktparteien zufriedenstellenden Weise zu lösen. Diese Möglichkeit steht für alle Betroffenen unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit offen.

### **2.3.10 Familie unter besonderen Belastungen**

Für mit besonderen Belastungen und Erschwernissen konfrontierte Familien stehen direkte Unterstützungsleistungen im Vordergrund, und zwar primär in Form von finanzieller und beratender Hilfe. Die Maßnahmen zielen auf wirtschaftlich schwache Familien und auf solche mit psychosozialen Problemen.

Alle wesentlichen monetären Familienleistungen (Geburtenbeihilfe, Karenzgeld/Teilzeitbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld) kannten bzw. kennen eine Form von Zuschlag oder Zuschuss, der unter besonderen Voraussetzungen – in der Regel geringe finanzielle Ressourcen – bezogen werden kann, wenn auch zum Teil in Form eines Kredites, der bei allfälliger Verbesserung der wirtschaftlichen Situation rückzahlbar ist.

Seit 2000 erhöht sich die Familienbeihilfe mit der Anzahl Kinder (sog. Geschwisterstaffelung – Zuschläge für das zweite sowie das dritte und jedes weitere Kind). Bereits seit 1999 werden überdies Familien mit drei und mehr Kindern mit einem Mehrkindzuschlag unterstützt. 2003 wird die Familienbeihilfe abermals erhöht und gleichzeitig eine vierte Altersstaffelung (ab dem 3. Lebensjahr) eingeführt. Generell neben der Familienbeihilfe die Mehrkindzuschläge (wenn das zu versteuernde Familieneinkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreitet) erhöht sowie ein Geschwisterstaffelung eingeführt. Einige Länder kannten schon vor dem Bund (Einführung per 1. Jänner 2004) eine Förderung bei Mehrlingsgebärunen. 2002 kam es zur Abschaffung der Sondernotstandshilfe.

Für Familien, die unverschuldet in finanzielle Notsituationen geraten sind, stehen als Überbrückungshilfe Mittel aus dem Familienhärteausgleich zur Verfügung.

Ein besonderer Schwerpunkt, bei dem insbesondere bewusstseinsbildende Maßnahmen eine wichtige Rolle spielen, sind Sekten, Okkultismus und ähnliche Phänomene. 1998 wurde eine Bundesstelle für Sektenfragen eingerichtet.

### **2.3.11 Familie und Rechtsordnung**

Eine zentrale Aktivität ist hier die Erstellung eines nationalen Aktionsplans für die Rechte von Kindern und Jugendlichen (Young Rights Action Plan – YAP). Der nationale Aktionsplan ist die Umsetzung eines entsprechenden Beschlusses, der an der Sondertagung der UNO-Generalversammlung zum Thema Kinder („Weltkindergipfel“) vom Mai 2002 gefällt worden war. Grundlegende Zielsetzung des Aktionsplans ist die Erarbeitung eines umfassenden Strategie- und Maßnahmenkatalogs als Basis einer eigenständigen Kinder- und Jugendpolitik in Österreich auf Grundlage der UNO-Kinderrechtskonvention.

Eine rechtliche Neuerung mit direkter Konsequenz für Familien in Trennung und/oder Scheidung ist die Neuregelung hinsichtlich der Obsorge im Kindschaftsrechtsänderungsgesetz vom 1. Juli 2001. Damit wurde die Möglichkeit der sog. gemeinsamen Obsorge geschaffen, wobei Partner/Innen nach einer Scheidung, Nichtigkeitserklärung oder Aufhebung der Ehe die Obsorge für das Kind oder die Kinder gemeinsam übernehmen können mit dem Ziel, dass auch nach einer Scheidung die Elternteile die gemeinsame Verantwortung übernehmen. Die Voraussetzung dafür ist eine Vereinbarung zwischen den Eltern, aus der ersichtlich ist, bei welchem Elternteil sich das Kind überwiegend aufzuhalten soll. Sollte eine solche Vereinbarung auch über Vermittlung des Gerichtes oder anderer Institutionen, wie z.B. Mediation nicht möglich sein, überträgt das Gericht, wie in den Jahren vor 2001, die alleinige Obsorge einen Elternteil.

### **2.3.12 Familie und Gesundheit**

Bezüglich medizinische Prävention und frühzeitige Interventionsmöglichkeit im Erkrankungs- oder Behinderungsfall wurde in Österreich 1974 der Mutter-Kind-Pass eingeführt. Im Mutter-Kind-Pass-Programm sind

fünf Untersuchungen während der Schwangerschaft und fünf Untersuchungen des Kindes bis zum 14. Lebensmonat, sowie jährliche Untersuchungen ab dem 24. Lebensmonat bis zum 60. Lebensmonat des Kindes (vor Schuleintritt) als Gesundheitsvorsorge vorgesehen. Nach dem Wegfall der Geburtenbeihilfe stellte sich ein starker Rückgang der ärztlichen Schwangeren- und Kleinkinduntersuchungen ein, die bis dahin Bedingung für den Bezug der Geburtenbeihilfe bildeten. Um diese Entwicklung aufzuhalten, wurde 1998 (für ab 1997 geborene Kinder) mit dem Mutter-Kind-Pass-Bonus ein finanzieller Anreiz in der Höhe einer einmaligen Zahlung von 2.000 ATS geschaffen, für deren Bezug das Absolvieren des gesamten vom Mutter-Kind-Pass vorgesehenen Untersuchungsprogramms erforderlich war. Für Kinder, die nach dem 31. Dezember 2001 geboren wurden, gilt folgende Regelung: Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgelds fiel der finanzielle Bonus als Anreiz für die medizinischen Untersuchungen weg, an seine Stelle trat die Halbierung des KBG ab dem 21. Lebensmonat, sofern nicht alle Untersuchungen des Mutter-Kind-Pass-Programms bis zum 18. Lebensmonat nachgewiesen wurden.

1997 wurde in Österreich eine Krankenscheingebühr eingeführt.

Für Paare in einer Ehe oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft besteht seit 2000 im Fall einer Sterilität die Möglichkeit auf Kostenübernahme durch den FLAF einer In-vitro-Fertilisation in Höhe von 70% der Kosten (4 Versuche pro angestrebter Schwangerschaft), wenn alle anderen Möglichkeiten zur Herbeiführung einer Schwangerschaft bereits ausgeschöpft wurden.

1998 wurde die Bundesstelle für Sektenfragen eingerichtet, deren Aufgabe die Dokumentation und Information über Gefährdungen ist, die von Programmen oder Aktivitäten von Sekten oder sektenähnlichen Aktivitäten ausgehen können, sofern ein begründeter Verdacht vorliegt und diese Gefährdungen allgemein das Leben oder die physische oder psychische Gesundheit von Menschen, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit einschließlich der Freiheit zum Eintritt zu oder Austritt aus religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften, die Integrität des Familienlebens, das Eigentum oder die finanzielle Eigenständigkeit von Menschen oder die freie geistige und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen betreffen.

Seit dem Jahr 1999 wird ein Kostenzuschuss für die psychotherapeutische Krankenbehandlung für Verbrechensopfer gewährt.

### **2.3.13 Familie und Gesellschaft**

Antworten auf grundlegenden Fragen zur Stellung und Entwicklung der Familie innerhalb der Gesellschaft zu finden, ist unter anderem eine Aufgabe des im Internationalen Jahr der Familie 1994 gegründeten Österreichischen Instituts für Familienforschung.

Seit 2002 können auch Gelder aus dem FLAF für Forschungsangelegenheiten verwendet werden: „Die Kosten für Forschungsförderungen und Forschungsaufträge, sowie sonstige wissenschaftliche Untersuchungen und Arbeiten im Interesse der Familien und Generationenbeziehungen sind aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen“ (§ 39i FLAG 1967).

Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt liegt bei der Auseinandersetzung mit der sich verändernden gesellschaftlichen Rolle von Männern/Vätern. Das BMSG hat diesen Schwerpunkt im Jahr 2001 bereits Rechnung getragen, indem die männerpolitische Abteilung gegründet wurde.

### **2.3.14 Familie und Medien**

Es fällt auf, dass sich die Thematisierung von Medien im familialen Kontext nahezu ausschließlich auf die elektronischen Medien beschränkt – zum einen das Fernsehen, zum anderen die sogenannten „neuen Medien“. Darin dürfte sich eine Reaktion auf die fortschreitenden und rasante Entwicklung und Ausbreitung der entsprechenden medialen Angebote während des Untersuchungszeitraums widerspiegeln. Neben allgemeinen Fragen zum Konsum medialer Angebote standen insbesondere Schutz und Aufklärung im Zusammenhang mit gewalttätigen und pornografischen Inhalten von Internetseiten und Computerspielen im Zentrum.

Alljährlich im November erscheinen die „Tipps für Computerspiele“, erstellt vom Verein ACOS („Arbeitsgemeinschaft Computer und Spiel“, Linz) im Auftrag des Landesjugendreferates Oberösterreich und mit Unterstützung des BMSG. Die etwa fünfzig beschriebenen Spiele sind gewaltfrei und zeichnen sich durch ihre originelle Idee und einen gelungenen Spielaufbau aus. Auf einer CD-ROM gibt es zu den beschriebenen Spielen auch Screenshots sowie bei einigen eine kurze Demo-Version zum ausprobieren. Als „Positiv-Liste“ zu verstehen, wollen die „Tipps für Computerspiele“ eine bewußte Auseinandersetzung mit den Computerspielen und der Kaufentscheidung anregen.

### **2.3.15 Familie und Bildung**

Bildungsfördernde Maßnahmen im Familienkontext umfassen einerseits Unterstützungsleistungen für Aus- und Weiterbildungen (von Kindern), andererseits familienrelevante Bildungs- und Informationsangebote, die sich an Eltern richten. Im ersten Bereich werden Leistungen vor allem auf Bundesebene erbracht, wo verschiedene Formen von Schüler-, Lehrlings- und Studierendenunterstützungen bestehen.

Eine der zentralen Leistungen zur Unterstützung von Schüler/innen in Österreich ist die sogenannte Schulbuchaktion. Konkret werden die für den Unterricht notwendigen Schulbücher unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dabei ist seit 1995 ein Selbstbehalt von 10% zu leisten. Weiters besteht eine umfangreiche Subventionierung der Fahrtkosten zur Ausbildungsstätte. Schüler/innen, die eine öffentliche bzw. mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Schule im Inland oder im grenznahen Ausland besuchen und Familienbeihilfe beziehen, sind berechtigt, öffentliche Verkehrsmittel auf der Strecke zwischen ihrem Wohnort und der Schule gratis bis auf einen seit 1995 zu bezahlenden Selbstbehalt zu benutzen. Eine analoge Regelung besteht für Lehrlinge, denen eine ebenfalls aus dem FLAF finanzierte Fahrtenbeihilfe für den regelmäßigen Weg zur Ausbildungsstätte gewährt wird. Ausgenommen von der Bestimmung, dass der Weg länger als 2 km sein muss, sind Kinder mit einer Behinderung, wenn sie auf eine Beförderung angewiesen sind. Seit 1998 wurde die Lehrlingsfreifahrt auf Auszubildende nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz und für Vorlehrlinge ausgeweitet. Seit 1. September 2002 kann diese Fahrtenbeihilfe von Lehrlingen auch dann beantragt werden, wenn zum Zweck der Ausbildung eine Zweitunterkunft besucht werden muss.

1995 wird die Heimfahrtbeihilfe abgeschafft, die dann 2002 aus dem FLAF für Schüler/innen und Lehrlinge wieder eingeführt wird. 1996 wird die Freifahrt für Studierende gestrichen. Schüler/innen und Student/innen sowie Personen, die sich auf eine Studienberechtigungsprüfung vorbereiten, sind kostenlos unfallversichert und haben Zugang zu den umfassenden Leistungen der Unfallversicherung. Für Studierende besteht außerdem die Möglichkeit der begünstigten Krankenselbstversicherung. 2001 wurde in Österreich eine Studiengebühr eingeführt (mit Befreiungsmöglichkeit und Stipendien).

Vor dem Hintergrund, dass Elternbildung zu den wichtigsten Instrumenten zur Stärkung der elterlichen Kompetenz und der familiären Erziehungsfähigkeiten zählt, fördert das Ministerium seit 1995 gemeinnützige Einrichtungen, die Elternbildungsveranstaltungen durchführen. Elternbildung in Österreich wird in Volks- hochschulen, Beratungsstellen, Eltern-Kind-Zentren, Bildungshäusern, Schulen etc. durchgeführt. Bei den Angeboten handelt es sich vor allem um Vorträge oder Seminare mit Information, Erfahrungsaustausch, Selbstreflexion sowie Einzel- und Gruppenarbeit. Seit dem Jahr 2000 wird Elternbildung aus dem FLAF finanziert.

Zur Unterstützung von Familien in für sie belastenden Situationen werden Familienberatungsstellen durch das BMSG nach dem Familienberatungsförderungsgesetz finanziert. Das Netz an Familienberatungsstellen hat im Untersuchungszeitraum von 291 auf 371 zugenommen. Dies bedeutet eine Zunahme der ausgegebenen Förderungsmittel von 50% (1994: 7,27 Mio. Euro; 2003: 10,90 Mio. Euro). Die Beratungsstellen bieten anonym, vertraulich und kostenlos Beratungen an. Neben der Beratung in Krisensituationen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe bieten diese Stellen auch Information und präventive Aufklärungsarbeit an.

Neben Schwerpunktberatungen werden drei Viertel der Beratungsgespräche durch Themen der Allgemeinen Beratung abgedeckt. An erster Stelle rangieren mit 16% Fragen im Rahmen der Erziehungsberatung (Schule, Ablösung von Kindern, etc.) sowie zur Kinderbetreuung, gefolgt von 15% Beratung bei Paarkonflikten inklusive Fragen der Sexualität und gleichrangig mit Trennungs- und Scheidungsberatung. In 11% der Fälle kom-

men Klient/innen mit psychischen Problemen. Gewalt in der Familie macht 9% der Fälle aus, Fragen zu Schwangerschaft und Empfängnisregelung 7%. Geförderte Familienberatungsstellen sind in allen Bezirken Österreichs vorhanden. Auf 22.500 Österreicher/innen kommt derzeit im Durchschnitt eine Familienberatungsstelle.

Während im Internationalen Jahr der Familie 1994 174.000 Klient/innen 342.000 Beratungen durchgeführt haben, waren es im Jahr 2002 226.000 Klient/innen zu 442.000 Beratungen. Dies entspricht eine Steigerung um 29,9% bei den Klient/innen und um 29,2% bei den Beratungen.

82% der Förderung kommt der allgemeinen Beratung zugute. Die verbleibenden 18% verteilen sich auf die folgenden Schwerpunktbereiche: Familienplanung und Schwangerschaftsberatung, Gewalt in der Familie, Scheidungsberatung am Gericht, Sekten und Behinderung.

Im Rahmen der Familienberatung wurden Beratungsstellen mit besonderen Schwerpunkten eingerichtet. Dazu zählen Kinderschutzzentren mit den Problemschwerpunkten der körperlichen, psychischen und sexuellen Gewalt und der Vernachlässigung, aber auch Familienberatungsstellen im direkten Umfeld von Frauenhäusern, im Bereich Eltern mit behinderten Kindern, im Bereich der pränatalen Diagnostik, für geschlechtsspezifische Beratung, Berater/innenweiterbildung und Männerberatung.

Die Träger der Jugendwohlfahrt (Jugendamt) haben den gesetzlichen Auftrag, Familien bei ihren Aufgaben in der Pflege und der Erziehung Minderjähriger zu beraten und zu unterstützen. Eltern bzw. Alleinerziehende können diese Beratung in schwierigen Situationen in Anspruch nehmen. Dies betrifft unter anderem die Frage der Obsorge, wenn es diesbezüglich Probleme gibt. In Ausnahmefällen wird der Jugendwohlfahrts-träger mit der Obsorge bzw. Teilen derselben für das Kind betraut.

## 2.4 Familienpolitik von Ländern und Organisationen

### 2.4.1 Familie und Gewalt

Die Bundesländer setzen im Gewaltbereich schwergewichtig auf Angebote zur direkten Intervention wie Anlaufstellen für betroffene Frauen oder Kinder. In allen Bundesländern besteht ein Interventionsstelle und (mit Ausnahme von Vorarlberg) mindestens ein Kinderschutz-Zentrum. Interventionsstellen, als Begleitmaß-nahme zum Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt eingerichtet, bieten Betroffenen Hilfe durch Vernetzung und Koordination aller in die Gewaltproblematik involvierter Institutionen. Ein wesentlicher Unterschied zu den anderen bestehenden Schutzeinrichtungen ist ihr pro-aktive Ansatz, d.h. sie fungieren nicht als Anlauf-stellen, sondern initiieren selber aktiv den Kontakt mit den Betroffenen und können so auch Personen errei-chen, die von sich aus keine Hilfe in Anspruch genommen hätten.

Die Kinderschutzzentren richten sich mit einem breiten Angebot (konkrete Arbeit mit Betroffenen, Beratung, Krisenintervention, z.T. auch Multiplikator/innenschulung, Öffentlichkeitsarbeit) an alle, die mit Gewalt gegen Kinder oder Jugendliche konfrontiert sind.

Auch Frauenhäuser als Zufluchtsorte für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder sind in Österreich verbreitet, es besteht aber nach wie vor Bedarf an weiteren Plätzen (BMSG 2001).

Präventive Arbeit wurde mit der Durchführung mehrerer einschlägiger Enquêtes in Oberösterreich geleistet. Die Steiermark und die Österreichischen Kinderfreunde haben Leitfäden für Erkennung und adäquates Handeln bei Gewaltphänomenen entwickelt, in Kärnten wird allen Kindergarten eine sogenannte Kinderschutzbox zur Verfügung gestellt.

Vereinzelt waren auch Bundesländer in Forschungsprojekte zu familialer Gewalt involviert: Für Niederöster-reich wurde eine Studie zu „Qualitätssicherung und Bedarf von Schutzeinrichtungen für Kinder“ erstellt, und Wien hat am Daphne-Projekt „Fit for life“ der EU partizipiert.

## **2.4.2 Familie und Lebensraum**

In Niederösterreich besteht eine breit angelegte Initiative zur Spielplatzförderung. Sie umfasst ein eigenes Spielplatzbüro, eine Förderung (250.000 Euro pro Jahr), einen Gestaltungswettbewerb, Enquêtes, eine Zeitschrift und einen Internet-Auftritt. Auch in anderen Ländern finden Spielplätze explizite Aufmerksamkeit, und zwar durch Förderungen, Enquêtes und/oder Broschüren (Oberösterreich, Salzburg).

Als bewusstseinsbildende Maßnahmen sind Auditierungen und Wettbewerbe für Familien- und Kinderfreundlichkeit beliebt. Am 10. April 2003 wurde die Pilotphase des „Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde“ des BMSG mit der Verleihung der Grundzertifikate an die Modellgemeinden Dornbirn (Vorarlberg), Edlitz (Niederösterreich), Engerwitzdorf (Oberösterreich), Hartberg (Steiermark), Moosburg (Kärnten), Oberneukirchen (Oberösterreich), Pötsching (Burgenland), St. Koloman (Salzburg) und St. Peter in der Au (Niederösterreich) erfolgreich abgeschlossen.

Die Verankerung der Interessen von Familien in der Politik wird in mehreren Bundesländern durch die Einsetzung von Gemeinde-Familienreferenten/innen verstärkt. In Oberösterreich wurde für die Familienarbeit auf Gemeindeebene ein Handbuch herausgegeben. Darüber hinaus finden hier auch regelmäßige sogenannte Bezirksfamiliengespräche statt. Dabei werden Organisationen und Institutionen, deren Arbeit familiенbezogen ist, vom Bezirkshauptmann zum gegenseitigen Austausch eingeladen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema Familien-/Kinderstimmrecht als Mittel zur Stärkung der Familien im demokratischen Entscheidungsfindungsprozess.

## **2.4.3 Familie und Wohnen**

Die zentrale Rolle der Bundesländer in der Wohnbauförderung und die aufgrund ihrer Gestaltungsautonomie beträchtliche Verschiedenheit der einzelnen Modelle wurde bereits dargestellt. Hauptsächlich unterscheiden sich die Länder in der Häufigkeit, mit der einzelne Finanzierungsarten angewendet werden. Einen Sonderfall stellt hierbei Wien dar: Hier wurden in den 90er-Jahren rund 20% des „Sozialen Wohnbaus“ über eine zweite Förderungsschiene finanziert, nämlich mittels einmaliger, nicht rückzahlbarer Baukostenzuschüsse. Diese Unterstützungsform ist aber rückläufig (Statistik Austria 2004, 152).

## **2.4.4 Familie und Arbeitswelt**

Auch im Bereich Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben spielen bewusstseinsbildende Wettbewerbe auf Länderebene eine wichtige Rolle. Der Bundeswettbewerb „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb“ basiert auf Wettbewerben der Bundesländer, in denen bereits seit einigen Jahren die frauen- und familienfreundlichsten Unternehmen des jeweiligen Bundeslandes ermittelt werden. Auch Enquêtes und Informationsveranstaltungen zu diesem Thema haben in verschiedenen Bundesländern zum Teil mehrmals stattgefunden.

Der Katholische Familienverband hat sich im Rahmen der „Allianz für den Sonntag“ insbesondere für den arbeitsfreien Sonntag eingesetzt.

Bei der Kinderbetreuung ist eine starke Bedürfnisorientierung des Angebots augenfällig. Zahlreiche Angebote ergänzen komplementär die institutionalisierten Kinderbetreuungsangebote und reagieren damit auf bestehende Lücken. In Niederösterreich bestehen Angebote der Vermittlung und Förderung von externen Betreuungspersonen, die Kinder berufstätiger Eltern tagsüber zuhause betreuen. Im Fall der „Flying Nannies“ sind es ausgebildete Kindergärtner/innen, im Fall der „Mobilen Mamis“ eigenberechtigte Personen, die eine einschlägige Grundausbildung nachweisen und Weiterbildungen absolvieren müssen. Ähnliche Projekte bestehen beim Kath. Familienverband, der auf Länderebene Babysitter, Tagesmütter/-väter und mit dem Oma-Dienst auch intergenerational Betreuungspersonen vermittelt. Andere Maßnahmen zielen auf eine Erweiterung des bestehenden Kinderbetreuungsangebotes, etwa Erweiterung der Öffnungszeiten oder Mischgruppen in Kindergärten in Kärnten.

Neben der Ausweitung des Angebots wird aber auch auf das Hochhalten von Qualitätsstandards Wert gelegt. Beispiel dafür sind die Reduzierung der Kinderhöchstzahl in der Kinderbetreuung und eine Imagekampagne für Kindergarten- und Hortpädagog/innen in Oberösterreich.

In Niederösterreich, Tirol und Wien bestehen auch auf Landesebene finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Kinderbetreuung in Form von Zuschüssen.

#### **2.4.5 Familie und Jugend**

Analog zur Bundes-Jugendanwaltschaft ist auch in jedem Bundesland eine Kinder- und Jugendanwaltschaft eingesetzt. Deren Aufgabenbereiche gehen im Einzelfall sehr weit über die grundsatzgesetzliche Vorgabe hinaus, wobei die Aufgabenstellungen, die Befugnisse, die Organisation und die personelle Ausstattung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind.

Ebenfalls findet sich in allen Ländern mindestens eine Einrichtung für die Jugendberatung. Alle Jugendinformationszentren (Jugendinfo, Jugend-Service) sind als Erstanlaufstelle konzipiert. Die Inhalte sowie das Ausmaß der Beratungsfunktion sind regional unterschiedlich, wobei in allen Infos Informationen und Dienstleistungen zu den Themen Freizeit, Veranstaltungen, Reisen, EU-Jugendprogramme, Au-Pair, Aus- und Weiterbildung, Jugendschutzgesetz usw. erhältlich sind. Die überwiegende Anzahl der Stellen sind als Vereine organisiert und werden finanziell zum Großteil von der jeweiligen Landesregierung getragen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Freizeitaktivitäten, insbesondere während der Schulferien. Kärnten und Oberösterreich fördern beispielsweise Ferienaktionen von Jugendorganisationen, Wien bietet einen Ferienpass an.

#### **2.4.6 Familie und Senioren**

Mehrere Bundesländer unterstützen Senioren mit Sachleistungen oder Vergünstigungen (Seniorencard in Kärnten, Vorteilkarte 55 in Niederösterreich), vereinzelt auch mit direkten Subventionen. So können Senioren in Kärnten (einkommensabhängig) einen Zuschuss von 72 Euro an die Heizkosten erhalten, wenn diese nachweislich über einem gewissen Betrag liegen. In Niederösterreich gibt es eine Seniorenurlaubsaktion. Damit werden Urlaube von Senioren unter bestimmten Bedingungen (u.a. Urlaub in Niederösterreich, Höchsteinkommen) mit 50 Euro pro Person und Jahr gefördert.

Auf der Ebene der Bewusstseinsbildung fand das Thema Generationenbeziehungen verstärkte Aufmerksamkeit. Veranstaltungen zur intergenerationalen Kommunikationsförderung (Niederösterreich), Enqueten (Oberösterreich, Steiermark) und eine Fachtagung der Kinderfreunde wurden organisiert.

#### **2.4.7 Familie und Leistungsausgleich**

Alle Bundesländer kennen monetäre Förderungen für Familien, diese sind aber sehr unterschiedlich ausgestaltet. Teils stehen sie den Bundesförderungen ergänzend, teils subsidiär gegenüber; weitere Unterschiede betreffen Höhe, Bezugsdauer und Anspruchsbedingungen der Leistungen. Vor der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes auf Bundesebene gab es teilweise in den Ländern ergänzende Unterstützungsformen für Personen, die keinen Anspruch auf Karenzgeld hatten, diese sind aber aufgrund des erweiterten Bezieher/innenkreises des KBG obsolet geworden.

Weitere Förderungen sind auf besondere Ereignisse oder Situationen zugeschnitten. So reagierten z.B. die Länder Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark auf die Änderung des Kraftfahrgesetzes per 1999, nach der im Auto für jedes Kind ein eigener Sitzplatz mit „geeigneter Rückhaltevorrichtung“ vorhanden sein muss, mit Zuschüssen für Familien, die einen größeren PKW anschaffen mussten.

In mehreren Bundesländer werden vergünstigte Unfallversicherungen und im Rahmen von Familienpässen oder -karten weitere Sachleistungen wie Ermäßigungen bei Freizeit- und anderen Dienstleistungsangeboten gewährt. In Oberösterreich und Tirol wurden überdies die Förderungen durch Forschungsprojekte evaluiert.

#### **2.4.8 Familie und Behinderung**

Konkrete Unterstützungsleistungen für Familien mit behinderten Angehörigen kennen auch die Bundesländer. In Oberösterreich gibt es einen sozialpädagogischen Familienurlaub und einen Mobilitätszuschuss: Ankauf oder behindertengerechte Adaptation eines Fahrzeugs wird mit bis zu 1.817 Euro gefördert. Das Land Tirol fördert Organisationen des Behindertenbereichs und der Kath. Familienverband führt Seminare für Eltern behinderter Kinder durch.

Das Hauptgewicht wird aber auf die Information zu und Therapie von schulrelevanten Auffälligkeiten gelegt, namentlich Legasthenie, Dyskalkulie und Teilleistungsschwäche. Dazu werden beispielsweise logopädische Dienste angeboten und Enquêtes durchgeführt. Vom Kath. Familienverband wurde eine Informationsbroschüre herausgebracht und (durch den Diözesanverband Burgenland) eine Hotline für Kinder mit Teilleistungsschwäche eingerichtet.

#### **2.4.9 Familie und Familienformen**

Auf Länderebene wurde dieser Themenkreis praktisch ausschließlich mittels bewusstseinsbildender Maßnahmen wie Enquêtes aufgegriffen, vor allem in Ober- und Niederösterreich. Drei Schwerpunkte dominieren inhaltlich: Trennung/Scheidung, Alleinerziehung und Adoption. Oberösterreich und die Steiermark haben einen Ratgeber bzw. ein Handbuch für Alleinerziehende herausgebracht. Vom Land Oberösterreich wurde eine Diplomarbeit zum Thema „Alleinleben als Lebensform“ vergeben.

Mit Veranstaltungen und Publikationen hat sich auch der Kath. Familienverband engagiert. Darüber hinaus bietet er als direkte Unterstützung auch Erholungswochen für Alleinerziehende an.

#### **2.4.10 Familien unter besonderen Belastungen**

In einzelnen Ländern gibt bzw. gab es bereits eine Förderung für Mehrlingsgebärunen. In Tirol, Burgenland und Salzburg werden beispielsweise bei der Geburt von Zwillingen (und Erfüllen weiterer Anspruchsvoraussetzungen) Einmalprämien in der Größenordnung von rund 800 Euro ausgezahlt. In Vorarlberg erhöht sich der Landesfamilienzuschuss um 20%, und in Oberösterreich werden Mehrlingsgebärunen als spezielle Lebenssituation individuell gefördert.

Das Land Niederösterreich hat das Thema Sekten zu einem Schwerpunkt gemacht. Es wurden eine eigene Landesstelle für Sektenfragen eingerichtet und zahlreiche Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. Eine einschlägige Beratungsstelle gibt es auch im Land Salzburg.

Innovative Wege wurden in der Steiermark für Unterstützung und Hilfe in der Situation einer ungewollten Schwangerschaft begangen: Mit der Einrichtung einer Kontakt- und Beratungsstelle sowie einer entsprechenden Hotline Anonyme Geburt/Babyklappe wird die Inanspruchnahme dieser Möglichkeiten niederschwellig gehalten. Mit einer Babyklappe steht eine Einrichtung zur Verfügung, die es ermöglicht, Neugeborene anonym der Obhut des Spitalpersonals zu übergeben. Beide Angebote dienen dazu, Müttern in scheinbar ausweglosen Situationen Hilfestellungen anzubieten.

Um in Problemsituationen den Kontakt zwischen Kindern und geschiedenen Elternteilen zu erleichtern, unterhalten sowohl die Länder Wien und Kärnten wie auch der Freiheitliche Familienverband (in Eisenstadt und Wien) Besuchscafés.

#### **2.4.11 Familie und Rechtsordnung**

Wie beim Bund fällt auch auf Länderebene eine Schwerpunktsetzung bei den Rechten von Kindern und Jugendlichen auf. In allen Bundesländern ist eine Rechtsfürsorge der öffentlichen Jugendwohlfahrt und eine Kinder- und Jugendanwaltschaft etabliert. Niederösterreich, Salzburg und Wien haben Publikationen veröffentlicht, die über familienrelevante Rechtsfragen Aufschluss geben.

## 2.4.12 Familie und Gesundheit

Im Bereich Gesundheit liegt die Priorität die Bundesländer klar bei präventiven Angeboten. Dazu gehören Maßnahmen wie Impfgutscheine (Burgenland, Oberösterreich), Zahnpflege in Kindergärten (Kärnten) oder die Förderung von Fahrradhelmen (Niederösterreich). Bewusstseinsbildung angelegt sind neben Enqueten und Infoveranstaltungen auch ein burgenländischer „Kochkurs für werdende und junge Eltern“ und hinsichtlich psychischer Gesundheit der steiermärkische Folder „Gesundheit der Seele“.

Neben dem Land Niederösterreich engagierten sich vor allem die Organisationen Kath. Familienverband und Kinderfreunde in der Suchtprävention, Letztere speziell in Bezug auf Alkohol mit dem Projekt ALK?UP2U! und einer eigenen Studie „Kinder und Alkohol“.

## 2.4.13 Familie und Gesellschaft

Enqueten und Symposien, die sich mit Rolle und Stellung der Familien in der Gesellschaft der Gegenwart und Zukunft beschäftigen, wurden von den Ländern Oberösterreich und Steiermark sowie den Organisationen Katholischer Familienverband und Kinderfreunde durchgeführt.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene ist die gesellschaftliche Rolle der Männer ein Thema. Dies zeigen eigene Beratungs- und Informationsstellen für Männer in Burgenland, Oberösterreich und Tirol.

## 2.4.14 Familie und Medien

Neben den neueren elektronischen Medienangeboten finden auf Länderebene stärker als beim Bund auch herkömmliche Spiele Aufmerksamkeit. Neue Spiele werden an Festivals, Spielefesten (Niederösterreich), Spiele-Tagen (Oberösterreich) oder eigenen Spieldauern (Vorarlberg) vorgestellt. In Tirol wird der Zugang zu Spielen durch die Förderung von Ludotheken unterstützt. Unter der Bezeichnung Spielebox werden in Wien die „größte Spielothek Österreichs“, Familienspieltage, Spieldauern, Feste, Seminare, Workshops etc. angeboten.

Die Familienorganisationen, namentlich der Kath. Familienverband und die Kinderfreunde, haben schwerpunktmäßig mit informativ-aufklärenden Veranstaltungen (Workshops, Enqueten, Fachtagungen) sowie mit Broschüren und Foldern zu Medienumgang allgemein sowie mit Fernsehen und Internet im Besonderen bewusstseinsbildende Arbeit geleistet.

## 2.4.15 Familie und Bildung

Zur Unterstützung von Eltern mit Kindern in Ausbildung kennen einige Länder ergänzende Direktförderungen. So gibt es in Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Tirol eine Schulstarthilfe, Oberösterreich und Salzburg und Tirol fördern die Teilnahme an Schulveranstaltungen.

Das Elternbildungs- und Elternberatungsangebot ist auch in den Ländern in den vergangenen zehn Jahren teilweise stark ausgebaut worden. Tabelle 5 zeigt auf, wie sich die Zahl der geförderten Familienberatungsstellen seit 1994 in den einzelnen Bundesländern entwickelt hat. Zwischen den Ländern bestehen beträchtliche Unterschiede: Während ihre Zahl beispielsweise in Vorarlberg praktisch konstant blieb, hat sie sich im Burgenland (das eine geringere Einwohnerzahl hat) nahezu verdreifacht. Wird der Ausbau im Untersuchungszeitraum in Prozent des Standes von 1994 ausgedrückt, führt das Burgenland (Ausbau um 143%) vor Oberösterreich (Ausbau um 51%). Am Schluss steht Wien, das aber nach wie vor über die meisten Stellen verfügt (Ausbau um 11%). Die Zahl der Beratungsstellen ist indessen nicht das einzige zu berücksichtigende Kriterium, weil die Beratungsleistung mit der Stellengröße zusammenhängt. So wurden in Vorarlberg trotz geringerer Stellenzahl im Jahr 2003 mehr Beratungen durchgeführt als im Burgenland (11.006 gegenüber 9.781).

*Tabelle 4: Entwicklung der Familienberatungsstellen nach Bundesländern*

	Anzahl der Beratungsstellen			Durchgeführte Beratungen
	1994	1999	2003	2003
Burgenland	7	9	17	9.781
Kärnten	18	21	24	21.062
Niederösterreich	45	49	63	75.753
Oberösterreich	41	46	62	67.270
Salzburg	27	28	31	28.796
Steiermark	45	43	52	64.860
Tirol	26	25	30	38.011
Vorarlberg	7	8	9	11.006
Wien (inkl. Umgebung)	75	79	83	126.372
Österreich	291	308	371	442.911

In fast allen Bundesländern erhalten junge Eltern zudem Informationsmaterial in Form von Elternbriefen, Infomappen, Broschüren o.ä.

In Kärnten wurde in Zusammenarbeit mit dem ÖIF eine Elternbildungsstudie durchgeführt, das Land Oberösterreich hat in diesem Bereich mehrere Diplomarbeiten und Dissertationen vergeben.

## 2.5 Familienpolitik von Städten

Von kommunaler Ebene gelangten Rückmeldungen von der Stadt Feldkirch direkt sowie vermittelt durch den Österreichischen Städtebund von den Städten Schwechat, Freistadt, Linz, Marchtrenk, Steyr, Vöcklabruck, Innsbruck, Villach, Salzburg und Graz. Aufgrund ihrer quantitativen wie qualitativen Heterogenität eigneten sich diese Dokumentationen nicht für die Kategorisierung im oben angewandten Raster.

Bei den von den Städten ausgewiesenen Leistungen lassen sich aber klare Schwerpunkte erkennen. Obwohl größere Städte auch darüber hinaus teilweise vielfältige Unterstützungsangebote haben, dominieren drei Hauptfelder des städtischen familienfördernden Engagements:

- Kinderbetreuung (Betrieb/Förderung von Kinderbetreuungsinstitutionen, finanzielle Förderung von Besuch von und/oder Transport zu Kinderbetreuungseinrichtungen)
- Beratung (Eltern-Kind-Zentren, Eltern-/Mutterberatungsstellen, Paarberatung, Mediation)
- Freizeitangebote (Veranstaltungen, Ferienprogramme, Infrastruktur)

## 2.6 Exkurs: Österreichisches Institut für Familienforschung

Im einem Exkurs soll auf eine besondere bereichsübergreifende familienpolitische Leistung von Bund und Ländern hingewiesen werden: Die Einrichtung eines Österreichischen Instituts für Familienforschung.

Der mögliche Nutzen und vorhandene Bedarf nach einer solchen Institution wurden bereits vor dem Internationalen Jahr der Familie 1994 erkannt. In Analogie zu den bereits etablierten und bewährten Forschungseinrichtungen im Bereich der Wirtschaft wurde nach einer Institutionalisierung der Familienforschung gerufen (z.B. Gisser et al., 1990, 608). Dabei wurde nicht zuletzt auch an die dadurch entstehende Möglichkeit einer fundierten einschlägigen Politikberatung gedacht.

Das ÖIF versteht sich als „ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut zur interdisziplinären, wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Erforschung und Darstellung der Vielfalt und Veränderungen familiärer

Beziehungen und Strukturen aus Sicht von Kindern, Frauen und Männern“. Entsprechend beschränken sich seine Aktivitäten nicht auf die wissenschaftliche Forschungsarbeit, sondern umfassen die folgenden Schwerpunkte:

- Wissenschaftliche Forschung  
durch eigene Projekte und interdisziplinäre Vernetzung
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit  
z.B. mit dem Informationsdienst „beziehungsweise“
- Service und Politikberatung  
als unabhängiges und überparteiliches Institut

Seit Gründung des ÖIF vor zehn Jahren wurde zahlreiche Studien im Rahmen der Familienforschung durchgeführt sowie Dienstleistungen angeboten. Ziel war es, neue familienwissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen und die Ergebnisse über Publikationen und Aus- und Weiterbildungsseminaren an wissenschaftliche Fachkreise, Politik und Öffentlichkeit weiterzugeben. Das ÖIF konnte in den letzten zehn Jahren seine wissenschaftlichen Studien über den nationalen Schwerpunkt hinaus auch im europäischen sowie im internationalen Kontext ausbauen.

Eine Zusammenschau dieser Projekte und Dienstleistungen zeigt deren Vielfalt und interdisziplinäre Herangehensweise. Diese lassen sich den im ÖIF zugrunde gelegten Schwerpunktbereichen der Familienbeziehungen, Vereinbarkeit von Familie und Erwerb sowie psychosoziale Gesundheit zuordnen.

Die Themen der fünfzehn Arbeitskreise, die anlässlich der Vorbereitung zum Internationalen Jahr der Familie ins Leben gerufen wurden, spiegeln sich in den Forschungsprojekten und Dienstleistungen wider. Exemplarisch herausgegriffen seien nachfolgend die Themenkreise „Familie und Arbeitswelt“, „Familie und Gewalt“ und „Familie und Gesundheit“:

Unter dem Schwerpunktthema „Vereinbarkeit von Familie und Erwerb“ wurde seit Gründung des Institutes verschiedentlich untersucht, inwieweit Familie und Arbeitswelt (zeitlich) in Einklang gebracht und welche politischen Instrumente hier wirksam greifen können. So wurde das ÖIF beispielsweise 1997 vom (damaligen) Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF) damit beauftragt, Modelle von Transferleistungen für Kinderbetreuung zu entwickeln, die unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern und der Form des Zusammenlebens sind. Daraufhin wurden die möglichen Auswirkungen solcher Modelle umfangreich evaluiert und die finanziellen Aspekte abgeschätzt. Entwickelt wurde das Modell eines Kinderbetreuungsschecks, das in der Folge in modifizierter Form von den politischen Entscheidungsträgern als Kinderbetreuungsgeld (KBG) im Jahr 2002 österreichweit wirksam wurde. Schon vor Beginn der Einführung dieser familienpolitischen Maßnahme wurde das ÖIF vom BMSG mit der Evaluierung beauftragt. Diese Art der umfassenden wissenschaftlichen Evaluation bereits vor der Einführung einer neuen familienpolitischen Maßnahme ist nicht nur in Österreich einmalig, sondern auch in Europa richtungweisend. Im Rahmen eines Equal-Projekts der EU erforscht das ÖIF aktuell die Fragestellung der Arbeitsaufteilung zwischen Partnern/innen.

Auch das Thema „Familie und Gewalt“ wurde mehrfach in Studien aufgegriffen; an prominenter Stelle steht der 2001 vom BMSG herausgegebene Gewaltbericht, der die Situation der Gewalt in der Familie erstmals in einem gesammelten Werk gegenüber verschiedenen Gruppen von Betroffenen (Gewalt an Kindern oder Frauen, aber auch an Männern, an Menschen mit Behinderungen und alten Menschen) wissenschaftlich beleuchtet und sich jeweils mit verschiedenen Formen von Gewalt (psychische und physische Gewalt, Formen der Vernachlässigung, sexuelle Gewalt) auseinandersetzt. Weiters wurde familiale Gewalt in diversen Präventionsprojekten thematisiert, so wurde z.B. in dem gleichnamigen Projekt die „Erweiterung des Mutter-Kind-Passes um die psychosoziale Dimension“ vorgeschlagen, um nicht nur die physische Gesundheit des Kindes, sondern auch die psychische Gesundheit der Mutter/Eltern-Kind-Interaktion zu erfassen und mögliche Auffälligkeiten (eben z.B. vermutete Gewaltanwendung seitens der Eltern) frühzeitig zu erkennen und hier beratend und gegebenenfalls therapeutisch entgegenwirken bzw. gezielt Überweisungen aussprechen zu können.

Ausführlich und kontinuierlich widmet sich das Forscher/innenteam des ÖIF seit 1994 (und außerhalb des Instituts bereits schon früher) der Entwicklung, Implementierung und Ausweitung eines präventiven Modells der Sexualpädagogik, dem Modell „LoveTalks“. Dabei sind verschiedene Schwerpunktsetzungen innerhalb der Familienforschung vereint. Zum einen handelt es sich auch hier um ein präventives Modell der Sexualpädagogik, gleichzeitig werden die Aspekte „Familie und Jugend“ sowie „Familie und Gesundheit“ berührt. Es ist die Idee dieses Projektes, Eltern, Jugendliche und schulisches Lehrpersonal bzw. seit der Ausweitung auf den Kindergarten auch Kindergartenpädagog/innen miteinander in Dialog treten zu lassen, so dass sie gemeinsam eine Sprache für eine erfolgreiche Sexualerziehung finden können. Das in allen Schultypen aus ganz Österreich und in Salzburg und Niederösterreich (als Pilot) laufende Modell LoveTalks im Kindergarten wird dank der Unterstützung des Familien- und Unterrichtsressorts den Schulen kostenlos angeboten werden und wird mit Unterstützung des BMSG am Institut zur Qualitätssicherung kontinuierlich evaluiert sowie Fortbildungen und Supervision für die vom ÖIF ausgebildeten Moderator/innen des Modells durchgeführt. Mittlerweile wurde das Modell auch in anderen Ländern implementiert, wie z.B. in Deutschland, Italien (Südtirol) und der Tschechischen Republik. 2004 wurde die Ausweitung auf Amerika vorbereitet.

Auch das Modell HorseTalks/MOVE verbindet die Themenkreise Familie, Jugend und (psychosoziale) Gesundheit. Hier wurde ein Therapiemodell entwickelt, welches Kindern und Jugendlichen mit schweren psychischen Traumatisierungen über verschiedene Formen der Bewegung (z.B. Reiten und Tanzen) und begleitenden Gesprächsangeboten von Therapeut/innen helfen möchte, ihre belastende Situation zu thematisieren und zu bewältigen. Dies soll auf Schulen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen ausgeweitet werden.

Aktuell untersucht das ÖIF Unterschiede bezüglich des primären Gesundheitsverhalten sowie den Konsum medizinischer Leistungen in Bezug auf Familien- bzw. Partnerschaftsformen.

Ebenfalls aufgegriffen wurde der Themenbereich „Familie und Senioren“, der vom BMSG herausgegebene „Seniorenbericht 2000“ widmete sich diesem Thema im Besonderen. Das ÖIF hatte im Jahr 1998 den Zuschlag als Generalunternehmer erhalten, die Erstellung des Berichtes zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich zu übernehmen. Ziel des Berichtes war es, die Bedürfnisse, Interessen, Kompetenzen und Probleme von älteren Menschen aufzuzeigen und die daraus abzuleitenden Folgerungen darzustellen. Derzeit bearbeitet das ÖIF eine Studie, in der untersucht wird, ob die Partnerschaft eine Ressource für den Übergang vom Erwerb in den Ruhestand darstellt. Ziel des Projektes ist es, einen umfassenden Gesamteindruck der Situation von Paaren nach Übertritt in den Ruhestand zu gewinnen. Dabei sollen insbesondere Erkenntnisse darüber erlangt werden, wie die Partner/innen die spezifischen Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Pensionierung stehen, wahrnehmen und bewerten sowie welche individuellen und gemeinsamen Bewältigungsstrategien sie anwenden, um den Veränderungen zu begegnen. Dabei findet der Gesamtkontext der Personen (Einfluss externer Faktoren wie das Hinzukommen von Betreuungspflichten) besondere Berücksichtigung.

Das ÖIF war und ist auch in bedeutende internationale Forschungsprojekte involviert. So führte es eine Reihe von Auswertung im Rahmen des Family Fertility Surveys (FFS) durch und war als Vertreter von Österreich maßgeblich an der Entwicklung des Fragebogens zum Generation and Gender Survey (GGS) beteiligt, bei dem im Unterschied zum FFS die Befragung auch Menschen über 50 Jahre einschließt. Sodann hat das ÖIF die am Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES) entwickelte „Family Policy Database“ übernommen und führt diese insbesondere für Österreich weiter bzw. koordiniert die internationale Weiterführung. Diese Datenbank bietet komparative und länderspezifische Daten und Informationen in der Form quantitativer Zeitreihen und standardisierter Informationen zur institutionellen Regelungen für fast alle Länder Europas, insbesondere der EU.

Im Rahmen des internationalen Wirkungsbereiches leitet das ÖIF die Europäische Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie, die ein multidisziplinäres Netz unabhängiger Expert/innen in Familienfragen koordiniert. Eine wesentliche Aufgabe im Rahmen dieser Koordination besteht im laufenden Monitoring der familienpolitischen Entwicklung und Forschung in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.

Auch außerhalb von größer angelegten Studien, nämlich im Rahmen weiterer Aktivitäten und Dienstleistungen werden die verschiedenen Bereiche der Familienforschung behandelt; zu nennen sind etwa die zweiwöchentlich stattfindende Veranstaltungsreihe „Jour Fixe“ zu unterschiedlichen Themen der Familien-

forschung, wie beispielsweise Recht auf Teilzeit, Vergleich von Beruf, Familie und Erziehung von USA und Österreich, Kinderwunsch bei Paaren bis hin zu neuen Familienformen. Ein Jour Fixe setzte sich mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen auseinander, aber auch die Fragestellung, wie z.B. Familien, Kinder und Senioren die Weihnachtszeit erleben, wurde aufgegriffen. Im Zwei-Jahres-Rhythmus veranstaltet das ÖIF sein Familienforschungssymposium, das sich beispielsweise 2004 dem Thema Familie und Wirtschaft widmet. Ebenso werden diverse Diplomarbeiten und Dissertationen mit ihren variantenreichen Themenstellungen vom interdisziplinären Forschungsteam am ÖIF fortlaufend betreut.

Ein weiterer Schwerpunkt im Dienstleistungsangebot des ÖIF ist die Politikberatung. Hierbei bilden die im ÖIF gewonnenen Forschungsergebnisse, besonders auch jene aus den internationalen Projekten (FFS, GGS, Family Policy Database) eine wesentliche und wertvolle Grundlage.

**3****Dokumentation der familienpolitischen Aktivitäten****3.1 Leistungen des Bundes**

*Anmerkung zur Erhebungsmethode:* Die nachfolgende Zusammenstellung basiert auf Rückmeldungen, die auf Ersuchen des BMSG einlangten. In einzelnen Fällen wurden diese Rückmeldungen durch Recherchen des ÖIF ergänzt.

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	• Plattform gegen die Gewalt in der Familie seit 1992	• „GEWALTige Schritte“ (5 Jahre Plattform gegen Gewalt in der Familie) 1998	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zeitungen der Plattform gegen Gewalt in der Familie: seit 1993           <ul style="list-style-type: none"> <li>- Plattform gegen die Gewalt in der Familie (1993, 1995, 1997)</li> <li>- Männerbilder und Gewalt (1998)</li> <li>- Arbeit mit Gewalttätern – Sexuelle Gewalt gegen Kinder (1999)</li> <li>- Arbeit mit Gewalttätern – Gewalt gegen Frauen (1999)</li> <li>- Heiße Themen in der Plattform – Teile 1 und 2 (2000)</li> <li>- Was kostet die Gewalt – Teile 1 und 2 (2001)</li> <li>- „Ich liebe dich gewaltig!“ Der Mensch in der Pflege. Schafft Abhängigkeit Gewalt? (2002)</li> <li>- Opfer haben Recht(e)! Nationale und internationale Gesetze zum Schutz vor Gewalt in der Familie (2002)</li> <li>- Kinder haben Recht(e)! Gesetzliche Maßnahmen zum Schutz von Minderjährigen (2002)</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewalt in der Familie. Ausmaß, Intervention und Prävention 1996</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
84	<ul style="list-style-type: none"> <li>• StGB: Verbot Kinderpornografie 1994</li> <li>• StGB: Lockerung bzgl. Bestimmung des Aufenthalts des Kindes durch Erziehungsberechtigten 1996</li> <li>• StGB: Erhöhung Strafbarkeit Kinderpornografie 1996</li> <li>• GeSchG/SPG/EO: Wegweisungsrecht bei Gewalttägigen, Rückkehrverbot; Verbesserungen bei einstweiliger Verfügung 1997</li> <li>• StGB: Gleichstellung „beischlafähnliche Handlungen“ mit „Beischlaf“; neue Deliktsbezeichnungen §§206 und 207 1998</li> <li>• StPO: Verjährungsfrist bei bestimmten Sexualdelikten erst ab Volljährigkeit; Ausweitung der „schonenden Einvernahme“ 1998</li> <li>• VOG: Kostenzuschuss psychotherapeutische Krankenbehandlung für Verbrechensopfer 1999</li> <li>• SPG: Umwandlung Rückkehrverbot in Betretungsverbot 2000</li> <li>• StPO: Einführung diversioneller Maßnahmen (Alternativen zum traditionellen Strafverfahren) 2000</li> <li>• Jur. und psych. Prozessbegleitung für Gewaltopfer bei Gericht seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wanderausstellung „(K)ein sicherer Ort – Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen“ 1996-2000</li> <li>• Enquête „Tätertherapie und Opferschutz“ 1999</li> <li>• Psychische Gewalt am Kind 1999/2000</li> <li>• „Gewaltfreie Familie und Gesellschaft. Eine Vision?“ 2001</li> <li>• enorm in form. 10 Jahre Plattform gegen die Gewalt in der Familie 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Tatort Medien. Die mediale Konstruktion von Gewalt (2002)</li> <li>- Gewaltprävention in der Schule (2003)</li> <li>- Rechte statt Mitleid. Gewalt gegen Menschen mit Behinderung (2003)</li> <li>- enorm in form. 10 Jahre Plattform gegen die Gewalt in der Familie (2003)</li> <li>- Migration. Krise oder Chance? (2003)</li> <li>• Plattform gegen Gewalt: Wegweiser für HelferInnen 1995/1997</li> <li>• Gewaltprävention durch Mädchen- und Bubenarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit 1996</li> <li>• Sexueller Missbrauch von Kindern (Informationsbroschüre, 5. Aufl.) 1996</li> <li>• Folder „Gewalt am Kind – erkennen verstehen helfen“ – Hinweise für pädagogische/medizinische Berufe 1997</li> <li>• Opferschutz und Tätertherapie. Sexueller Missbrauch von Kindern 1999</li> <li>• CD-ROM „Gewalt in der Familie“ (Literaturdokumentation) 1999</li> <li>• Aktualisierung der Elternbriefe für gewaltlose Erziehung seit 1999</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Modellprojekt zur Arbeit mit missbrauchenden Männern 1997-2001</li> <li>• Arbeit mit Gewalttätern (Literaturstudie) 1998</li> <li>• Gewaltprävention durch Mädchen- und Bubenarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit 1998</li> <li>• Evaluation des Modellprojektes zur Arbeit mit sexuell missbrauchenden Männern 1998-2001</li> <li>• Psychologische und juristische Prozessbegleitung bei sexuellem Missbrauch an Mädchen, Buben und Jugendlichen. Modellprojekt 2000</li> <li>• Gewalt in der Familie. Gewaltbericht 2001 2001</li> <li>• Prozessbegleitung - Kooperationsaufbau 2001</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• StGB: Abschaffung des § 209 (Angleichung der Schutzzalterbestimmung von homosexuellen an heterosexuelle Menschen)</li> <li>• StPO: § 207b (Sexueller Missbrauch von Jugendlichen)</li> <li>• StGB: Strafrechtsänderungsgesetz 2003</li> </ul>	<p>2002</p> <p>2002</p> <p>2004</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewaltprävention: Bubenarbeit in Österreich I (Hintergründe, Bestandaufnahme, Einstieg in die Praxis) und II (Update 2000)</li> <li>• Täterarbeit – ein Beitrag zum Opferschutz. Modelle, Grundlagen, Standards</li> <li>• Prozessbegleitung von Kindern und Jugendlichen als Opfer von sexueller/körperlicher Gewalt. Kooperation als Herausforderung</li> <li>• Gewalt in der Familie – Rückblick und neue Herausforderungen</li> <li>• Opferschutz durch Rückfallsprävention – Das Wiener Sozialtherapeutische Modell für Sexualtäter</li> <li>• Folder „Jugendschutz in Österreich“</li> </ul>	<p>2000</p> <p>2000</p> <p>2002</p> <p>2002</p> <p>2002</p> <p>2003</p>	
<b>2. Familie und Lebensraum</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• XXV. Familienministerkonferenz des Europarats</li> <li>• Seminar „Local Networks and Structures to Support Families“ (Vienna NGO Committee on the Family)</li> <li>• Audit „Familien- und kinderfreundliche Gemeinde“ (Pilotphase: Auftakt, Fachkonferenz, Arbeitstagung, Festakt)</li> </ul>	<p>1997</p> <p>1998</p> <p>2001-2003</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kindersicherer Straßenverkehr: Grundlagen – Initiativen – Maßnahmen</li> <li>• Bericht des NGO Committee on the Family: Building family networks in the Central and Eastern European Countries</li> <li>• Enquetenbericht „Familien – Zukunft der Gemeinden“</li> <li>• „Sicher groß werden“</li> <li>• Mein Schulweg</li> </ul>	<p>1994</p> <p>1998</p> <p>2002</p>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>3. Familie und Wohnen</b>	• Wohnbauförderung seit 1957 • Übertragbarkeit von Prämienbegünstigung bei Bausparverträgen		• Empfehlungen für barriere-freies Bauen – unter besonderer Berücksichtigung von Kindern und Senioren 1994/1996	• Untersuchung der Wohnbauförderung im Hinblick auf ihre familienpolitische Zielgenauigkeit 1998-1999
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>	• Wiedereinstellungsbeihilfe 1993-2002  • Coaching-Programm „Familienkompetenzen“ seit 2000  • Förderung von Schwangerenanstellungen  • AMS-Programme für WiedereinsteigerInnen	• „Beruf und Familie – Neue Wege für eine familienfreundliche Arbeits(zeit-)organisation“ 1997 • Mitfinanzierung Expertentreffen „Innovative Employment Initiatives“ 1998 • EU-Expertenkonferenz „Strategie für Europa – Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ (anl. EU-Ratspräsidentschaft) 1998 • Workshop „Telearbeit“ 1998 • Workshop „Wiedereinstieg/Umwstieg“ 1998 • „Chancengleichheit für Väter – Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ 1998 • Enquête „Beruf – Familie – Freizeit. Das Zeitbudget österreichischer Familien“ 1995 • Wettbewerb „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb“ seit 1999 • Audit Familie und Beruf 2001 • Audit Familie und Beruf im Pflegebereich 2002 • Mitveranstaltung Seminar „Compatibility of Family and Business Life“ (Vienna NGO Committee on the Family) 2003 • Workshop „Kinderbetreuung“ 1998	• „Wo kommt unsere Zeit hin? Beruf-Familie-Freizeit. Das Zeitbudget der österreichischen Familien“ 1995 • Broschüre/Folder/Onepage „Familie ist ein Gewinn... Das Audit FAMILIE & BERUF“ seit 1998 • Broschüre/Folder/Onepage „Familienkompetenzen – Schlüssel für mehr Erfolg im Beruf“ 2000 • „Mobilzeit lohnt sich“ (Ratgeber für Unternehmer, Personalisten und Unternehmensberater) 2000	• Familie und Telearbeit 1995 • Familienbezogene Auswertung der Zeitbudgeterhebung 1992 1996-1997 • Evaluierung des Audits Familie und Beruf 2000-2001 • Interaktionen von Familien- und Erwerbsleben 2003 • Zeitverwendung in Familien seit 2003
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	• Kindergartenmilliarde 1997-2000  • Kinderbetreuungsbeihilfe  • Beitrags-Ermäßigung Ganztagschulen/Schülerheime			• Teilzeitbetreuung von Kindern 1994-1995 • Machbarkeitsstudie/Evaluierung Kinderbetreuungscheck 1997-2002 • Mikrozensus Sonderprogramm „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“ 1995/2001-2003 • Spielzeugfreier Kindergarten

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mobile Jugendinformation seit 1976</li> <li>• ARGE Partizipation (Koordinationsplattform für Partizipationsprojekte) seit 1991</li> <li>• Kinder- und Jugendanwaltsschaft des Bundes seit 1991</li> <li>• Jugendinformation „Jugend&gt;Info“ seit 1994</li> <li>• Jugend-Hotline „Rat auf Draht“ seit 1999</li> <li>• Youth@genda (Vernetzungstreffen für Gemeinderatsmitglieder) seit 1999</li> <li>• Bundesjugendförderungsgesetz 2001</li> <li>• Bundesjugendvertretungsgesetz 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Podiumsgespräche „Kindern zuhören“ 2003/2004</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 2. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich 1994</li> <li>• 3. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich 1999</li> <li>• Jugendpolitik in Österreich 1998</li> <li>• Praktika/Workcamps/Au-pair im Ausland seit 1998 jährlich</li> <li>• Ferien- und Nebenjobsuche seit 1998 jährlich</li> <li>• „Zur Jugendarbeit und Jugendhilfe in Österreich“ 1999</li> <li>• Folder „Pedalkontakt“ (Integration von jugendl. Blinden mittels Tandem-Ausflügen 1999</li> <li>• Jobben im Ausland – Länderinfos seit 2001 jährlich</li> <li>• Folder „Musterung! Tauglich! – Was“ 2001/2002</li> <li>• 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich 2002-2003</li> <li>• Infoblatt „Au-pair-Anbieter Österreich“ seit 2002 jährlich</li> <li>• Infoblatt „Sprachreisen-Anbieter Österreich“ seit 2002 jährlich</li> <li>• Infoblatt „Ferienanbieter Österreich“ seit 2002 jährlich</li> <li>• 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, Teile A (Repräsentativerhebung „Jugendradar“) und B („Prävention in der außerschulischen Jugendarbeit“) 2003</li> <li>• Infoblatt „Austauschprogramme Österreich“ seit 2003 jährlich</li> <li>• Folder „Jugend&gt;Info“ (Selbstdarstellung) jährlich</li> <li>• Folder „Jugend&gt;Info“ (Eurodesk) jährlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschied von der Kindheit? – Die Lebenswelten der 11-14jährigen Kids 1995</li> <li>• Bildungsfreistellung für Jugendleiter in Österreich 1995</li> <li>• Erfassung der Arbeiten aus dem Bereich der Kindheits- und Jugendforschung 1995</li> <li>• Bekanntheitsgrad und Einschätzung des Jugendministeriums 1995</li> <li>• Pubertät – Herausforderung für Eltern und Jugendliche 1995-1997</li> <li>• Österreichische Jugend-Wertestudie 1999-2000 1999-2000</li> <li>• Wissenschaftliche Grundlagen der Buben- und Burschenarbeit 2003-2004</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handbuch „Auf die Plätze, fertig, los!“ (EU-Jugendprogramme)</li> <li>• „7 News zu Europa“ (7 Themenhefte)</li> <li>• Folder „Wir spielen Welt“</li> <li>• JUP-aktiv (Jugendumweltplan)</li> <li>• Folder/Handbuch „mitreden machen bestimmen“ – Beteiligung von jungen Menschen</li> <li>• www.jugendbeteiligung.cc</li> </ul>	<p>jährlich</p> <p>jährlich</p> <p>jährlich</p> <p>jährlich</p>
6. Familie und Senioren  52	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bundes-Pflegegeld seit 1993</li> <li>• Bundesseniorengesetz (BGBI. 597/1994) 1994</li> <li>• Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik 1997</li> <li>• Novellierung Bundesseniorengesetz (BGBI. 84/1998) 1998</li> <li>• Pflegetelefon (Beratung) BMSG 1998</li> <li>• ASRÄG 1997: Begünstigende Weiterversicherung in Pensionsvers. für Pflegende von Angehörigen seit 1998</li> <li>• Internationales Jahr der älteren Menschen 1999: Einrichtung von 7 Arbeitskreisen zur Diskussion des Handlungsbedarfs 1999</li> <li>• Geschäftsführung im Österreichischen Bundes-Seniorenbirat: Vollzug des Bundesseniorengesetzes einschließlich der „Allgemeinen Seniorenförderung“ seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tagung „Pflege in der Familie? Politik die hilft“ 1994</li> <li>• Enquete: Familie und ihre Senioren – Senioren und ihre Familie 1995</li> <li>• Enquete „Älter werden lohnt sich“. Neue Perspektiven zum dritten Lebensabschnitt 1995</li> <li>• Enquete „Alter und Mitverantwortung“ 1996</li> <li>• Hearing „Seniorenpolitik in Österreich“ 1997</li> <li>• Internationales Symposium „Ist unbezahlte Arbeit wertlos?“ 1997</li> <li>• Fachkonferenz anl. EU-Präsidentschaft: „Altern in Europa: Generationensolidarität – eine Basis des sozialen Zusammenhalts“ 1998</li> <li>• 2. Europäisches ExpertInnen-treffen: RegierungsvertreterInnen und NROs zum Internationalen Jahr der älteren Menschen 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Alter und Mitverantwortung“ Schriftenreihe Seniorenpolitik, Band 1 1996</li> <li>• „1. Konferenz der Selbsthilfe-Gruppen pflegender Angehöriger“ Schriftenreihe Seniorenpolitik Band 3 1996</li> <li>• Jung und Alt – gemeinsam leben und wohnen – Mehr-generationenwohnen 1998</li> <li>• Alzheimer-Betreuung – die unbedankte Zuwendung. Rat und Hilfe im Umgang mit Alzheimer-Patienten 1998</li> <li>• Was können Generationen einander bieten? Zweifel und Hoffnungen für das kommende Jahrhundert 1998</li> <li>• Generationensolidarität 1998</li> <li>• Dienste und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen in Österreich 1999</li> <li>• Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Leitfaden „Wegweiser für gelebte Nachbarschaft“ 1996-1997</li> <li>• Mehrgenerationenwohnen 1996</li> <li>• Seniorenpolitik in Österreich: Bedürfnisse, Erwartungen, Visionen 1997</li> <li>• Generationenbeziehungen 1997-1999</li> <li>• Chancen und Wege der Partizipation älterer Menschen am öffentlichen Leben in kleinen Gemeinden 1997-1999</li> <li>• Bericht zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich (Seniorenbericht 2000) 1998-2000</li> <li>• Übergang ins Altersheim - Ein unvorbereiteter Schicksals-schlag 1998-2000</li> <li>• Machbarkeitsstudie für Umsetzungsinitiativen zur begleitenden Unterstützung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand 1999-2000</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
5	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internationales Jahr der Freiwilligen: Konstituierung des „Österreichischen Nationalkomitees“ und Einrichtung von 8 Arbeitskreisen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement 2000/2001</li> <li>• BBG 2001: Ausdehnung der begünstigenden PV-Weitervers. für Pflegende von Angehörigen 2001</li> <li>• Ab Pflegestufe 4 beitragsfreie KV-Mitversicherung von pflegenden Angehörigen seit 2001</li> <li>• Einrichtung einer AG Seniorenstudium im BMBWK auf Initiative des Bundes-Seniorenbeirates 2002</li> <li>• Verankerung der Grundrechte auf Alterssicherung in der Verfassung; Einrichtung einer AG 2002</li> <li>• 59. Novelle ASVG: Absenkung des fiktiven Ausgedinges bei Berechnung der Ausgleichszulage 2002</li> <li>• 60. Novelle ASVG: Ausdehnung der begünstigenden PV-Weitervers. für Pflegende von Angehörigen 2002</li> <li>• Familienhospizkarenz seit 2002</li> <li>• Familienhospizkarenz-Härteausgleich seit 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Präsentation des UNO-Weltbevölkerungsberichtes „Die Neue Generation“ 1998</li> <li>• Workshop „Alter, Recht und Gesellschaft“ 1999</li> <li>• Enquête „Mitsprache in Städten und Gemeinden“ 1999</li> <li>• Imagekampagne „50+ - Die jüngste Zielgruppe“: Inserateschaltungen in allen großen Medien 1999</li> <li>• Tagung „Pakt der Generationen – Konsens-Konferenz“ 1999</li> <li>• Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Heimvertrages für Senioren-, Alten- und Pflegeheime 1999-2001</li> <li>• Plakataktion zum Internationalen Seniorentag 1999-2003</li> <li>• ECE-Seminar „Age Integration, the Changing Life Course, and Intergenerational Solidarity“ 2001</li> <li>• 3. Tagung des Technischen Komitees zur Unterstützung des UN-Sekretariats bei der Überarbeitung des Weltaktionsplanes zum Altern 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Psychologische Intervention zum Übergang ins Seniorenheim – Leitfaden für das Pflegepersonal 2001</li> <li>• „Wirksamer Rechtsschutz oder einengende Fürsorglichkeit?“ – 2. Konferenz der Selbsthilfe-Gruppen pflegender Angehöriger 2001</li> <li>• Zweite Weltversammlung über das Altern 2002</li> <li>• Unsere Politik für alle Generationen. Strategien und best practices der österreichischen Seniorenpolitik 2002</li> <li>• Aktiv Altern – Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln 2002</li> <li>• Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand 2002</li> <li>• 40plus-Ratgeber: Frauen in der besseren Lebenshälfte 2003</li> <li>• Altenheime und Pflegeheime in Österreich 2003</li> <li>• Gesund – ein Leben lang. Bewusst leben – gesund altern (7 Themenhefte)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratungs- und Dienstleistungsangebote für SeniorInnen in Österreich 2000-2001</li> <li>• Bedingungen häuslicher Altenpflege: Motivation und Belastungsprofil bei Angehörigen 2001</li> <li>• WHO Studie "Elder Abuse" 2001</li> <li>• Durchführung des Frage-moduls „Altern“ im Rahmen des „Population Policy Acceptance Survey (PPA)“ 2001-2002</li> <li>• Bildung im Alter. Die Praxis der Altenbildung in Österreich 2002-2004</li> <li>• Partnerschaft als Ressource beim Übergang vom Erwerb zum Ruhestand laufend</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Muster-Heimvertrag seit 2002</li> <li>• Pensionssicherungsreform 2003</li> <li>• BGBI. I 71/2003: Absenkung des fiktiven Ausgedinges bei Berechnung der Ausgleichszulage 2004</li> <li>• Seniorenhotline BMSG</li> <li>• Pflegeurlaub</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 2. Vorbereitungstagung zur ECE-Ministerkonferenz zum Altern 2001</li> <li>• EURO-Multiplikatoren-schulungen 2001</li> <li>• Symposium: „Gut vorbereitet älter werden“: Auseinandersetzung mit der Pensions-reform 2001</li> <li>• Ideenwettbewerb „Ihr Engagement zahlt sich aus“ 2001</li> <li>• Chancengleichheit älterer Frauen in Österreich 2002</li> <li>• Schüler/innen- und Jugendwettbewerb „... und ich tu' es auch! Denn Helfen zahlt sich aus“ 2002</li> <li>• Interregionales Treffen zur Umsetzung des Madrider Aktionsplans zum Altern 2003</li> <li>• Das Bild der älteren Menschen in den Medien: Präsentation der Studie „Mediale Darstellung älterer Menschen“/Podiumsdiskussion 2003</li> <li>• Seniorensicherheit: Fachtagung zur Unfallvermeidung im Haushalt 2003</li> <li>• Klientenrechte. Sozialpolitische Steuerung der Qualität von Hilfe und Pflege im Alter. Tagung zum europäischen Jahr der älteren Menschen und der Solidarität zwischen den Generationen 2003</li> <li>• Pilotprojekt „Qualitätssicherung in der Pflege“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Vorsorge – das Lebensprinzip“</li> <li>• Infofolder „Internationales Jahr der älteren Menschen“</li> <li>• Broschüre „Ein besseres Österreich für ältere Menschen“</li> <li>• Bericht über das Internationale Jahr der älteren Menschen</li> <li>• Leben mit Morbus Parkinson</li> <li>• Handbücher für die Pflege daheim. 5 Themenbände</li> <li>• Tipps für pflegende Angehörige</li> <li>• Beschäftigte im Bereich Pflege und Betreuung</li> <li>• Sicher Wohnen – Besser Leben. Aktion Seniorensicherheit</li> <li>• Älter werden in Österreich Publikation zu 2. Weltver-sammlung über das Altern, Madrid 2002</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienbeihilfe seit 1955</li> <li>• Geburtenbeihilfe 1956-2001</li> <li>• Karenzgeld/TZB 1974-2002</li> <li>• Wochengeld/Betriebshilfe seit 1980</li> <li>• Kinderabsetzbetrag seit 1991</li> <li>• SRÄG 1993: Neuregelung Hinterbliebenenpension 1995</li> <li>• Erhöhung Wochengeld/ Betriebshilfe 1998</li> <li>• 55. Novelle ASVG: Wochengeldanspruch für freie Dienstnehmerinnen 1998</li> <li>• 55. Novelle ASVG: Berücksichtigung des mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbots bei Bemessung Wochengeld 1998</li> <li>• 55. Novelle ASVG: Verlängerung SV-rechtliche Kindeseigenschaft bei Angehörigen von KV-Selbstversicherten 1998</li> <li>• Erhöhung Kinderabsetzbetrag 1999/2000</li> <li>• ASRÄG 1997: Höhere pensionsrechtliche Bewertung der Kindererziehungszeiten 2000</li> <li>• Kinderbetreuungsgeld seit 2002</li> <li>• BGBI. I 103/2001: Berücksichtigung von 18 Mt. KBG-Bezug als PV-Beitragszeiten seit 2002</li> <li>• BGBI. I 71/2003: <ul style="list-style-type: none"> <li>-Ausweitung TV-Beitragszeiten auf 24 Mt. KBG-Bezug</li> <li>-Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung</li> <li>-Abzug Kindererziehungszeiten (3 J.)/Familienhospizkarenz vom „Durchrechnungszeitraum“ seit 2004</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Round Table „Der volkswirtschaftliche Wert der Hausarbeit. Bewertungsmodelle und politische Konsequenzen“ 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder brauchen Liebe und... – Familienförderung in Österreich (laufend aktualisiert) seit 1991</li> <li>• Die neuen Familienförderung in Österreich 1992</li> <li>• Folder „Familienpaket neu“ 1998</li> <li>• Tolle Aussichten: Ab 2004 ist im Familientopf noch mehr drin 2003</li> <li>• Div. Informationsfolder zu einzelnen Familienleistungen</li> <li>• Broschüre zum Kinderbetreuungsgeld</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Alternative Konzepte zur Reorganisation des FLAF 1994</li> <li>• Verteilungswirkungen familienpolitischer Leistungen 1994-1997</li> <li>• Die Auswirkungen des Familienpakets 1998 auf die Einkommensverteilung und das Armutsrisko der Familien 1998-1999</li> <li>• Kinderkosten 2001-2003</li> <li>• OECD-Review: Familienfreundliche Politiken 2001-2003</li> <li>• Familienpolitische Maßnahmen im internationalen Vergleich 2003-2004</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortzahlung Abfertigungsbeiträge</li> <li>• Alleinverdienerabsetzbetrag</li> <li>• Absetzbarkeit Sonderausgaben</li> <li>• Steuerliche Berücksichtigung von Außergewöhnlichen Belastungen</li> <li>• Steuerfreiheit familienspezifischer Transferleistungen</li> </ul>			
<b>8. Familie und Behinderung</b>	<p>• Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerbehinderten seit 1988</p> <p>• Gesetzliche Verankerung des integrativen Unterrichts für 5.-8. Schulstufe 1996</p> <p>• Ausbau des integrativen Betreuungsangebots mit Kindergartenmilliarden-Mitteln 1997</p> <p>• Ergänzung Art. 7 Abs. 1 der Bundesverfassung (Nicht-Benachteiligung, Gleichbehandlung Behindter) 1997</p> <p>• Änderung Schulpflichtgesetz (Aufhebung Wahlrecht Vorschulkasse/Kindergarten) 1997</p> <p>• Erweiterung der Elternbildungsrichtlinien für Eltern behinderter Kinder 1999</p> <p>• Erhöhung Behinderten-zuschlag 1999/2000/2003</p> <p>• Verschlechterung der Qualität integrativen Unterrichts in der 1. bis 8. Schulstufe, Einsparungen von Bund und Ländern bei PädagogInnen 2000</p>	<p>• Symposium „Behindertes Kind – Gehinderte Familie“ 1995</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Behindertenkonzept der österreichischen Bundesregierung (auch frz. und engl.) 1993</li> <li>• Empfehlungen für barrierefreies Bauen 1994/2002</li> <li>• Das Behindertenprogramm HELIOS und seine Auswirkungen 1998</li> <li>• Tagungsbericht „Behindertenmilliarde“ 2000</li> <li>• Arbeitsassistenz in Österreich 2002</li> <li>• Neuordnung der integrativen Betriebe (auch engl.) 2002</li> <li>• Clearing 2002 (Jahresbericht) 2003</li> <li>• Behindertenpass 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die soziale Lage behinderter Jugendlicher 1994</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienberatungsstellen mit Schwerpunkt Integration behinderter Menschen seit 2000</li> <li>• Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes (Anspruch auf Pflegegeld ab Geburt) 2001</li> <li>• Behindertenmilliarde 2001/2002</li> <li>• Internationales Jahr der Menschen mit Behinderung 2003</li> <li>• Gesetzliche Verankerung der Integrativen Berufsausbildung inkl. Teilqualifizierungslehre 2003</li> <li>• Arbeitsmarktpolitisches Behindertenprogramm 2003/2004</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• So werde ich begünstigter Behinderter 2003</li> <li>• Überblick – Hilfe für Menschen mit Behinderungen im österreichischen Sozialsystem</li> <li>• Leitlinien zur Gestaltung von barrierefreien Websites</li> <li>• Buch der Begriffe – Sprache- Behinderung – Integration</li> <li>• Behindertenbericht</li> </ul>	
57 <b>9. Familie und Familienformen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• BGBl. I 71/2003: Anhebung Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare seit 2004</li> <li>• Pensionsbeiträge aufgrund Wahl- oder Pflegekind</li> <li>• Eltern- und Kinderbegleitung bei Trennung oder Scheidung</li> <li>• Förderung Mediation</li> <li>• Alleinerzieherabsetzbetrag</li> <li>• Unterhaltsabsetzbetrag</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internationale Konferenz „Neue Wege im Umgang mit Konflikten bei Trennung und Scheidung“ – Mediation und Kinderbegleitung 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Glückliche Paare – Wunschkinder seit 1984</li> <li>• Broschüre/Arbeitsmappe „Damit die Liebe wachsen kann“ seit 1989</li> <li>• Broschüre/Arbeitsmappe „Es muss nicht gleich Trennung sein“ seit 1989</li> <li>• Wegweiser für Alleinerziehende seit 1991</li> <li>• „Hochzeitsalbum“ – Leitfaden für eine partnerschaftliche Ehe. 1994/2004</li> <li>• Viele Formen – Ein Ziel – Familie. Familienformen und familienähnliche Lebensgemeinschaften 1995</li> <li>• Video „Trennung mit Zukunft“ 1995</li> <li>• Zur Qualität der Natürlichen Familienplanung 1995</li> <li>• Trotz Trennung Vater bleiben 1997</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geburtenregelung – Sympthermale Methode 1994</li> <li>• Chancen und Probleme von Stieffamilien 1994-1997</li> <li>• Familienplanung in Österreich. Kontrazeptionsverhalten und Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch der 20-54jährigen 1997</li> <li>• Modellprojekt Prozessbegleitung 1997-2000</li> <li>• Scheidungsfolgen für Männer 2001-2003</li> <li>• Ursachen und Folgen von Trennung/Scheidung für Kinder, Frauen und Männer 2001-2002</li> <li>• Vaterentbehrung - Eine Literaturanalyse 2002-2003</li> <li>• Partnerschaftsbiografie und Fertilitätsverhalten im Zusammenhang mit Bildung seit 2003</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
5			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Buch „Neue Wege der Konfliktregelung – Familienberatung-Mediation-Kinderbegleitung“ 1997</li> <li>• „Du lebst in einer Stieffamilie“ – MultiplikatorInnenbroschüre zur Beratung von Kindern 2001</li> <li>• „Meine Stieffamilie – ganz anders als im Märchen“ – Ratgeber für Kinder 2001</li> <li>• Ratgeber „Die Patchworkfamilie oder der die das Stief...“ 2001</li> <li>• „Mit der neuen Familie auf dem Weg“ – MultiplikatorInnenbroschüre zur Beratung von Erwachsenen</li> <li>• Modellprojekt/Folder „Trennen? Aber richtig! 3 AusWege“ – Familien- und Scheidungsberatung, Co-Mediation, Kinderbegleitung</li> </ul>	
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderzuschuss ASVG seit 1955</li> <li>• Familienhärteausgleich seit 1984</li> <li>• Geburtenbeihilfe-Zuschlag bis 1996</li> <li>• Erhöhtes Karenzgeld/ TZB bis 1996</li> <li>• Kleinkindbeihilfe 1996-2000</li> <li>• Zuschlag zu Karenzgeld/ TZB 1996-2002</li> <li>• Bundesstelle für Sektenfragen seit 1998</li> <li>• Mehrkindzuschlag seit 1999</li> <li>• Schwerpunktberatungsstellen seit 1998</li> <li>• Erhöhung Negativsteuer bei AlleinverdienerInnen mit Kind/AlleinerzieherInnen 2000</li> <li>• Geschwisterstaffelung Familienbeihilfe seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung Werbekampagne „Aktion Leben“ jährlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Folder „&lt;NAME&gt; - Woher kommst du?“ 1996</li> <li>• Sekten – Wissen schützt 1996/1999</li> <li>• Kind im Krankenhaus (4. Aufl.) 1997</li> <li>• Folder „Familien in Not – wer hilft? – Der Familienhärteausgleich“ 1998</li> <li>• Informationsblatt Schwerpunktberatung „Sekten“ 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Traditionelle Familienverhältnisse von Zuwanderern in Österreich 1995-1996</li> <li>• Ermittlung der Ursachen für die geringe Inanspruchnahme der Kleinkindbeihilfe 1998-1999</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienzuschlag ALV bis 2001</li> <li>• Erhöhung Mehrkindzuschlag 2000/2002</li> <li>• Sondernotstandshilfe bis 2002</li> <li>• Zuschuss zum KBG seit 2002</li> <li>• Förderung Mutter-Kind-Heime</li> <li>• Bildungsprogramme für sozial Benachteiligte und Migrant/innen</li> <li>• Förderung Online-Beratung zur Adoption von ausländischen Kindern</li> </ul>			
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterhaltsvorschüsse seit 1976</li> <li>• Gemeinsame Obsorge (Kindschaftsrechtsänderungsgesetz) 2001</li> <li>• Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen (YAP) 2003</li> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Children in trouble“ – UN Expert Group Meeting 1994</li> <li>• Enquête „Kinder, Kinderrechte und Kinderpolitik“ 1994</li> <li>• YAP-Auftaktveranstaltung „Kinderrechte im politischen Entscheidungsprozess“</li> <li>• Enquête „Gemeinsame Obsorge bei Trennung der Eltern. Chance oder Scheinlösung?“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsbroschüre/Folder „Die Rechte von Kindern und Jugendlichen“ seit 1986</li> <li>• 1. Österr. Kinderrechtebericht 1996</li> <li>• 2. Österr. Kinderrechtebericht 2002</li> <li>• Die Rechte von Kindern und Jugendlichen - Kinderrechtskonvention 2003</li> <li>• Aufkleber „Kinder haben Recht. Auf Glück“ (Bundes-Kinder- und Jugendanwaltschaft)</li> <li>• www.yap.at</li> <li>• Merkblatt „Die Ehe. Informationen über Rechte und Pflichten während der Ehe“</li> <li>• Ankauf Postkartenheft „Kinder haben Rechte“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Harmonisierung von Jugendschutzgesetzen in Österreich 1995</li> <li>• Verfassungsrechtliche Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in Österreich 1996-1997</li> <li>• Internationale Projektstudie „Strategic Needs Assessment on Juveniles in Conflict with the Law“ 1997</li> <li>• Jugendliche Prostituierte in Österreich 1998</li> <li>• Europäischer Jugendförderungsrechtsvergleich</li> </ul>
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mutter-Kind-Pass seit 1974</li> <li>• Bildungsforum für fördernde und präventive Jugendarbeit 1994</li> <li>• MKP-Bonus 1998-2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ExpertInnenstagung „Jugend und Alkohol“ 2001</li> <li>• Förderung Filmtage zum Thema Gebären</li> <li>• Ausstellung „Aller Anfang – Geburt im Wandel der Zeit und Kulturen“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Luftballons im Bauch. Von Liebe, Sex und Zärtlichkeit.“ – Sexualaufklärung für Jugendliche ab 12 Jahren. 1994</li> <li>• „ZuMutungen“ – Theorie und Praxis der suchtpräventiven Jugendarbeit seit 1994</li> <li>• Initiativen zur Praxis der Sexualerziehung 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhebung über suchtpräventive Projekte im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit in Österreich 1994</li> <li>• LoveTalks (Entwicklung eines sozialpädagogischen Modells) seit 1994</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
09	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beiträge In-vitro-Fertilisation seit 2000</li> <li>• BGBI. I 35/2001: Behandlungsbeitrag Ambulanz 2001-2003</li> <li>• „Kompass – Bildungsbörse für Suchtpävention“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinationstagungen/ Workshops zur Qualifizierung der peer group education</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zur Qualität der Natürlichen Familienplanung (NFP) 1995</li> <li>• „Erzähl uns nichts vom Storch“ – Materialien zur Aufklärung für Kinder im Volksschulalter (Broschüre und Brettspiel) 1997</li> <li>• Tagungsband „Europäische Fachtagung JUGEND und PRÄVENTION, 21.10.-23.10.1998“ 1998</li> <li>• praev.doc – Berichte des österreichischen Bildungs-forums für fördernde und präventive Jugendarbeit 1999-2002</li> <li>• Folder (Empfehlung zur Beratung)/Poster „Schwanger“ 2000</li> <li>• Folder für Ärzte „Sie helfen den Frauen &amp; wir unterstützen Sie dabei. Beratung bei pränataler Diagnostik“ 2001</li> <li>• Folder „Tattoo/Piercing“ 2001/2003</li> <li>• Broschüre „Love, Sex und so“ 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung und Psychotherapie. Ein Projekt zur Bestandsaufnahme und Orientierung 1994-1996</li> <li>• Untersuchung bestehender Präventionskonzepte auf die Berücksichtigung der spezifischen Problematik der Kinder von Suchtkranken und Darstellung ausländischer Modelle für die Arbeit mit Kindern Suchtkranker 1995-1997</li> <li>• Untersuchung der Auswirkungen der Suchtkrankheit eines oder beider Elternteile auf das soziale, körperliche und psychische Befinden der Kinder 1995-1996</li> <li>• Peer education in Österreich 1997</li> <li>• Substanzzkonsum und –missbrauch im Kindes- und Jugendalter 1998</li> <li>• HorseTalks/Move (Entwicklung eines Therapie-modells für verhaltensauffällige Kinder) 2000-2003</li> <li>• Erster österreichischer Männergesundheitsbericht mit besonderer Berücksichtigung der Männergesundheitsvorsorge 2002-2003</li> <li>• Sozioökonomische Unterschiede in Gesundheit und Mortalität 2003</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Forschungsförderung seit 2001</li> <li>Österreichisches Institut für Familienforschung seit 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Enquête „Familie gesellschaftsfähig? Gesellschaft familienfähig?“ 1994</li> <li>„Wert(e)volle Familie“ 1997</li> <li>Der gebrauchte Mann? Männliche Identität im Wandel 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Österreichs Männer auf dem Weg zum neuen Mann? 1994</li> <li>Geschlechtertheorie – Grundgedanken zu einer ganzheitlichen Geschlechterpolitik 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einstellungen zu Umwelt und Familie im internationalen Vergleich 1995-1996</li> <li>Mikrozensus Sonderprogramm „Fragen zur Familie“ 2001-2003</li> <li>MannsBilder – Ein Jahrzehnt Männerentwicklung 2001-2003</li> <li>Männerarbeit in Österreich 2002-2003</li> <li>Suizide von Männern in Österreich - Statistisch-Epidemiologische Untersuchung 2002-2003</li> <li>Lebenswelten Vater/Kind, positive Väterlichkeit und männliche Identität</li> </ul>
<b>14. Familie und Medien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Österreichischer Staatspreis für Journalismus im Interesse der Familie 1995-1997</li> <li>Vorarbeiten für Einrichtung einer Positivprädikatisierung von Computer- und Videospielen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Enquête „Kinderpornografie im Internet“ 1998</li> <li>Enquête „Gewalt in den Medien“ 1999</li> <li>Enquête „Jugendschutz im Internet“ 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>„Lesen ist Familiensache“. Informationsbroschüre für Eltern (Initiative zum IYF) 1994</li> <li>Broschüre/CD-ROM „Tipps für Computerspiele – Ein Verzeichnis für Jugendleiter-Innen, PädagogInnen und Eltern“ seit 1995 jährlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Computerspiele - psychologische Auswirkungen und Zusammenhänge mit der Familienstruktur 1994-1996</li> <li>Schädliche Inhalte im Internet (div. Teilstudien) 1998</li> </ul>
<b>14. Familie und Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schülerbeihilfen seit 1971</li> <li>Schulfahrtbeihilfen seit 1971</li> <li>Schülerfreifahrten seit 1971</li> <li>Schulbuchaktion seit 1972</li> <li>Schülerunfallversicherung seit 1980</li> <li>Studienförderungsgesetz 1992</li> <li>Lehrlingsfreifahrten seit 1992</li> <li>Freier Hochschulzugang bis 2001</li> <li>Soziale Förder- und Unterstützungsmaßnahmen</li> <li>Bildungsinformation und Beratung</li> <li>Berufsorientierung/-vorbereitung</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Schulbuchreform 1998 – Leitfaden 1998</li> <li>„Der Traum vom Glück auf (Kredit-)Raten“ – Leitfaden für Jugendliche 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bildung im Familienbezug seit 2003</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
15.1 - Elternbildung/beratung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schülerunterstützung für Teilnahme an Schulveranstaltungen</li> <li>• Familienberatungsförderungsgesetz 1974</li> <li>• Mobile Beratungsdienste für Kinder und Jugendliche seit 1976</li> <li>• Förderung Elternbildung (FLAF) seit 2000</li> <li>• Familienservice/Hotline</li> <li>• Ausbildungscurriculum für ElternbildnerInnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familienberatung 1974-1994 – Rückblicke – Ausblicke“ 1994</li> <li>• Tagung der Familienberatungsstellen „Beratung und Therapie“ 1995</li> <li>• Arbeitstagung für Familienberatungsstellen „Familiale Lebensformen im Wandel - Herausforderung an die Beratung“ 1998</li> <li>• Kampagne „Elternbildung“ 2001-2002</li> <li>• Gütesiegel für Ausbildungen von ElternbildnerInnen 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Elternbriefe – Erziehungstipps (4 Teile) seit 1987</li> <li>• Folder „Ich bin schwanger“ 1991</li> <li>• Die Sechsjahreskrise 1996</li> <li>• Rat &amp; Hilfe (für jedes Bundesland 1 Folder) 1997</li> <li>• www.eltern-bildung.at seit 2001</li> <li>• Broschüre „Elternbildung in Österreich“</li> <li>• „Baby-Guide“ - Elternratgeber</li> </ul>	
62 <b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internationales Jahr der Freiwilligen 2001</li> <li>• Bürgerbüros für Alt und Jung in Österreich seit 1998</li> <li>• Sonderrichtlinien „Familienkultur“ 2002</li> <li>• Gesamtösterreichischer Aktionsplan zum IYF 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Studentagung „Familie &amp; Freizeit“ 1995</li> <li>• Förderung Seminar Int. Union der Familienverbände 1998</li> <li>• Österreichisches Bundesjugendsingen 2001</li> <li>• Österreichischer Jugendredewettbewerb 2001</li> <li>• Verleihung der Volunteers Awards „Die Freiwilligen des Jahres“ 2001-2003</li> <li>• Vernetzungstreffen „Bürgerbüros für Jung und Alt“ 2000/2002</li> <li>• Enquête im Parlament „Internationales Jahr der Freiwilligen 2001: Bilanz und Ausblick“ 2002</li> <li>• Natur erleben mit der Familie. Österreichs Nationalparks laden ein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Österreichisches Aktionsprogramm zum IJF – Termine, Projekte, Service 1994</li> <li>• Berichte der 15 Arbeitskreise des Österreichischen Nationalkomitees für das IJF 1994</li> <li>• Familienprogramm für Österreich – ein Solidarpakt 1994</li> <li>• „Familie ist...1994“ (Kalender von Schülern) 1994</li> <li>• Bevölkerung, Familie und Sozialpolitik in Österreich. Zur Internationalen UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) 1994</li> <li>• „Und wir trau'n uns doch! Ich bin mutig“ 1996</li> <li>• Familienpolitik in Österreich 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familie und Familienpolitik in Österreich im internationalen Vergleich 1994</li> <li>• Empirische Datenerhebung über Geburten-, Partnerschafts- und Berufsbiographien junger Erwachsener (FFS) 1995-1996</li> <li>• Multidisziplinäres Familienbarometer 1995-1997</li> <li>• Einstellungen zu Umwelt und Familie im internationalen Vergleich 1996</li> <li>• Räume und Zeiten moderner Kindheit 1996-1997</li> <li>• Machbarkeitsstudie zur Erstellung eines Familien-simulationsmodells 1996-1997</li> <li>• Projekt „Schätze heben“ 1996-1997</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
3		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wege zur Gemeinsamkeit (Ideenwettbewerb zum IYF1994)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 4. Österreichischer Familienbericht: Familie – zwischen Anspruch und Alltag. Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich 1999</li> <li>• Familie – zwischen Anspruch und Alltag. Österreichischer Familienbericht (Kurzfassung) 1999</li> <li>• Miteinander statt neben-einander – Leitfaden für gelebte Nachbarschaft 1999</li> <li>• BMUJF-Report – Das Informationsblatt des BMUJF (4 Nummern) 1999</li> <li>• Folder „Jonglieren mit Johanna, Jim und Jang“ 1999</li> <li>• Infofolder „Bürgerbüros für Jung und Alt“ 2001</li> <li>• Folder „Freiwilligenmanifest“ 2002</li> <li>• Vorrang für freiwilliges Engagement 2002</li> <li>• Bericht über die soziale Lage alle 2 Jahre</li> <li>• www.bmsg.gv.at</li> <li>• Outdoor-Aktivitäten (Führer durch das Angebot sozialtherapeutischer, erlebnispädagogischer Organisationen in Österreich)</li> <li>• Familien-Freizeitführer</li> <li>• Folder „Freiwilligenoskar“</li> <li>• Gesichter der Menschlichkeit</li> <li>• Ordner Freiwilligenhandbuch</li> <li>• Freiwilligenmanagement</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fremdenfeindliche StraftäterInnen 1997-1998</li> <li>• Evaluation der Bürgerbüros für Jung und Alt 1999-2000</li> <li>• Evaluierung Familienkompetenzen 2001</li> <li>• Basiscurriculum für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von freiwilligen Aktivist*innen 2002-2003</li> <li>• Umsetzung des „Freiwilligen-Tätigkeitsnachweises“ 2002-2003</li> <li>• Jugendliche Familiengeschäftigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Väterthematik 2003-2004</li> <li>• Family Policy Database (Europäische Datenbank für familienpolitische Maßnahmen) laufend</li> <li>• Familiensimulationsmodell FAMSIM Austria laufend</li> </ul>

### 3.2 Leistungen von Bundesländern

*Anmerkung zur Erhebungsmethode:* Die nachfolgende Zusammenstellung basiert auf Rückmeldungen der Bundesländer, die als Antwort auf ein an die Verbindungsstelle gerichtetes Schreiben seitens des BMSG einlangten. In einzelnen Fällen wurden diese Rückmeldungen mit Recherchen durch das ÖIF ergänzt.

#### 3.2.1 Burgenland

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hotline</li> <li>• Frauenhäuser</li> <li>• Kinderschutzzentrum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt „Gewaltfreies Burgenland“ - div. Veranstaltungen: Auftaktveranstaltung, Benefizessen, Schulprojekte, Enquête zur Gewaltprävention, Milchpackung-Aktion, Filmspots, Theateraufführungen</li> </ul>	2003	
<b>2. Familie und Lebensraum</b>				
<b>3. Familie und Wohnen</b>				
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b> <b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt „Tagesmütter“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wettbewerb „Frauen- und familienfreundlichster Betrieb“</li> </ul>	1998/1999	
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugendarbeitschaft</li> <li>• Jugendberatungsstelle</li> </ul>			
<b>6. Familie und Senioren</b>				

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienbonus seit 1992</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienbonus 1995</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienbonus 1999</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienbonus 2000</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienbonus 2002</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienbonus 2003</li> <li>• Aktion Familienauto seit 1999</li> </ul>			
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familien-formen</b>				
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung bei Mehrlingsgeburten seit 2002</li> <li>• Schuldnerberatung</li> </ul>			
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>			
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Impfgutscheinheft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt „Kochkurs für werdende und junge Eltern“</li> </ul>		
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Männerberatung</li> </ul>			
<b>14. Familie und Medien</b>				

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>15. Familie und Bildung</b>	• Schulstarthilfe seit 2002			
15.1 - Elternbildung/beratung	• Elternbildung • Eltern-Kind-Zentren	• Seminare	• Dokumentenmappe seit 2002	
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	• Aktion Familienpass 2001	• Enquête „Internationales Jahr der Familie“ 1994 • Familienwoche seit 2001	• Familienjournal seit 2001	• „Gleichheit – Verschiedenheit – Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewusstsein im Burgenland“ 1994

### 3.2.2 Kärnten

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frauenhäuser</li> <li>• Kinderschutz-Zentrum Kärnten (Hilfe für Kinder und Eltern)</li> <li>• Kinderrecht-Kindeswohl-Kinderschutz sexueller Missbrauch an Kindern</li> <li>• Entwicklung eines Leitfadens und einer Kinderschutzbox für alle Kindergärten</li> </ul>	2001		
<b>2. Familie und Lebensraum</b>				
<b>3. Familie und Wohnen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jungfamilienförderung</li> </ul>			
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b> <b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Richtlinien für Kindergruppen</li> <li>• Besondere Kindergartenförderung</li> <li>• 1. Waldkindergarten</li> <li>• Erweiterte Öffnungszeiten und flexible Gestaltung der Öffnungs-Randzeiten</li> <li>• 1. Bewegungskindergarten Österreichs</li> <li>• Einführung der altersübergreifenden Kindergruppen (Mischgruppen)</li> <li>• Massiver Ausbau der Schülernachmittagsbetreuung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquete „Vereinbarkeit Familie und Beruf“</li> <li>• Kärntner Kinder-Kürbisfest beim „Bartlbauer“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>2003</li> <li>2001</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
89	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstmals gesetzliche Förderung für zweisprachige und private Kindergärten 2003</li> <li>• Schaffung des Vereins „Kärntner Kinderbetreuung“ – Institut für Bildung u. Beratung 2002</li> <li>• Kinderbetreuungseinrichtungen ans Netz 2002</li> <li>• Neue Richtlinien für Tagesmütter 2003</li> <li>• Ausdrucksmalen mit Kindern 2001</li> <li>• Sommerolympiade für alle Kinder in Kärntens Kinderbetreuungseinrichtungen 2002</li> <li>• Winterolympiade für alle Kinder aus Kärnten 2003</li> <li>• Projekt „Kinder als ‚Gärtner‘“ 2003</li> <li>• Alpe-Adria Integrationsfest mit Kindern aus Slowenien, Italien und Kärnten am Wörthersee 2003</li> <li>• Kybernetische Methode - Schulvorbereitung für Kindergartenkinder werden (inklusive Intensivtraining) 2002</li> <li>• Babysitterbörsen – Vermittlung von ausgebildeten Babysittern</li> </ul>			
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung Ferienaktion von Jugendorganisationen</li> <li>• Jugendservice</li> <li>• Kinder- und Jugendanwaltschaft</li> <li>• Jugendberatungsstellen</li> <li>• Schulschikurs Unterstützungsaktion</li> <li>• Freiplätze für: Kärntens Schüler lernen Ihre Heimat kennen</li> <li>• Ice Express (gratis Freizeitaktivitäten in den Semesterferien)</li> <li>• Jugendcard</li> <li>• Midnight sport für Jugendliche</li> <li>• EU Regionalstelle</li> <li>• Ausbau Jugendzentren</li> </ul>			

69

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>6. Familie und Senioren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Seniorencard</li> <li>• Heizkostenzuschuss</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête zum Thema „Alt werden zu Hause“, Einführung des Pflegeschecks</li> </ul>		
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderbetreuungsgeld seit 2001</li> <li>• Familienzuschuss seit 1991</li> <li>• Erhöhung und Ausbau Familienzuschuss 2001</li> </ul>			
<b>8. Familie und Behinderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flächendeckende Integration in Kindergärten 2001</li> <li>• Sprachförderung</li> <li>• Das hörbeeinträchtigte Kind 2001</li> <li>• Einführung des Projektes „Heilpädagogisches Reiten und Voltigieren“ für Kindergarten- und Hortkinder in Kärnten</li> </ul>			
<b>9. Familie und Familien-formen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Plattform</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmäßige Familienenquete</li> </ul>		
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienunterstützung aus dem Ansatz „Familienpolitische Härtefälle“</li> <li>• EVA (Auszeichnung für sozial tätige Frauen)</li> <li>• Besuchscafé für Scheidungswaisen</li> </ul>			
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>			
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesundheitsförderungsseminare für Kindergärten</li> <li>• Zahnprophylaxe für Kinder in Kindergärten</li> </ul>	2001		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>				
<b>14. Familie und Medien</b>	• Projekt Kinderbuchpreis			
<b>15. Familie und Bildung</b>	• Schulstartgeld  • Musikalische Früherziehung • Ausbau Musikschulwerk für musizierende Jugendliche • Interkulturelles Lernen • Laufende Fortsetzung von Interkulturellen Seminaren inkl. Praxiseinheiten • 650 Heimplätze für Kärntner Studenten • Expertengespräche mit den Elternbildungsanbietern – Erarbeitung eines neuen Leitbildes mit dem ÖIF • Projektförderung im Rahmen der Elternbildung • Eltern-Kind-Zentren	2001		
70 15.1 - Elternbildung/beratung				• Erarbeitung einer Studie zur Elternbildung in Kärnten (ÖIF)
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	• Projekt: Kinder und Umwelt/Wald  • Projekt-Förderungen			

### 3.2.3 Niederösterreich

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderschutzzentrum St. Pölten 1994</li> <li>• Kinderschutzzentrum Neunkirchen seit 1999</li> <li>• Kinderschutzzentrum Amstetten seit 2001</li> <li>• Kinderschutzzentrum Gmünd seit 2002</li> <li>• Kinderschutzzentrum Mistelbach seit 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt „Konflikte sind zum Lösen da“ 2002</li> <li>• Symposium „Gewalt gegen Kinder – Kinderschutz in NÖ“ (NÖ LAK) 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewalt an Kindern 2002</li> <li>• Sexuelle Gewalt an Kinder 2002</li> <li>• Kinderrechtekoffer 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Studie „Qualitätssicherung und Bedarf von Schutzeinrichtungen für Kinder“ 2000</li> </ul>
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinde-Familienreferenten seit 1994</li> <li>• Neuformulierung Spielplatzgesetz 1994</li> <li>• Projekt „Spiellandschaft NÖ“ seit 1994</li> <li>• Spielplatzförderung „Mehr Platz für Kinder“ seit 2002</li> <li>• Aktion „Schutzenengel“ (Verkehrssicherheit) seit 2000</li> <li>• Förderaktion „Mehr Platz für Kinder“ seit 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wettbewerb „Familienfreundlichste Gemeinde“ 1994</li> <li>• Wettbewerb „Spiel-T-Räume“ 1995-2001</li> <li>• Enquête „Spielräume für Spielräume“ 1995</li> <li>• Enquête „Macht Platz, jetzt kommen wir“ (Spiellandschaft NÖ) 1998</li> <li>• www.noe-spielplatz.at</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationen für Gemeinde-Familienreferenten 1996</li> <li>• Spielplatzbuch für Niederösterreich</li> <li>• Zeitschrift „Spiel-T-Räume“ seit 1997</li> </ul>	
<b>3. Familie und Wohnen</b>				
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>				
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tagesbetreuungsförderung</li> <li>• Hortförderung</li> <li>• Zuschuss zu den Beförderungskosten zum Kindergarten</li> <li>• Aktion Tagesmütter</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Versorgungsausgleich – Frauen zwischen Sozialhilfe und gerechter Pension“ 1997</li> <li>• Enquête „Kinder zwischen Kinderbetreuungsgeld und Kindergarten“ 2002</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kind sein in Niederösterreich 1994</li> <li>• Kinderbetreuung in NÖ 2000</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tagesbetreuer-Förderung</li> <li>• SV-Beiträge für Tagesmütter seit 2001</li> <li>• Flying Nannies</li> <li>• Mobile Mamis seit 2002</li> </ul>			
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugandanwaltschaft seit 1992</li> <li>• Jugendberatungsstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kindersommerspiele 1994</li> <li>• Enquête „Zwischen Kindheit und Jugend“ (Interessensvertretung NÖ Familien) 1999</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• NÖ Jugendstudien</li> </ul>
<b>6. Familie und Senioren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Juristische Personen, die Tätigkeiten im Sinne der älteren Generation durchführen, erhalten vom Seniorenreferat regelmäßige Subventionen seit 1994</li> <li>• Seniorenrurlaubaktion: Zuschuss zu einem mindestens 7tägigen Urlaubaufenthalt in NÖ seit 1994</li> <li>• Aktion für Nachbarschaftshelfer (Anerkennung für die Betreuung hilfsbedürftiger Personen, die noch im eigenen Haushalt leben) 1994-1997</li> <li>• Organisation und Durchführung von Gewinnspielen 1998/seit 2000</li> <li>• Subventionierung von Gesundheitstagen (in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsforum) seit 1999</li> <li>• NÖ Vorteilkarte 55 seit 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme an Veranstaltungen, die unter dem Gesichtspunkt der Kommunikationsförderung stattfinden (Seniorenmesse, Seniorenball,...) seit 1995</li> <li>• Literaturwettbewerb für Senioren in NÖ 1999</li> <li>• Veranstaltung mit Preisverleihung im Landhaus 1998/2000</li> <li>• Abhaltung von Gesundheitstagen in div. NÖ Gemeinden zu seniorenbezogenen Themen 1999</li> <li>• Teilnahme an div. Seniorenveranstaltungen zur Bewerbung der Vorteilkarte 55 seit 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Senioren Broschüre, Prospekt Waldviertel Incoming, 50 und mehr</li> <li>• Im Lauf der Jahre 2000</li> <li>• Broschüren, Journal (4x jährlich) und Vorteilkalender (1x jährlich) zur Vorteilkarte 55 seit 2002</li> </ul>	
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienhilfe seit 1989</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienpolitische Maßnahmen im internationalen Vergleich 2003-2004</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verleihaktion Auto-Kindersitze bis 1994</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienhilfe 1995</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienhilfe 1997</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienhilfe 2000</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienhilfe 2002</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienhilfe 2003</li> <li>• Verwaltungsfonds zur Hilfe für NÖ Familien 1984</li> <li>• Aktion Familienauto seit 2000</li> <li>• Schüler-Unfall-versicherung seit 1996</li> <li>Familienpass, umfassend: seit 1983</li> <li>• Spitalstaggeld-versicherung seit 1992</li> <li>• Kinder-Unfallversicherung seit 2000</li> <li>• Unfallversicherung für Haushalts- und Erziehungsarbeit seit 1983</li> <li>• Aktion Familienurlaub seit 1983</li> <li>• Ermäßigungen seit 1983</li> </ul>			
<b>8. Familie und Behinderung</b>	• Pflegebeiträge			
<b>9. Familie und Familien-formen</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Scheidung – Kinder zwischen den Fronten“ 1994</li> <li>• Enquête „Familienform: Alleinerziehend“ 1994</li> <li>• Enquête „Adoption – Eine Chance für Kinder“ (Abt. Jugendwohlfahrt) 2001</li> </ul>		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	• Landesstelle für Sektenfragen seit 1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Infoveranstaltungen „Sekten – Wissen schützt“ seit 1997</li> <li>• Enquête „Sekten – eine Gefahr?“ seit 1997</li> <li>• Round Table „Satanismus“ 1998</li> <li>• Arbeitstagung "Scientology" 1998</li> <li>• Enquête „Sekten in NÖ“ 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Info-Schieber „Sekten“ 1997</li> </ul>	
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familienstimmrecht“ 1996</li> <li>• Kindermusiktheater: „Kinder haben Rechte...oder!“ 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• UN Konvention der Rechte der Kinder 2000</li> <li>• Kinderrechte – Was Eltern wissen sollten 2001</li> <li>• Jugendschutzbestimmungen 2002</li> <li>• Leitfaden gemeinsame Obsorge 2004</li> </ul>	
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufkleber „Kind fährt mit“ 2001</li> <li>• Förderaktion Fahrradhelme 1996/2000</li> </ul>	• Infoveranstaltungen „Sucht und Sehnsucht“ seit 1997		
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>				
<b>14. Familie und Medien</b>	• Sonderprogramm „Kids online – Computerkinder?“ 2001	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familie in den Medien“ 1998</li> <li>• Festival der Spiele 1994-1998</li> <li>• Spielaktion „Spielkiste auf Rädern“ seit 1998</li> <li>• Spielefest im Landhaus 2003</li> <li>• Veranstaltungsreihe „Fernsehen &amp; Co“ 1999</li> </ul>		
<b>15. Familie und Bildung</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufsatzwettbewerb 1994</li> <li>• Enquête „Wechselwirkung: Familie und Schule“ 1994</li> <li>• Enquête „Familie und Bildung – Perspektiven und Verantwortung“ 1994</li> </ul>		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>15.1 - Elternbildung/beratung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familien-, Partner- und Jugendberatungsstellen seit 1993</li> <li>• Elternschule seit 1977</li> <li>• Mütterstudios seit 1986</li> <li>• Partnerschaftstraining seit 2001</li> <li>• Eltern-Kind-Zentren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „NÖ Elternschule“ 1996/2000</li> <li>• www.elternschule.at</li> <li>• www.partnerschaftstraining.at</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Infoblatt für werdende Eltern seit 1998</li> <li>• Dokumentenmappe für Neugeborene seit 2001</li> <li>• Elternbildungskalender seit 1994</li> <li>• Broschüre „Damit die Liebe wachsen kann“ 2002</li> </ul>	
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familien-Hotline seit 2002</li> <li>• Förderungen seit 1983</li> <li>• Babybox (in Gemeindeämtern und Bezirkshauptmannschaften)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familiensonntag 1986-1999</li> <li>• Familiennachmittage seit 1998</li> <li>• Landesfamiliensingen seit 1993</li> <li>• Familiensingbuch „Freut euch des Lebens“ 1994</li> <li>• Ausstellung „Die NÖ Familie“ 1995</li> <li>• Infostände des Familienreferats</li> <li>• Vorträge „Familienförderung in NÖ“</li> <li>• Familienpass-Sommertour 2001</li> <li>• Enquête „Die Familie als Zielgruppe für Politik und Wirtschaft“ 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienjournal seit 1993</li> <li>• Handbuch zur NÖ Familienpolitik seit 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• NÖ Familienstudie 2001 2001</li> <li>• NÖ Familienstudie 2002 2002</li> </ul>

### 3.2.4 Oberösterreich

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinderschutzzentren seit 1985</li> <li>• Frauenhäuser seit 1998</li> <li>• Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Mediation Konfliktregelung“ 1995</li> <li>• Enquête „Wachsende kindliche Aggressivität und Festhalten“ 1994</li> <li>• Enquête „Gewalt in der Familie“ 1995</li> <li>• Enquête „Vom Umgang mit kindlicher Aggression“ 1999</li> <li>• Kampagne „Kinderschutz“ 2002/2003</li> <li>• Ausstellung „(K)ein sicherer Ort“ zum Thema „Sexuelle Gewalt an Kindern“ seit 1997</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Publikation „Gewalt“</li> <li>• Publikation „Sexuelle Gewalt an Kindern“</li> </ul>	
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Leitbild-Förderung für familienfreundliche Gemeinden</li> <li>• Audit „Familienfreundliche Gemeinde“</li> <li>• Aktionen „Kommunale Freiflächen“, "Kindgerechte Hausgärten"</li> <li>• Sonderförderprogramm zur Versorgung mit Kinder- und Jugendspielplätzen 1997-1998</li> <li>• Fam.-Referenten, -Beauftragte, -ausschüsse auf Gemeindeebene</li> <li>• Bezirksfamiliengespräche</li> <li>• Geschäftsführung OÖ Familienbeirat</li> <li>• Aufbau familienpolitische Bibliothek</li> <li>• Dokumentation abgeschlossener Landesaktionen</li> <li>• OÖ Netzwerk</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wettbewerb „Familienfreundliche Gemeinde/Stadt“</li> <li>• Enquête „Vom SpielPlatz zum LebensRaum“ 1996</li> <li>• Enquête „Kinder in der Politik“ 1996</li> <li>• Netzwerkbrief</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handbuch für Familienarbeit in der Gemeinde</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffnungszeitenerhebung 1997/2000</li> <li>• Diplomarbeit „Entwicklung einer regionalen und örtlichen Familienpolitik am Beispiel des Bezirk Kirchdorf/Krems“ 2000</li> <li>• Dissertation „Verdichtete Bebauungsstrukturen als kinderfreundliche Wohnumwelt in der Stadt“ 2001</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>3. Familie und Wohnen</b>	• Zinsenzuschuss für Hausratbeschaffung		• Wohnbauratgeber	
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>	• Fernpendlerbeihilfe	• Enquête „Familie und Arbeitswelt – (k)ein Gegensatz?!” 1996		• Diplomarbeit „Rollentausch? – Fallanalysen von Hausmännern und ihren berufstätigen Partnerinnen“ 1997 • Diplomarbeit „Audit Familie und Beruf“ 1999 • Dissertation „Frauen in Karenz – ein Balanceakt zwischen Mutterschaft und Beruf“ 1999/2001 • Studie „Außerfamiliäre Kinderbetreuung“
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsgruppe „Außerfamiliäre Kinderbetreuung“</li> <li>• Öffnung der Kindergartenräume für andere Zwecke 1997</li> <li>• Projekt „Mischgruppen in Kindergärten“ seit 2000</li> <li>• Tagesmütter/ Krabbelstuben seit 1991</li> <li>• Reduzierung der Kindhöchstzahl als Qualitätsmerkmal 2001</li> <li>• Herabsetzung der Kindermindestzahl zur Standortsicherung 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Imagekampagne für Kindergarten- und HortpädagogInnen 1999-2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Broschüre „Kindergarten – Raum für Entwicklung“ seit 1997</li> <li>• Broschüre „Horte in Oberösterreich“ 2002</li> </ul>	
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugendarbeitschaft</li> <li>• Jugenberatungsstellen</li> <li>• Förderung Ferienaktionen v. Jugendorganisationen</li> <li>• Jugendservice</li> <li>• Präventive und Individuelle Dienste der Jugendwohlfahrt</li> </ul>	• Enquête „Präventive Arbeit in der Jugendwohlfahrt“ 2003		• Jugendstudien
<b>6. Familie und Senioren</b>	• Mithilfe Aufbau Hospitzbewegung	• Enquête „Beziehungen zwischen Generationen“ 1995		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienzuschuss</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienzuschuss</li> <li>• Unfallversicherung für Haushalt und Familie</li> <li>• Autozuschuss seit 2000</li> <li>• Kinder-Unfallversicherung</li> <li>• Familienkarte seit 1999</li> <li>• Familienpaket (Infofolder für Schwangere und Jungfamilien)</li> <li>• Windelgutschein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Bevor der Kuckuck ruft...“ 1996</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Untersuchung zur OÖ Familienkarte 2001/2003</li> <li>• Familienbesteuerung im internationalen Vergleich 2002</li> <li>• Diplomarbeit „Die Stellung der Familie in Österreich und deren Berücksichtigung im Rahmen der staatlichen Steuer- u. Transferpolitik“ 1998</li> <li>• Dissertation „Die dritte Dimension – monetäre Bewertung der Leistung im Privathaushalt (Realistische Betrachtung einer fiktiven Einkommenskomponente)“ 2002</li> </ul>
<b>8. Familie und Behinderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mobilitätszuschuss</li> <li>• Logopädischer Dienst</li> <li>• Sozialpädagogischer Familienurlaub</li> <li>• Neuregelung Integration behinderter Kinder in Regelkindergärten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Legasthenie – die Spirale von Versagen, Schuld und Demotivation“ 1999</li> <li>• Enquête „Wie kommen Zahlen in den Kopf? (Dyskalkulie)“</li> </ul>		
<b>9. Familie und Familien-formen</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Ungeplant – und doch geboren – Tag des Lebens 1995“ 1995</li> <li>• Enquête „Beratung im Schwangerschaftskonflikt“ 1995</li> <li>• Enquête „Alleinerziehend Familie leben“ 1994/1996</li> <li>• Enquête „Adoption zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ 1994</li> <li>• Enquête „Nach Scheidung: Eltern bleiben Eltern!“ 1994</li> <li>• Enquête „Scheidungsmänner – Männer unter Druck“ 1995</li> <li>• Enquête „Tag der Alleinerziehenden“ 2000/2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ratgeber für Alleinerziehende und Scheidungswaisen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diplomarbeit „Alleinleben – die typische Lebensform des 20. Jahrhunderts“ 2000</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienhilfe/ Familienlangzeithilfe seit 1951</li> <li>• Familientherapie-Zentrum seit 1991</li> <li>• Landeskinderheime</li> <li>• Förderung (Spende) bei besonderen Lebenslagen (Teilleistungsschwäche, Mehrlingsgeburt...)</li> <li>• Streetwork seit 1993</li> <li>• Geldunterstützung für studierende Mütter</li> <li>• Förderung Begleitpersonen im Spital</li> <li>• Erholungsaktionen/ Familienurlaubszuschuss</li> <li>• Psychologische Beratung</li> <li>• Pflegeelternwesen</li> <li>• Entlastungshilfe für bäuerliche Familien</li> <li>• Individuelle Erziehungshilfen bei Gefährdung des Kindeswohls</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familie: Quelle von Stress und Stressbewältigung“ 1994</li> <li>• Enquête „Familie und Streitkultur“ 1996</li> <li>• Enquête „Okkultismus/ Satanismus“ 2002</li> <li>• Enquête „Sterben gehört zum Leben“ 1994</li> <li>• Enquête „Sterbekultur im Krankenhaus“ 1995</li> <li>• Enquête „Krankes Kind daheim“ 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sektenhandy, -CD-ROM</li> </ul>	
<b>11. Familie und Rechtsordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>			
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Impfgutscheinheft</li> <li>• Förderung FMSE-Impfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Aids – Familien sorgen sich“ 1994</li> <li>• Fachtagung „Kinder achten. beachten. begutachten“ 2002</li> </ul>		
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Männerberatung seit 1997</li> <li>• Informationsstelle für Männer seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Die Zukunft der Familie – Die Zukunft Österreichs?“ 1995</li> <li>• Landesfamilienpreis/ Familienoskar seit 1998</li> <li>• Enquête "Frauenemanzipation und Männerkrise" 1998</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diplomarbeit „Mutterschaft – die Retraditionalisierung des weiblichen Lebenslaufs“ 2003</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>14. Familie und Medien</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familienleben und Fernsehen“ 1994</li> <li>• Enquête „Verloren im Cyberspace“ 1994</li> <li>• Enquête „Computerspiele und Familie“ 1995</li> <li>• Enquête „Lernen &amp; Spielen mit dem Computer“ 1995</li> <li>• Enquête „Der Beitrag der Medien zur Familienkultur“ 1996</li> <li>• Enquête „Je kälter die Familie umso heißer der Fernseher?!“ 1997</li> <li>• Enquête „Familienkonkurrenz Medien“ 1998</li> <li>• Spiele-Tage</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Publikation „Fernsehen in der Familie“</li> <li>• Publikation „Computer- u. Videospiele in der Familie“</li> <li>• Publikation „Internet in der Familie“</li> </ul>	
<b>15. Familie und Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulbeginnhilfe</li> <li>• Familienzuschuss für Schulveranstaltungen</li> <li>• Projekt „Musikalische Früherziehung im Kindergarten“</li> <li>• Familienakademie</li> <li>• Elternschulen</li> <li>• Projektbezogenes Bildungskonto</li> <li>• Bildungskonto</li> <li>• Eltern-Kind-Zentren</li> <li>• IGLU Eltern-/Mutterberatungsstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Kinder in gute Hände“ 1994</li> <li>• Enquête „Kindsein heute... und morgen?“ 1998</li> <li>• Enquête „Was Kinder brauchen“ 2003</li> <li>• Enquête „Event, Event und alles rennt“ 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Elternbriefe seit 1997</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt „Kindergarten in Bewegung“ 1997-1998</li> <li>• Diplomarbeit „Elternbildung in OÖ“ 1996</li> <li>• Zufriedenheit mit der Mutterberatung der Jugendwohlfahrt 2002</li> <li>• Diplomarbeit „Lebenswelt Schule der Sozialarbeiterin“ 1999</li> <li>• Dissertation „Paarbeziehung als Prozess des Aushandelns – Zeitdiagnose am Beispiel einer Beratungsstelle“ 2001</li> </ul>
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt-Förderungen</li> <li>• Projekt „Bücher leben“</li> <li>• Projekt „Kindergalerie“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Auf der Suche nach dem verlorenen Glück“ 1995</li> <li>• Enquête „Familie ist Zukunft“ 1996</li> <li>• Kampagne „Familie Glück“ seit 1999</li> <li>• Regionalkonferenzen „Mit Kindern leben“ 1999</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Situation der Familien in OÖ 1996</li> <li>• Familienbildung und Hemmnisse bei der Realisierung von Kinderwünschen 1998</li> <li>• Elternbefragung 2000 2000</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• <a href="http://www.ooe-kindernet.at">www.ooe-kindernet.at</a> seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Diplomarbeit „Familienpolitische Maßnahmen von Bund und Ländern in Österreich“ 1996</li> <li>• Diplomarbeit „Familienpolitische Maßnahmen der Bundesländer im Vergleich“ 2000</li> <li>• Diplomarbeit „Echte Männer brauchen so was nicht!“ 2003</li> </ul>	

### 3.2.5 Salzburg

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	• Subventionierung Veranstaltungen	seit 1994		
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienbeauftragte in Gemeinden</li> <li>• Koordinationsstellen „Forum Familie“</li> <li>• Entwicklung Gemeinde-Leitbilder „Lebens- und Familienfreundlichkeit“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Fühlen sich Familien bei uns wohl?“ 1999</li> <li>• Enquête „Leitbildentwicklung zur Lebens- und Familienfreundlichkeit in Salzburger Gemeinden“ 1994</li> <li>• Enquête „Spielwelten – Lebenswelten“ 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tätigkeitsbericht Familienreferat</li> <li>• Broschüre „Spielwelten – Lebenswelten“ 1997</li> </ul>	
<b>3. Familie und Wohnen</b>	• Hausstandsgründungsförderung			
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wettbewerb „Familienfreundlichkeit am Prüfstand“ seit 1998</li> <li>• Teilnahme Bundeswettbewerb „Frauen- und Familienfreundlichste Unternehmen Österreichs“ 1999</li> <li>• Enquête „Zwischen Beruf und Berufung – Tagesmütter in Salzburg“ 2003</li> </ul>		
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>				
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugendanwaltschaft</li> <li>• Jugendberatungsstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Kinderfreundschaften“ 1996</li> <li>• Enquête „Was stärkt Familien? – Was wünschen Jugendliche?“ 2002</li> </ul>		
<b>6. Familie und Senioren</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Großeltern – Comeback einer Generation“ 1995</li> </ul>		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesfamilienförderung seit 1991</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Landesfamilienförderung 1994</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Landesfamilienförderung 2002</li> <li>• Familienpass seit 1998</li> </ul>			
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familien-formen</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Gestaltung von Paarbeziehungen im Spannungsfeld zwischen Selbstentfaltung und Solidarität“ 1993</li> </ul>		
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zuschuss für Frauen in psychosozialen Krisensituationen seit 1999</li> <li>• Beratung für Frauen in psychosozialen Krisensituationen</li> <li>• Sektenberatung seit 1999</li> <li>• Fonds „Hilfe für Familien in Notsituationen“ seit 2000</li> <li>• Zuschuss pro Mehrlingskind seit 2002</li> <li>• Monatl. Förderung pro Mehrlingskind 2002-2003</li> <li>• Modellprojekt „Beratung und Hilfe in besonderen Lebenssituationen – Schwangere in verzweifelter Situation“ seit 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Sekte &amp; Co“ 1997</li> <li>• Plakat „Schwanger und verzweifelt“ 2002</li> </ul>		
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Broschüre „Ehe“</li> <li>• Broschüre „Rechte zwischen Eltern und Kindern“</li> <li>• Broschüre „Kindschaftsrecht“</li> <li>• Broschüre „Scheidung/Trennung“</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>12. Familie und Gesundheit</b>		• Enquête „Gut drauf? Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ 2001		
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>				
<b>14. Familie und Medien</b>				
<b>15. Familie und Bildung</b>	• Förderung für Schulveranstaltungen seit 2003			
15.1 - Elternbildung/beratung	• Familien- und Erziehungsberatungsstellen seit 1973 • Projekt „Familienberatung am Bezirksgericht“ seit 1994 • Eltern-Kind-Zentren • Subventionierung Veranstaltungen seit 1994	• Enquête „Netze spannen – Kontakte knüpfen“ 2000/2001 • Enquête „Familienbildung – Elternbildung“ 1995	• Babyprospekt seit 1994 • Broschüre „100 Tipps“ (Erziehung)	
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	• Arge Alp Familiencamp seit 1998	• Enquête „Hoffnungsträger Menschenkind“ 1995 • Enquête „Hart am Wind – Familie auf Kurs“ 2003		

### 3.2.6 Steiermark

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>MuliplikatorInnentag: Sexueller Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen mit Prof. Dr. Friedrich 2003</li> <li>Enquête „Konfliktmanagement statt Aggressionsentladung – Impulse für eine neue Familienkultur“ 1997</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Leitfaden „Sexueller Missbrauch bei Kindern und Jugendlichen, Symptome richtig erkennen und rasch handeln“</li> <li>Doku „Wege aus der Gewalt“ 1998</li> </ul>	
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiative „KINDERLEBEN“: Beschluss der Landesregierung, Gründe für die gesunkene Geburtenrate und Voraussetzungen zur Umkehr dieses Trends zu untersuchen seit 2001</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informations- und Aufklärungsveranstaltungen seit 2001</li> <li>Statistische Erhebungen</li> <li>Breite Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>Vortragsabend „Die Stellung der Familie in der Europäischen Union“ 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informationsfolder</li> <li>Statistische Aufzeichnungen</li> </ul>	
<b>3. Familie und Wohnen</b>				
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiative „KINDERLEBEN“ seit 2001</li> <li>Verein „Taten statt Worte“ seit 1990</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informations- und Aufklärungsveranstaltungen seit 2001</li> <li>Wettbewerb „Frauen- und Familienfreundlichster Betrieb“ seit 1990</li> <li>Sonderpreis Väterkarenz seit 2003</li> <li>Infoveranstaltung „Audit Familie &amp; Beruf“</li> </ul>		
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Baufonds für Kinderbetreuungseinrichtungen</li> <li>Fachberatung</li> </ul>			
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kinder- und Jugendarbeitschaft</li> <li>Jugendberatungsstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Tagung „Jugend – Familie – Zukunft“ 1994</li> </ul>		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>6. Familie und Senioren</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktivitäten „Jung und Alt – Generationenverantwortung in der Gemeinde“</li> <li>• Hilf dir selbst – aber mit Erfolg 2003</li> <li>• Seniorenhearing in den Gemeinden 1998</li> <li>• Tagung „Der alte Mensch und die Familie“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steirischer Seniorenreport „Altwerden in der Steiermark – Lust oder Last?“ 1997</li> </ul>	
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderaktion Familienauto 2000-2001</li> <li>• Kinderzuschuss des Landes Steiermark (vormals Familienbeihilfe) seit 2002</li> <li>• Kinderbetreuungsgeld des Landes Steiermark 2002-2004</li> <li>• Familienpass des Landes Steiermark seit 1991</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kampagne „Familienauto“ 2000-2001</li> <li>• Kampagne „Kinderzuschuss“ seit 2002</li> <li>• Kampagne „Kinderbetreuungsgeld“ 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Infofolder „Familienauto“</li> <li>• Infofolder „Kinderzuschuss“</li> <li>• Handbuch Familienförderung in Österreich/Steiermark</li> <li>• A3-Blatt „Soziale Leistungen“</li> </ul>	
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familien-formen</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Round Table „Alleinerziehen – Allein sein?“ 1995</li> <li>• Aktivitäten „Unerfüllter Kinderwunsch – was nun?“</li> <li>• Podiumsdiskussion „Scheidung – Trauma ohne Ende“ 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handbuch für allein Erziehende 2003</li> <li>• IF-Folder „In guten wie in schlechten Zeiten“ 2003</li> </ul>	
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kontaktstelle Anonyme Geburt – Babyklappe in den Steirischen Spitätern</li> </ul>			
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handbuch „Gleiche Rechte“ 2003</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>12. Familie und Gesundheit</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ferienaktion „Familie aktiv“ 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• IF-Folder „Gesundheit der Seele“</li> </ul>	
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Symposium „Veränderungen in den Lebensformen – Krise oder Chance für die Familie“ 1994</li> <li>• Tagung „Familie im Blickpunkt“</li> <li>• Symposium „Familie – Utopie oder Wirklichkeit“</li> <li>• Symposium „Zukunft der Familie – Zerfall oder neues Selbstverständnis“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Symposiumsbericht „Veränderungen in den Lebensformen – Krise oder Chance für die Familie“ 1999</li> <li>• Informationen zur Sicherheit für die ganze Familie 1994</li> <li>• Tagungsdoku 1994</li> </ul>	
<b>14. Familie und Medien</b>				
<b>15. Familie und Bildung</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Sind die Schulen für unsere Zehnjährigen kindgemäß?“ 1998</li> <li>• Arbeitstagung „Elternbildung 2000 – Anspruch, Grenzen, Verwirklichung“ 1999</li> <li>• Schule und Familie – Eine gestörte Beziehung? 1996</li> <li>• Kampagne „Vernetzte Eltern- und Partnerbildung“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Infofolder</li> <li>• ReferentInnenhandbuch</li> </ul>	
<b>15.1 - Elternbildung/beratung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiative „Vernetzte Eltern- und Partnerbildung“</li> <li>• Eltern-Kind-Zentren</li> </ul>			
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmäßige Veranstaltungen</li> <li>• Infostände</li> <li>• Gastvorträge und Beratertätigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Newsletter</li> <li>• Geburtenmappen in den Gemeinden</li> </ul>	

### 3.2.7 Tirol

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterstützung von Organisationen in diesem Bereich</li> <li>Frauenhäuser</li> <li>„Organisation Frauen helfen Frauen“</li> </ul>			
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Betreuung der FamilienreferentInnen in den Gemeinden</li> </ul> <p style="text-align: right;">seit 1993</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktion „Kinder und familienfreundliche Gemeinde“</li> </ul> <p style="text-align: right;">seit 1992</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitsmappe zur Aktion „Kinder und familienfreundliche Gemeinde“</li> </ul> <p style="text-align: right;">1992</p>	
<b>3. Familie und Wohnen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Familienfreundlichere Richtlinien in der Wohnbauförderung</li> </ul> <p style="text-align: right;">seit 2000</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Informationsveranstaltungen zur Wohnbauförderung neu</li> </ul> <p style="text-align: right;">seit 2000</p>		
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Landtagsentschließung zu entsprechenden Maßnahmen</li> <li>Förderung Pilotprojekte</li> </ul> <p style="text-align: right;">2002</p> <p style="text-align: right;">2002</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>I- Enquête „Familienfreundliche Arbeitswelt Tirol“</li> <li>PR-Kampagne zum Tiroler Familienpaket</li> </ul> <p style="text-align: right;">2002</p> <p style="text-align: right;">seit 1994</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Broschüre „Familienfreundliche Arbeitswelt Tirol“</li> </ul> <p style="text-align: right;">2003</p>	
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kinderbetreuungszuschuss</li> <li>Kinderspielgruppenförderung</li> <li>Ferien-Kinderbetreuung</li> <li>Aktion „Spiel-mit-mir-Wochen“</li> <li>Investitionsförderungen im Rahmen der Kinderbetreuungsmillionen</li> </ul> <p style="text-align: right;">seit 1994</p> <p style="text-align: right;">seit 1994</p> <p style="text-align: right;">seit 1994</p> <p style="text-align: right;">1997-2000</p>			<ul style="list-style-type: none"> <li>Studie: Kinderbetreuung in Österreich mit Tiroler Sonderteil</li> </ul>
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kinder und Jugendanwaltschaft</li> <li>Jugendberatungsstellen</li> </ul> <p style="text-align: right;">1994</p>			
<b>6. Familie und Senioren</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame PR-Linie mit Seniorenenreferat des Landes, Motto: „Mehr Zeit für einander über Generationen hinweg“</li> </ul>		

68

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erziehungszuschuss I 1991-2004</li> <li>• Erziehungszuschuss II 1998-2003</li> <li>• Tiroler Familienpass neu 2002</li> <li>• Unfallversicherung zu Familienpass 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewerbung der Leistungen im Rahmen des Tiroler Familienpaketes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderungs-Folder seit 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begleitstudie zum Erziehungszuschuss 2000</li> <li>• Machbarkeitsstudie zum Kinderbetreuungsscheck 2000</li> </ul>
<b>8. Familie und Behinderung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Organisationen, z.B. Integrative Familienberatung 2003</li> </ul>			
<b>9. Familie und Familien-formen</b>				
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung für akut in Not geratenen Familien seit 1991</li> <li>• Mehrlingsgeburten-zuschuss seit 1994</li> <li>• Unterstützung für familiäre Hilfe und Konfliktlösung seit 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau der Informationen zu den Individualförderungen</li> </ul>		
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>			
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesundheitsbezogene Angebote in Eltern-Kind-Zentren</li> </ul>			
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Männerzentrum</li> <li>• Unterstützung von Familienorganisationen und -initiativen 1991</li> </ul>			
<b>14. Familie und Medien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung Ludotheken 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Spielemesse „Spielaktiv“ 1995</li> <li>• Märchenveranstaltungen in Ludotheken 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Märchen-CDs mit ORF 1996-2000</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>15. Familie und Bildung</b>  <b>15.1 - Elternbildung/beratung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulstarthilfe 1998</li> <li>• Schülerförderung zu Schulveranstaltungen 1990</li> <li>• Familienberatungsstellen</li> <li>• Mutterberatungsstellen</li> <li>• Unterstützung Elternbildnerlehrgang seit 2001</li> <li>• Unterstützung von Organisationen in der Elternbildung seit 1990</li> <li>• Ausbau Eltern-Kind-Zentren seit 1996</li> <li>• Neue Richtlinien Eltern-Kind-Zentren 2003</li> </ul>			
06 <b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kartenrücksendeaktion zum Thema „Familie braucht“ 1994</li> <li>• Jährliche Infostände auf der Innsbrucker Herbst- und Frühjahrsmesse 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienratgeber seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse zum FFS 1996 für Tirol</li> <li>• Studie „Familie braucht...“</li> </ul>

### 3.2.8 Vorarlberg

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>		• AG „Gewalt in der Familie“		
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienreferat seit 1989</li> <li>• Audit „Familienfreundliche Gemeinde“</li> <li>• Geschäftsführung Vlbg. Familienbeirat</li> <li>• Projekt „Familiengerechte Gemeinde“ seit 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lebensraum Familie seit 1994</li> <li>• Fachtagung „Lebensraum Familie-Chance oder Utopie“ seit 1994</li> <li>• Initiative „Familie macht mehr aus dir“ seit 2002</li> </ul>		
<b>3. Familie und Wohnen</b>	• -Wohnbeihilfe			
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wettbewerb „Frauen- und familienfreundlichste Betriebe Vorarlbergs“ seit 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handbuch für Spielgruppen 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Evaluation im Bereich der Kinderbetreuung 2002</li> <li>• „BenutzerInnenprofil“</li> <li>• Evaluation im Bereich der Kinderbetreuung „Vergleich verschiedener Einrichtungen“ 2003</li> </ul>
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Tagesmütter/-eltern</li> <li>• Spielgruppen</li> <li>• Kinder- und Schülerbetreuung</li> <li>• Kindergärten</li> <li>• Leih-Omas</li> <li>• Ferienheime</li> </ul>			
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugendanwaltschaft</li> <li>• Jugendberatungsstellen</li> </ul>			
<b>6. Familie und Senioren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jubiläum- und Ehrengaben des Landes seit 1984</li> </ul>			
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienzuschuss seit 1989</li> <li>• Familienpass seit 1989</li> <li>• Familienwochen seit 2000</li> <li>• Förderung Familienorganisationen</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Publikation „Familienzuschuss“ seit 1989</li> <li>• Broschüre Familienpass seit 1989</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienpolitische Maßnahmen im internationalen Vergleich 2003-2004</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familienformen</b>				
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	• Förderung bei Mehrlinggeburten			
<b>11. Familie und Rechtsordnung</b>	• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt			
<b>12. Familie und Gesundheit</b>				
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>				
<b>14. Familie und Medien</b>		• „Pinnwand“ Bildungskalender • Familieninformationsbus seit 1994 • Dornbirner Messe – Schwerpunkt „Familie“ 1994		
<b>15. Familie und Bildung</b>	• Familienakademie 1997-2000	• AG Elternbildung seit 1999		
15.1 - Elternbildung/beratung	• Informations- und Servicestelle „family point“ • Eltern-Kind-Zentren • Elternberatung • Erziehungs- und Jugendberatung			
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	• Veranstaltungsprogramm „Familie – Zeit, die zählt“	• Familienfest seit 1999	• Broschüre „Die cleveren Seiten für Familien“ – Familienleistungen der Vbg. Landesregierung seit 2003 - Broschüre „Familie. Zeit, die zählt“ seit 1998	

### 3.2.9 Wien

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>	• Servicetelefon seit 1997	• Kampagne für gewaltfreien Umgang mit Kindern 1997		• Daphne-EU-Projekt „Fit for life“
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	• Informations-/ Koordinationsstelle „Kinderinfo“ seit 2001			
<b>3. Familie und Wohnen</b>	• Wohnbeihilfe			
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>	• Förderung „abzwien“			
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilzeitbesuch von Kinderbetreuungseinrichtungen seit 2002</li> <li>• Soziale Beitragsstaffelung seit 2003</li> <li>• Zuschuss für private Kinderbetreuung seit 1996</li> <li>• Förderungen</li> <li>• Kindertagesheimgesetz seit 2003</li> </ul>			
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ferienpass</li> <li>• Kinder- und Jugendanwaltschaft</li> <li>• Jugendberatungsstellen</li> </ul>	• Jugendkampagne 1999		
<b>6. Familie und Senioren</b>				
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienzuschuss seit 1992</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienzuschuss 1994</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienzuschuss 1998</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienzuschuss 2000</li> <li>• Erhöhung/Ausbau Familienzuschuss 2001</li> </ul>			

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktion Ferienspiel</li> <li>• Aktion Familientage</li> <li>• Säuglingsausstattung</li> <li>• Ferienaufenthalte der Wiener Jugenderholung</li> <li>• Freizeitangebote wienXtra</li> </ul>			
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familienformen</b>				
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrationsgruppen in Kindertagesheimen</li> <li>• Regionale Krisenzentren</li> <li>• Sozialpädagogische Wohngemeinschaften</li> <li>• Anstellungsmöglichkeit für Pflegeeltern</li> <li>• Familienhilfe</li> <li>• Spitalsbegleitung</li> <li>• Besuchscafés für Scheidungswaisen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pflegefamilienkampagne</li> </ul>	2003	
<b>11. Familie und Rechtsordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsfürsorge der Jugendwohlfahrt</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Broschüre „Familienrechtliche Fragen“</li> </ul>	
<b>12. Familie und Gesundheit</b>				
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>				
<b>14. Familie und Medien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugendkino</li> <li>• Spielebox</li> </ul>			

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>15. Familie und Bildung</b> <b>15.1 - Elternbildung/beratung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Elternberatungsstellen</li> <li>• Eltern-Kind-Zentren</li> <li>• Elternschule</li> <li>• Elternrunden</li> <li>• Besuch von KinderpflegerInnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kampagne „Rund um die Geburt“ 2001</li> <li>• Kampagne „Erziehungsfragen sind ganz natürlich“ 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ratgeber-Broschüre</li> </ul>	
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gratulationsschreiben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienbericht 1994</li> </ul>

### 3.3 Leistungen von Organisationen

*Anmerkung zur Erhebungsmethode:* Die nachfolgende Zusammenstellung basiert auf Rückmeldungen der Bundesländer, die als Antwort auf ein an die Verbindungsstelle gerichtetes Schreiben seitens des BMSG einlangten. In einzelnen Fällen wurden diese Rückmeldungen mit Recherchen durch das ÖIF ergänzt.

#### 3.3.1 Freiheitlicher Familienverband

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>		• Enquête „Auch Streiten will gelernt sein“ 1994		
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Spielefest für Eltern und Kinder 1994</li> <li>• Familienfest – Familien-Spielenachmittag 2002</li> <li>• Kindermaskenball 2002/2003</li> </ul>			
<b>3. Familie und Wohnen</b>				
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>				
4.1 - Kinderbetreuung		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête: Hausfrau und Mutter – was dann? 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Berufszufriedenheit von Müttern in Abhängigkeit von verschiedenen Parametern“ 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Telefonumfrage „Familie heute – bedrohter Hafen?“ - Kinderbetreuungsplätze-Selbstbehalt“ 1996</li> <li>• Umfrage in der Steiermark „Kinderscheck von 4 -6“ 2002</li> </ul>
<b>5. Familie und Jugend</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder- und Jugendarbeitschaft</li> <li>• Jugendberatungsstelle</li> </ul>			
<b>6. Familie und Senioren</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsstand Seniorenmesse 2002/2003</li> <li>• Informationstand Seniorengesundheitstag 2003</li> </ul>		

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• 5 Informationsveranstaltungen zum Thema Kinderbetreuungsgeld</li> </ul>	2001/2002	
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familien-formen</b>				
<b>10. Familie unter Belastungen</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Familie und ihr Budget</li> </ul>	1996	
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratungs- und Informations-tag in Linz</li> <li>• Besuchscsafe Wien</li> <li>• Besuchscsafe Burgenland</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 4 Informationsveranstaltungen zum neuen Obsorgegesetz</li> </ul>	1994 2003 2003 2001/2002	
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Moby Dick – Gesundheitsprogramm für übergewichtige Kinder</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsstand am Wiener Kinder gesundheitstag</li> <li>• Veranstaltung: Moby Dick übergewichtige Kinder müssen nicht sein</li> <li>• Jugend und Drogen</li> <li>• Podiumsdiskussion: Joints aus der Trafik in Salzburg</li> </ul>	2001/2002/2003 2003 2001/2002 2002	
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>				
<b>14. Familie und Medien</b>				

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>15. Familie und Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beratungsdienst für Schulfragen und den dazugehörigen Problemen seit 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Enquête „Die überforderte Familie und die neuen Aufgaben der Schule“ 1995</li> <li>Podiumsdiskussion „Kein Abschluss keine Zukunft – Chancen und Perspektiven unserer Jugendlichen ohne abgeschlossene Ausbildung“ 1997</li> <li>Erziehungsmanagementkurse 2003</li> </ul>		
<b>15.1 - Elternbildung/beratung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Elternbildung nach dem Elternbildungsförderungsgesetz seit 1995</li> </ul>			
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Konstituierung Freiheitlicher Familienverband Oberösterreich 1994</li> <li>Konstituierung Freiheitlicher Familienverband Wien 1994</li> <li>Konstituierung Freiheitlicher Familienverband Tirol 1994</li> <li>Konstituierung Freiheitlicher Familienverband Burgenland 2003</li> <li>Beitritt COFACE 1995</li> <li>Beitritt NGO for families 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kinderbetreuungsscheck seit 1994</li> <li>Presseaussendungen, Anfragen und Anträge im Nationalrat durch Obmann Stellvertreterin NR Edith Haller 1999-2002</li> <li>Communalia, Messe, Präsentation des Freiheitlichen Familienverbandes 1995</li> <li>Freiheitliche Familienzeitung – Informationsblatt über freiheitliche Familienpolitik seit 1996</li> <li>Errichtung eines Internetportals 2003</li> <li>Ausarbeitung: Klausur zur familienrelevanten Themen 2001</li> <li>15 Informationstage in allen Bundesländern über die Aktivitäten des FFVÖ 2003</li> <li>Mitarbeit in mehreren Ausschüssen und Komissionen in den Bundesministerien 1994-2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Broschüre „Familie, Gemeinschaft der Generationen“ 2001</li> <li>Broschüre „Familie, Gemeinschaft der Generation - Applikation Oberösterreich“ 2001</li> <li>Broschüre „Kinderbetreuungsgeld... der kleine Leitfaden“ 2002</li> <li>Ausarbeitung: Vergleichende Übersicht über die Leistungen der Bundesländer an Familien 2002</li> </ul>	

### 3.3.2 Katholischer Familienverband und Diözesanverbände

**Abkürzungen:** KFÖ: Katholischer Familienverband Österreichs, DV Wien: Katholischer Familienverband der Erzdiözese Wien, DV NÖ: Familienverband der Diözese St. Pölten, DV OÖ: Katholischer Familienverband Oberösterreichs, DV SzbG: Familienverband ED Salzburg, DV Stmk: Katholischer Familienverband Steiermark, DV Tirol: Katholischer Familienverband Tirol, VFV: Vorarlberger Familienverband, DV Kärnten: Katholischer Familienverband Kärnten, DV Bgld: Katholischer Familienverband der Diözese Eisenstadt

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Bgld: Aktionstage zum Thema „Sexueller Missbrauch in der Familie“ 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Bgld: Falter „Wehr dich“ 1995</li> </ul>	
<b>2. Familie und Lebensraum</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Stmk: Mehrfachnutzung öffentlichen Raums im Rahmen der stmk. Plattform für eine kinderfreundliche Gesellschaft 2003</li> <li>• DV NÖ: AK „Sicherheit in Schulbussen“ 2002-2003</li> <li>• KFÖ: Mitarbeit im AK „Familienfreundliche Gemeinde“ des BMSG seit 2001</li> <li>• DV NÖ: Initiierung der Einführung des Familienstimmrechts bei PGR-Wahlen in der Diözese St. Pölten 1997</li> <li>• DV-NÖ: Beitritt zur Initiative Elternstimmrecht 1997</li> <li>• DV Bgld: Umfrage in den Gemeinden über Familienleistungen, Kindergartenöffnungszeiten, Kosten der Kindergärten etc. 1995</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Enquête: „Sicherheit in Schulbussen“ 2003</li> <li>• DV Burgenland: Symposium: „Familie ist Zukunft“ 2001</li> <li>• KFÖ: Tagung: Ehrenamt – zwischen Idealismus und Sozialkompetenz 1998</li> <li>• DV NÖ: Podiumsdiskussion: „Wählen schon mit 16!“ 1998</li> <li>• DV Tirol: Podiumsdiskussion „Ein Mensch – eine Stimme“ 1997</li> <li>• DV OÖ: Familienstimmrecht in Pfarren auf Betreiben des KFV initiiert 1997</li> <li>• DV Bgld: Studientagung zum Thema „Hier geht es uns gut – geht es unseren Familien wirklich gut?“ 1997</li> <li>• DV NÖ: Podiumsdiskussion „Den Kindern eine Stimme – Wahlrecht für Kinder und Jugendliche“ 1996</li> <li>• DV OÖ: Diskussionsforum „Die Zukunft der Familie – die Zukunft Österreichs“ 1995</li> <li>• DV NÖ: Familienenquete 1994</li> <li>• DV Wien: Überarbeitung der Hausordnungen auf Familienfreundlichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Broschüre „Zukunft Familie – Ein Leitfaden für die familienpolitische Arbeit im Burgenland“ 2001</li> <li>• KFÖ: Tagungs-Broschüre „Ehrenamt“ 1998</li> <li>• KFÖ: Broschüre „Ein Europa der Familien. Wert der Familie im europäischen Raum“ 1994</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>3. Familie und Wohnen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>VFV: Mitarbeit in der Arbeitsgruppe des Landes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>DV Stmk: Fachtagung: Kindgerechtes Wohnen im Rahmen der stmk. Plattform für eine kinderfreundliche Gesellschaft 2003</li> <li>DV Tirol Symposium „Was tun gegen die Wohnungsnot“ 1994</li> </ul>		
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>KFÖ: Beitritt zur Allianz für den arbeitsfreien Sonntag</li> <li>DV Tirol: Beitritt zur Allianz zum arbeitsfreien Sonntag</li> <li>VFV: Arbeitsgruppe „Kirche und Welt – Allianz für den Arbeitsfreien Sonntag“: diverse Initiativen und Lobbyarbeit</li> </ul>	<p>2002</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>KFÖ: Erfolgreiches Lobbying gegen neues Ladenöffnungszeiten-Gesetz 2003</li> <li>DV NÖ: Aktionstag gegen Erweiterung der Ladenöffnungszeiten 2003</li> <li>DV OÖ: Symposium „Erfolgreich im Beruf – erfolgreich als Vater“ 2003</li> <li>DV OÖ: Mitarbeit beim Audit Familie und Beruf, Pastoralamt der Diözese Linz 2003</li> <li>DV Tirol: Aktionswochenende und Impulkarten zum arbeitsfreien Sonntag 2000-2003</li> <li>KFÖ: Aktionstage zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Podiumsdiskussionen 2001/2002</li> <li>DV Stmk: Enquete: Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Familie ist ein Gewinn 2001</li> <li>DV Bgld.: Podiumsdiskussion „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ 2001</li> <li>VFV: Enquete: Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Alten Landtagssaal 2001</li> </ul> <p>1998</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>DV Tirol: Arbeitsmappen zum arbeitsfreien Sonntag 2003</li> <li>DV OÖ: Dokumentation des Symposiums „Erfolgreich im Beruf – erfolgreich als Vater“ 2003</li> <li>KFÖ: Broschüre: „Familie und Arbeitswelt“ 2002</li> <li>KFÖ: Broschüre: Familie und Beruf - Leitfaden für den Wiedereinstieg 2000</li> <li>KFÖ: Broschüre „Arbeit und Familie – ein (un)lösbarer Konflikt?“ 1998</li> <li>DV Tirol: Broschüre: Zeit gewinnen im Haushalt 2001</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
4.1 - Kinderbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Omadienst und Tagesmüttervermittlung, Babysitterdienst „Frau Holle“</li> <li>• DV Wien: 50 Jahre Omadienst 2003</li> <li>• Omadienstgründung im DV Burgenland und DV Niederösterreich 2002</li> <li>• DV OÖ: Oma-Dienst wird ausgebaut: Filialen werden außerhalb des Zentralraumes gegründet 2002</li> <li>• DV Stmk: Oma-Opa-Dienst seit 1998</li> <li>• DV OÖ: Gründung des Projektes OMA-Dienst 1997</li> <li>• DV Tirol: Verein Aktion Tagesmütter bildet Tagesmütter aus und vermittelt sie seit 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: Podiumsdiskussion „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ 2001</li> <li>• DV OÖ: Podiumsdiskussion „Moderne Wirtschaft – aber bitte ohne Mütter“ 2001</li> <li>• KFÖ: Freecard-Aktion für den arbeitsfreien Sonntag 2000</li> <li>• KFÖ: Kampagne: 101 Argumente für den arbeitsfreien Sonntag 2000</li> <li>• KFÖ: Enquête „Arbeit und Familie – ein (un-)lösbarer Konflikt?“ 1998</li> <li>• KFÖ: Einführung der Dachmarke „himmlischblau“ für die Kinderbetreuungsangebote des Katholischen Familienverbandes 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Bgld: Enquête zur Novellierung des Kindergartengesetzes 2002</li> </ul>	
5. Familie und Jugend	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Beitritt und Mitarbeit bei der Plattform „Kinderstimmrecht“ 2003</li> <li>• DV Stmk: Projekt Traumfamilie 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: Präsentation der Österr. Jugendwertestudie 1990-2000 2002</li> <li>• DV Bgld: Stellungnahmen zum neuen Jugendschutzgesetz 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Bgld: Information durch Falter und Homepage über das neue Jugendschutzgesetz 2002</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>6. Familie und Senioren</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV OÖ: Wohlfühlwoche für Senioren</li> <li>• DV Salzburg: Informationsdienst zum Tag der älteren Menschen</li> <li>• Urlaub von der Pflege zur Entlastung pflegender Angehöriger</li> <li>• DV Kärnten: „Nein zum Alleinsein“</li> <li>• KFÖ: Erfolgreiches Lobbying für Familienhospizkarenz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: Vortrag Prof. Runggaldier: „Familie und Alter“</li> <li>• DV Tirol: Vorträge mit Altersheimleitern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Broschüre: Die jungen Altern ... Familie und Senioren</li> </ul>	
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Erfolgreiches Lobbying bei der Pensionsreform</li> <li>• KFÖ: Erfolgreiches Lobbying bei der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes</li> <li>• KFÖ: Mitarbeit bei der Expertengruppe des BMSG „Soziale Treffsicherheit“</li> <li>• DV Bgld: Lobbying für familienfreundliche Stromtarife mit dem Ergebnis eines Geburtenbonus von ATS 1000,-- pro Geburt bei der Bewag</li> <li>• DV Tirol: Heimfahrtbeihilfe: Unterstützung durch das Land Tirol erreicht</li> <li>• VFV: Konzept „Steuerfreies Existenzminimum“ für Kinder und nicht außerhäuslich erwerbstätigen Ehepartner</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: „Betreuungsscheck – Chance oder Falle?“</li> <li>• DV NÖ: Forderungskatalog zu den NÖ Landtagswahlen</li> <li>• DV NÖ: Referat: Familien fördern, nicht überfordern</li> <li>• KFÖ: Roundtablegespräch zum Kinderbetreuungsgeld</li> <li>• DV NÖ: Referat: Kindergeld – Falle oder Meilenstein</li> <li>• DV NÖ : Podiumsdiskussion: „Wird die Familie ausgetrickst?“</li> <li>• KFÖ: Podiumsdiskussion „Steuerfreies Existenzminimum“</li> <li>• KFÖ: Enquête „Familie – (k)ein Wert“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Informationsfolder zum Kinderbetreuungsgeld</li> <li>• KFÖ: Broschüre „Familie – (k)ein Wert?“</li> <li>• DV Bgld: Falter Familienförderung im Burgenland</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Mitträgerschaft Studie „Familienbesteuerung im internationalen Vergleich“</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steuerarbeitskreise im Dachverband und in den Landesverbänden sowie diverse Veranstaltungen für ein familiengerechtes Steuersystem</li> <li>• DV Stmk: Bewusstseinsbildung für den Wert der Familienarbeit – pol. Lobbying gegen die Benachteiligung von Alleinverdiennern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Öffentliche Kundgebungen gegen das Sparpaket II 1996</li> <li>• KFÖ: Unterschriftenaktion zur Wiedereinführung der Heimfahrtbeihilfe 1996</li> <li>• KFÖ: Protestmaßnahmen und Informationsabende zum Sparpaket I 1995</li> <li>• DV NÖ: Aufruf zur Nationalratswahl: „Familien brauchen eine gesicherte Existenz“ 1995</li> </ul>		
8. Familie und Behinderung  ↑03	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Richtlinien zur Leistungsbeurteilung von Kindern mit Lese- und Rechtschreibschwäche 2001</li> <li>• DV Bgld: Einführung einer Hotline für Kinder mit Teilleistungsschwächen 2000</li> <li>• DV Bgld: Gründung des Landesverbandes Legasthenie 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV OÖ: Enquête „Legasthenie wahrnehmen, verstehen, behandeln“ 2001</li> <li>• VFV: Enquête Teilleistungsschwäche 2000</li> <li>• KFÖ: Enquête „Teilleistungsschwäche“ 1999</li> <li>• DV NÖ: Infoveranstaltungen über Teilleistungsschwächen seit 1999</li> <li>• DV Bgld: Leistungsbeurteilung bei Legasthenie 1999</li> <li>• DV OÖ: Seminar Eltern behinderter Kinder seit 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Broschüre „Bin ich wirklich so dumm?“ 1999</li> </ul>	
9. Familie und Familienformen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Erholungswoche für Alleinerzieherinnen seit 2002</li> <li>• VFV in Zusammenarbeit mit EFZ: Familienurlaub in Arbogast seit 2000</li> <li>• DV NÖ: Familienurlaube in Wagrain und Altenburg</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: Vortrag „Kindern Mut machen“ 2002</li> <li>• DV NÖ: Vortrag mit Prof. Zangerle: „Kids im Zeitgeist – glückliche Kinder?“ 2000</li> <li>• DV NÖ: Podiumsdiskussion: „Familie &amp; Co – noch immer o.k.?“ 1999</li> <li>• DV OÖ: BildungsVA „Wertewandel – Werteklärung“ - was sind zukünftige Werte 1999</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Wien: Eheguide Beziehungsführer 2003</li> <li>• DV Bgld: „Damit Ehe gelingt“ Falter für Brautpaare 1996</li> <li>• KFÖ: Broschüre: Die Aussagen des Österreichischen Episkopats zu Ehe und Familie 1996</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>10. Familie unter Belastungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Gewährung von Zuschüssen für Familienurlaube</li> <li>• KFÖ: Durchführung von Familienurlauben</li> <li>• DV OÖ: Gewährung von Zuschüssen für Familienurlaube</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: Seminarreihe: „Sekten - Bedrohung oder Herausforderung?“</li> <li>• DV OÖ: OÖ Armutsmarsch von Achleiten nach Kremsmünster</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Broschüre Geldsparen im Haushalt</li> </ul>	1998
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Stellungnahmen zu familienrelevanten Gesetzesentwürfen und Verordnungen</li> <li>• DV Tirol: Beitritt zur Initiative Elternstimmrecht.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Stmk: Diskussion: „Mein Wunsch zählt! Die Rechte und Pflichten von Kindern und Eltern“</li> <li>• DV Stmk: Vortrag- und Diskussion zum „Neuen steiermärkischen Jugendschutzgesetz“</li> <li>• DV Tirol: Podiumsdiskussion: Ein Mensch – eine Stimme</li> <li>• DV Bgld: Initiative zum Familienstimmrecht bei den Pfarrgemeinderatswahlen</li> </ul>		2002 1998 1997 1996
<b>12. Familie und Gesundheit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Osterskiwoche am Großvenediger</li> <li>• DV Tirol: „Aktion Verzicht“ in der Fastenzeit</li> <li>• DV NÖ: Ausbildung von Ansprechpartnern in der Suchtvorbeugung</li> <li>• DV Tirol: Projektwoche „Familie und Sucht“</li> <li>• DV OÖ: Familienerholung in Lignano, Italien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Erfolgreiches Lobbying gegen Ambulanzzgebühr für Kinder</li> <li>• DV Tirol: Informationskampagne zum Thema „Aktion Verzicht“ für Multiplikatoren</li> <li>• KFÖ: Enquête: „Familie und Sucht“</li> <li>• DV Bgld: Forderung einer Spitalsgeldversicherung beim Familienpass</li> <li>• DV Stmk: Umfassender Schutz des Lebens: „Ja zum Kind schwer gemacht“ (Vortrag, Diskussion und Öffentlichkeitsarbeit für Begleitmaßnahmen zur Fristenregelung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Informationsbroschüren und Falter zur Aktion Verzicht für unterschiedliche Zielgruppen</li> <li>• KFÖ: Broschüre: Kinder stark machen – Erziehung zum suchtfreien Leben.</li> <li>• DV Tirol: Informationsfalter mit praktischen Anregungen zum Thema Sucht</li> </ul>	seit 2003 seit 2001 1999-2001 1997 1997-2001 2001 seit 2001 2000 1998 1997 seit 2001 2000 1997

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Familienerholungswochen in St Georgen</li> <li>• KFÖ: Februar-Skiwoche am Großvenediger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV NÖ: Podiumsdiskussion „Drogen-, Sekten- und Suchtprävention“ 1997</li> <li>• DV Tirol: Seminarreihe mit Suchtpräventionsstelle 1997</li> <li>• DV Kärnten: Veranstaltungsreihe Gesunde Familie seit 1997</li> </ul>		
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV OÖ: Arbeitsgruppe „Väter – Schwerpunkt“ 2002-2003</li> <li>• DV Tirol: Spielstraßenverleih 1996-1999</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Vortrags- und Seminarreihe zum Thema: Kindern Mut machen 2004</li> <li>• DV Tirol: Tiroler Familientage 2001</li> <li>• DV Bgld: Einführung der Woche der Familien seit 2001</li> <li>• DV Bgld: Aktionstage zum Thema „Dialog in der Familie“ 2000</li> <li>• DV Kärnten: Testimonial-Kampagne zum Thema Familie 2000</li> <li>• DV Tirol: Tiroler Familientage 1999</li> <li>• DV Bgld.: Forumsdiskussion mit politischen Mandataren zum Thema „Familie“ 1995</li> <li>• KFÖ: Enquete: Familie gesellschaftsfähig? – Gesellschaft familienfähig 1994</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Impulskarten zum Projekt: Kommunikation in Partnerschaft und Familie 2003</li> <li>• DV Tirol: Fensterbild zum Weihnachtsevangelium 2002</li> <li>• DV Tirol: Kindergebetbuch 2001</li> <li>• DV Bgld.: Broschüre: „Dialog in den Familien“ 2000</li> <li>• DV Tirol: Broschüre und Ausschneidebogen zur Hl. Notburga 1999</li> <li>• DV Tirol: Kreativfalter mit Elementen zur Stärkung der Elternrolle 1999</li> <li>• DV Tirol: Wegbegleiter durch das Kirchenjahr 1997</li> <li>• DV Bgld: Familienpolitische Leitlinien für das Burgenland 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Bgld: Umfrage zum Thema: „Partnerschaft und Familie“ 2000/01</li> <li>• DV Bgld: Präsentation der Studie: „Gleichheit – Verschiedenheit“ 1995</li> </ul>
<b>14. Familie und Medien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Mitglied in der Hörer- und Sehervertretung des ORF</li> <li>• DV Tirol: Projektwoche „Familie im Bild“</li> <li>• DV Tirol: Projektwoche „Fernsehfreie Woche“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Veranstaltungsreihe zum Thema Familie und Fernsehen 2000</li> <li>• DV Bgld: Vortragsserie: Umgang mit Medien seit 2000</li> <li>• DV OÖ: Projekt Babuschka, Märchenerzählen in der Familie 1998-2002</li> <li>• KFÖ: Enquete: Leben lernen mit dem Internet 1997</li> <li>• DV Salzburg: Medienpädagogische Workshops in Volksschulen und Kindergärten seit 1997</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Informations- und Übungsfalter zum Thema Medien 2000</li> <li>• KFÖ: Broschüre: Mit der Welt auf Du und Du ... Leben lernen mit dem Internet 1997</li> <li>• DV Tirol: Informationsfalter zum TV-Konsum 1996</li> <li>• KFÖ: Broschüre: Medien – Raume für Träume? 1994</li> </ul>	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Tirol: Vortragsreihe mit Landesbildstelle zum Thema Fernsehen 1996</li> <li>• KFÖ: Enquete „Familienleben mit Medien?“ 1995</li> </ul>		
<b>15. Familie und Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Beitritt und Mitarbeit im „Ring der Bildungswerke“ 2002</li> <li>• KFÖ: Mitglied im Elternbeirat des Bildungsministeriums</li> <li>• DV Tirol: 3-5 offene Familienseminare/Jahr 1994-1999</li> <li>• Bildungsangebot in Modulen seit 2001</li> <li>• Elternbildungsseminare in den Diözesanverbänden Wien, NÖ, Burgenland, OÖ, Salzburg, Tirol seit 2000</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV OÖ in Kooperation mit Ärztekammer: 2 Vorträge „Kindern Mut machen“ und „Life Balance“ 2003</li> <li>• KFÖ: Erfolgreiches Lobbying für die Wiedereinführung der Heimfahrtbeihilfe 2002</li> <li>• KFÖ: Enquete „Gerade noch Genügend – Transparenz bei der Notengebung“ 2002</li> <li>• KFÖ: Teilnahme an der Bildungsmesse „Interpädagogica“ 2002</li> <li>• KFÖ: Enquete „Kindern Mut machen“ 2001</li> <li>• KFÖ: Unterschriftenaktion gegen Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen 2001</li> <li>• DV Salzburg: Sexual-pädagogische Workshops für 9- bis 12-jährige Mädchen seit 2001</li> <li>• DV Bgld: Kindern grenzen setzen 2000</li> <li>• DV NÖ: Podiumsdiskussion: „Schulzeugnisse – was sind sie wert?“ 1998</li> <li>• DV OÖ: Ausstellung „Erziehung unterm Hakenkreuz“ 1994</li> <li>• KFÖ: Enquete: „Elternbildung und Medien“ 2001</li> <li>• DV Tirol: Projekt „Kommunikation in Partnerschaft und Familie“ 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Broschüre „Kindern Mut machen“ 2001</li> <li>• KFÖ: Infomappe für Eltern von Schulanfängern seit 2001</li> <li>• KFÖ: Schulhandbuch für Elternvertreter</li> <li>• KFÖ: Schulanfangszeitung für Elternvertreter</li> <li>• DV Wien: Blütenlese</li> </ul>	
15.1 - Elternbildung/beratung				

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
107	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Stmk: Steirische Familienakademie 2002</li> <li>• DV Wien: Mütterseminare und Elternakademie</li> <li>• DV NÖ: Elternbildungsseminare „Kindern Mut zum Leben machen“ seit 2003</li> <li>• DV Tirol: Projekt „Kommunikation in Partnerschaft und Familie“ 2003</li> <li>• DV OÖ: Eltern- und Partnerbildungsangebote in den Regionen OÖ seit 2002</li> <li>• DV Bgld: Gründung der Vernetzten Elternbildung 1999</li> <li>• DV Bgld: Vorträge in den Pfarren zu familienrelevanten Themen seit 1995</li> <li>• DV Bgld: Schulungen für Elternvertreter seit 1996</li> </ul>			
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Übernahme des Vorsitzes bei der Föderation der Katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE) 2003</li> <li>• KFÖ: Zeichen und Malwettbewerb für Kinder 2003</li> <li>• DV OÖ: Familienpolitisches Forderungsprogramm 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Bgld: Vortragsserie in allen Bezirken mit dem Thema Bäuerinnen leben Familie und Nachbarschaft 2003</li> <li>• KFÖ: Einführung der Dachmarke „sonnengelb“ für die Urlaubsangebote des Familienverbandes und seiner Diözesanverbände 2001</li> <li>• DV Bgld: Durchführung einer Familienwoche in Kooperation mit der Allianz für die Familien mit den Schwerpunkten: 2001: Familie Leben 2002: Familie und Armut 2003: Familie Zeit die zählt 2004: Kindern Mut machen - Eltern stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Festschrift: „50 Jahre Katholischer Familienverband“ 2003</li> <li>• KFÖ: Monatlicher Newsletter seit 2002</li> <li>• KFÖ: Urlaubs Broschüre „sonnengelb“ seit 2003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitarbeit am Projekt Sozialwort der 14 christlichen Kirchen Österreichs 2000-2003</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
→ 80	<ul style="list-style-type: none"> <li>• KFÖ: Familienpolitisches Forderungsprogramm 2002</li> <li>• DV Bgld: Gründung der Allianz für die Familie 2001</li> <li>• KFÖ: Familienpolitisches Forderungsprogramm 1999</li> <li>• VFV: Ausstellung mit Zeichnungen und Texten von Kindern: „Was gefällt mir an meiner Mama, was gefällt mir an meinem Papa“ im Landhaus 1997</li> <li>• DV OÖ: Familienpolitisches Forderungsprogramm 1997</li> <li>• KFÖ: Familienpolitisches Forderungsprogramm 1995</li> <li>• VFV: Politischer Forderungskatalog anlässlich der 40-Jahr-Feier 1994</li> <li>• KFÖ: Mitglied im familienpolitischen Beirat des Bundes</li> <li>• Landesverbände: Mitglied im familienpolitischen Beirat der Länder</li> <li>• DV Tirol: Zahlreiche Serviceangebote für 930 ehrenamtliche Mitarbeiter in 199 Gemeinden Tirols</li> <li>• DV Wien: Mitglied im Kollegium des Wiener Stadtschulrates und Familienforum der Stadt Wien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV OÖ: Aus Fehlern lernen 2001</li> <li>• KFÖ: Podiumsdiskussion „Familienpolitische Schwerpunkte“ 1999</li> <li>• DV OÖ: „Familie ist mehr“, Familienfest 1994</li> <li>• DV OÖ: „Kommen brave Kinder gut durchs Leben“ 1999</li> <li>• DV Bgld: Schulung von Mitarbeitern in den Pfarren in Bezug auf Familienarbeit seit 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• DV Wien: Gastroführer „Kinder willkommen“ 2003</li> <li>• DV Bgld: Herausgabe eines Startpaketes für neue Mitarbeiter in den Pfarren 2002</li> <li>• DV Bgld: Neugestaltung der Homepage mit familienrelevanten Informationen 2002</li> <li>• DV Bgld: Herausgabe einer Sondernummer ehe+familien anlässlich der 1. Familienwoche 2001</li> <li>• KFÖ: Einrichtung der Homepage: <a href="http://www.familie.at">www.familie.at</a> 1997</li> <li>• KFÖ: Broschüre: 40 Jahre Katholischer Familienverband Österreichs 1994</li> <li>• KFÖ: Mitgliederzeitung „ehe und familien“</li> <li>• DV Tirol: Kinderführer durch den Alpenzoo 2004</li> <li>• DV Tirol: Familienkochbuch 2004</li> </ul>	

### 3.3.3 Kinderfreunde Österreichs

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>Tu was gegen Gewalt. Leitfaden zum couragierten Handeln</li> </ul>	1994
<b>2. Familie und Lebensraum</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>„Wenn ich BürgermeisterIn wäre...“ – eine Anleitung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Gemeinden</li> </ul>	2001
<b>3. Familie und Wohnen</b>				
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Fachtagung: Wer hat an der Uhr gedreht? (Vereinbarkeit von Familie und Beruf)</li> <li>Fachtagung: Beruf und Familie – die Quadratur des Kreises?</li> <li>Fachtagung: Halbe-Halbe für alle - eine win-win-Situation für Frauen und Männer</li> <li>Fachtagung: Expertenrunde Väterförderung</li> </ul>	1997 1999 2000 2003	
<b>4.1 - Kinderbetreuung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Experten-Plattform zur Qualitäts-sicherung in der Kinderbetreuung</li> <li>175 Betreuungsgruppen für 1- bis 3-jährige Kinder</li> <li>300 Betreuungsgruppen für 3- bis 6-jährige Kinder</li> <li>110 Betreuungsgruppen in Betriebskindergärten</li> <li>205 Nachmittags Betreuungsgruppen</li> </ul>	seit 1996		<ul style="list-style-type: none"> <li>Wissenschaftliche Qualitätsuntersuchung der Wr. Kinderfreunde nach Kindergarten-Einschätz-Skala (KES)</li> </ul>
<b>5. Familie und Jugend</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Tagung: „Hipp! Cool! Stark! Wie zeitgemäß sind unsere Kindergruppen?“</li> </ul>	2003	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte		
<b>6. Familie und Senioren</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Fachtagung: Generationendialog – gegenseitige Verantwortung</li> </ul>	1999			
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Lobbying gegen Sparpakete</li> <li>Lobbying für ‚kleine Familiensteuerreform‘</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fachtagung Sterntaler und Aschenbrödel (Kinderarmut)</li> <li>Fachtagung: Grundabsicherung für Kinder</li> </ul>	1996 1999	<ul style="list-style-type: none"> <li>1 Jahr Kinderbetreuungsgeld in Kärnten. Eine Elternbefragung. 2001</li> </ul>		
<b>8. Familie und Behinderung</b>						
<b>9. Familie und Familien-formen</b>						
<b>10. Familie unter Belastungen</b>						
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Lobbying/Zusammenarbeit mit National Coalition für nationalen Aktionsplan zur Umsetzung Kinderrechte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fight for your rights</li> <li>First Children's World Conference</li> <li>Childrens World Camp</li> <li>Österreichischer Kinderrechtepreis</li> <li>Kidsparade (größte Kinderrechtedemonstration Europas)</li> <li>Aktion ‚99 Luftballons für mehr Kinderrechte‘</li> </ul>	1999 2000 2000 seit 2002	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kinder haben Rechte. Übersetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in kindgerechte Sprache von Reinhardt Jung</li> </ul>	1994	
<b>12. Familie und Gesundheit</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>Jugend und Alkohol. Projekt ALK?UP2U!</li> <li>Genuss statt Sucht. Infos zum Thema Suchtprävention</li> </ul>	2001 2002	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kinder und Alkohol. Bericht einer österreichischen Studie</li> </ul>	2001
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Jahresauftaktveranstaltung: Neue Rechte - alte Ideen</li> <li>Jahresauftaktveranstaltung: Auf dem Weg in die kinderlose Gesellschaft</li> </ul>	1995 2000	<ul style="list-style-type: none"> <li>Auf dem Weg in die kinderlose Gesellschaft</li> </ul>	2000	

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachtagung: Rechtsextremismus: Gestern – heute – morgen 1995</li> <li>• Fachtagung: Männer machen Männer. Aufbruch in die Geschlechterdemokratie 2001</li> </ul>		
<b>14. Familie und Medien</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jahresauftaktveranstaltung: Die neue Multimediaterrasse zum angreifen und ausprobieren 1999</li> <li>• Fachtagung: Cyberspace im Kinderzimmer? - Internationaler Arbeitskreis „Jugend und Medien“ 1996</li> <li>• Fachtagung: Jugendmedienschutz – Meinungsfreiheit und Schutz der Menschenwürde 1998</li> <li>• Fachtagung: Auf dem Weg in eine faire Informationsgesellschaft 1998</li> <li>• Fachtagung: Bildungschancen durch neue Medien 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Multimedia-Kids. Kinder auf dem Weg ins digitale Zeitalter 1999</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• TV-Kids 95. Fernsehgewohnheiten der 6-15jährigen 1995</li> </ul>
<b>15. Familie und Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lobbying für Demokratisierung des Schulwesens</li> <li>• Lobbying gegen Sparmaßnahmen im Bildungswesen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachtagung: Bildungschancen sind Lebenschancen 1999</li> <li>• Fachtagung: Goldmarie und Pechmarie (Soziale Hintergrund von Bildungskarrieren) 2000</li> <li>• Fachtagung: Übergang Kindergarten – Schule 2002</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Handbuch zur Elternbildung 1996</li> <li>• Die 11-15-jährigen. Tipps für den richtigen Umgang mit Kids 1997</li> </ul>	
<b>15.1 - Elternbildung/beratung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienakademie</li> </ul>			
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jahresauftaktveranstaltung: Lebenswelt Familie - ein Mythos? 1994</li> <li>• Jahresauftaktveranstaltung: Erziehung in der Krise? 1996</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Heute die Welt von Morgen träumen. Gedanken interessanter Menschen für Kinder im Land und in der Welt. 1994</li> <li>• Ein neuer Anfang für eine neue Zeit 1998</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ängste, Sorgen, Perspektiven der Kinder 2003 2003</li> </ul>

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jahresauftaktveranstaltung: Die Kinderfreunde im Spannungsfeld zwischen pädagogischer Arbeit und politischer Bewegung</li> <li>• Jahresauftaktveranstaltung: Die politisch-pädagogische Neupositionierung der Kinderfreunde</li> </ul>	<p style="text-align: center;">1997</p> <p style="text-align: center;">2001</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lernort Kinderfreunde. Modernisierungsprozesse in einem Kinder- und Jugendverband</li> <li>• Visionäre des Herzens. 90 Jahre Österreichische Kinderfreunde im Jahrhundert des Kindes</li> </ul>	<p style="text-align: center;">1998</p> <p style="text-align: center;">1999</p>	

### 3.3.4 Österreichischer Familienbund

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>1. Familie und Gewalt</b>				
<b>2. Familie und Lebensraum</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familien eine Stimme geben“</li> <li>• Pressekonferenz „Trendwende in der Familienpolitik“</li> </ul>		
<b>3. Familie und Wohnen</b>				
<b>4. Familie und Arbeitswelt</b> 4.1 - Kinderbetreuung		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressekonferenz „Wo endet die institutionelle Kinderbetreuung?“</li> </ul>		
<b>5. Familie und Jugend</b>				
<b>6. Familie und Senioren</b>				
<b>7. Familie und Leistungs-ausgleich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Familien-Volksbegehren“ für Einführung des KBG</li> </ul>	1999	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Steuerentlastung für die Familien“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pressekonferenzen/Kampagnen zum „Familien-Volksbegehren“</li> <li>• Mitträgerschaft Studie „Familienbesteuerung im internationalen Vergleich“</li> </ul>
<b>8. Familie und Behinderung</b>				
<b>9. Familie und Familien-formen</b>				

Thematischer Bereich	Leistungen	Bewusstseinsbildende Maßnahmen Veranstaltungen	Publikationen	Forschungsprojekte
<b>10. Familie unter Belastungen</b>		• Enquête „Zuwanderung und/oder Familienpolitik?“		
<b>11. Familie und Rechts-ordnung</b>				
<b>12. Familie und Gesundheit</b>				
<b>13. Familie und Gesellschaft</b>		• Zeichen- und Malwettbewerb „Was kann ich in meiner Freizeit für andere tun?“		
<b>14. Familie und Medien</b>		• Enquête „Kinderpornographie im Internet – was tun?“		
<b>15. Familie und Bildung</b>  15.1 - Eternbildung/beratung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familienberatungsstellen</li> <li>• Eltern-Kind-Zentren</li> <li>• Verein „Family Business“/ kinderbetreuung.at</li> </ul>			
<b>Bereichsübergreifend/Nicht zuordenbar</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Enquête „Familie – keine Zielgruppe für den Tourismus?“</li> <li>• Div. Aufrufe anlässlich Internationalem Tag der Familie</li> <li>• Familienfeste</li> </ul>		

**4****Anhang****4.1 Tabellen, Grafiken und Übersichten**

Tabelle 5: FLAF-Ausgaben 1994-2003 (in Mio. ATS)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (BVA)
Familienbeihilfe	38034,8	33788,0	32624,1	31682,7	31726,0	34621,2	37304,7	37403,4	37680,8	39457,7
Geburtenbeihilfe	1330,3	1283,8	1476,0	393,9	97,2	130,2	118,1	117,8	---	---
KBG	---	---	---	---	---	---	---	---	12061,4	15031,7
Schulfahrtbeihilfen	415,2	364,9	41,8	25,9	25,9	28,7	28,9	28,1	28,2	398,6
Schülerfreifahrten	4378,9	4486,4	4355,5	4009,0	3747,5	3870,6	3895,6	3956,6	4207,7	4081,8
Schulbücher	1182,8	1184,3	1203,0	1200,0	1206,0	1305,6	1268,1	1235,5	1308,1	1322,8
Lehrlingsfreifahrten	255,6	178,8	184,0	183,2	190,3	192,7	212,2	201,3	219,1	216,7
Härteausgleich	25,0	13,2	11,5	14,6	15,0	15,8	10,4	14,1	15,4	54,8
Familienberatung	100,0	99,7	99,7	101,2	109,7	109,9	125,1	139,9	149,7	150,0
Sonstige fam.-pol. Maßnahmen	11898,3	14317,2	14550,6	14603,0	13490,6	11258,4	14937,5	17715,7	6060,9	5626,4
Rückzahlungen/ Überweisungen	---	---	---	2606,1	5868,1	6242,4	1439,6	852,9	457,4	---
Summe	57620,9	55716,3	54546,3	54819,5	56476,2	57775,8	59340,0	61665,3	62188,8	66340,4

Quelle: BMF (div. Jahrgänge)

Tabelle 6: FLAF-Ausgaben 1994-2003 (in %)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (BVA)
Familienbeihilfe	66,0	60,6	59,8	57,8	56,2	59,9	62,9	60,7	60,6	59,5
Geburtenbeihilfe	2,3	2,3	2,7	0,7	0,2	0,2	0,2	0,2	---	---
KBG	---	---	---	---	---	---	---	---	19,4	22,7
Schulfahrtbeihilfen	0,7	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Schülerfreifahrten	7,6	8,1	8,0	7,3	6,6	6,7	6,6	6,4	6,8	6,2
Schulbücher	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	2,3	2,1	2,0	2,1	2,0
Lehrlingsfreifahrten	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,3
Härteausgleich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Familienberatung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige fam.-pol. Maßnahmen	20,6	25,7	26,7	26,6	23,9	19,5	25,2	28,7	9,7	8,5
Rückzahlungen/ Überweisungen	---	---	---	4,8	10,4	10,8	2,4	1,4	0,7	---
Summe	57620,9	55716,3	54546,3	54819,5	56476,2	57775,8	59340,0	61665,3	62188,8	66340,4

Quelle: BMF (div. Jahrgänge)

Legende: 0,0 entspricht Anteilen &lt; 0,05%

Tabelle 7: „Sonstige familienpolitische Maßnahmen“ 1994-2003 (in Mio. EUR)

		1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (BVA)
Förderungen	Audit Familiend Beruf	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,2
	Vereinbarkeit Familie und Beruf	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0
	Elternbildung	---	---	---	---	---	---	0,7	0,7	0,8	1,1
	Mediation	---	---	---	---	---	---	0,4	0,0	0,1	0,4
	Eltern- und Kinderbegleitung	---	---	---	---	---	---	0,3	0,3	0,5	0,4
	Österreichisches Institut für Familienforschung	---	---	---	---	---	---	---	0,5	0,5	0,4
	Forschungsförderung gem§ 39i FLAG 1967	---	---	---	---	---	---	---	0,2	0,2	0,3
Sonst. Maßnahmen	Überweisung an das BMW Überweisungen das BMG (Mutter-Kind-Pass) (gP)	36,4	39,5	38,3	27,7	34,0	30,6	25,3	29,1	29,2	30,6
	Überweisungen das BMF (Verwaltungsaufwand) (gP)	---	---	---	---	---	---	---	21,8	21,8	20,0
	Beitrag z. Karenzurlaubsgeld (incl.Krankenvers.) (gP)	403,1	591,0	586,4	571,4	523,3	408,4	350,1	342,8	---	0,0
	Teilzeitbeihilfe (incl. Krankenvers.) gem. § 39(3) FLAG 1967 (gP)	1,7	1,9	1,9	2,0	2,1	2,3	3,3	4,5	---	0,0
	Wiedereinstellungsbeihilfe (gP)	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7	1,5	1,2	1,2	1,1	0,0
	Beiträge zur Schülerunfallversicherung	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
	Pensionsbeiträge aufgrund eines Wahl od. Pflegekindes	---	---	---	---	0,3	0,7	0,7	0,7	0,5	0,8
	Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld	151,9	150,0	177,5	211,1	194,3	199,0	202,6	219,6	218,5	225,1
	Kosten der Betriebshilfe (Teilersatz)	4,0	3,2	3,5	4,0	4,3	5,5	5,1	4,8	5,1	5,7
	Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld	182,5	168,3	159,7	150,2	123,3	73,4	77,4	87,8	9,4	0,0
	Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten	5,8	5,7	6,1	6,5	6,6	6,6	7,1	7,1	7,3	7,3
	Teilzeitbeihilfenersatz gem. § 39a (4) FLAG1967	17,8	13,9	12,5	12,0	11,3	7,0	7,1	7,0	-0,7	0,0
	Überweisung an den Ausgleichsfonds der PV-Träger	---	---	---	---	---	---	316,3	465,1	33,4	0,0
	Beitrag In-vitro-Fertilisation	---	---	---	---	---	---	2,3	4,1	4,5	5,0
Aufwendungen	Leistungen der Post	---	---	---	---	---	---	---	0,3	---	---
	Druckkosten	---	---	---	---	---	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2
	Entgelte an Einzelpersonen	---	---	---	---	---	---	0,0	0,1	0,1	0,1
	Entgelte an Unternehmungen und jur. Personen	---	---	---	---	---	---	0,0	1,7	1,2	1,9
Vorschüsse	Unterhaltsvorschüsse	56,5	61,9	66,7	71,5	75,7	78,8	81,4	83,7	88,0	90,5
	Summe	864,7	1040,5	1057,4	1061,2	980,4	818,2	1085,6	1287,4	440,5	408,9

Quelle: BMF (div. Jahrgänge)

Legende: 0,0 entspricht Werten &lt; 0,05 Mio. EUR

Tabelle 8: FLAF-Einnahmen 1994-2003 (in Mio. EUR)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (BVA)
Dienstgeberbeiträge	2668,3	2738,7	2782,6	2853,4	2944,7	3035,6	3140,1	3262,2	3333,1	3393,1
Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbst- trägern)	---	---	---	---	---	---	---	2,7	2,6	2,3
Anteil ESt/KöSt	303,2	331,3	360,4	371,3	397,9	399,4	404,8	448,6	414,3	413,3
Abgeltung von Ansätzen für	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4	690,4
Beiträge von land- u. forstwirtschaftlichen Betrieben	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,3	6,4	6,4
Beiträge der Länder	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,	7 10,7	11,1
Transferzahlungen von privaten Haushalten	---	22,1	21,7	21,5	21,6	22,9	22,9	22,5	23,4	23,4
Ersatz Heimfahrtbei- hilfe für Lehrlinge	---	---	---	---	---	---	---	---	---	12,0
Härteausgleich	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Familienberatungs- stellen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0
Unterhaltsvorschüsse	26,8	27,7	29,9	30,2	32,6	33,3	37,2	38,0	38,6	39,4
Summe	3705,7	3827,2	3902,1	3983,9	4104,3	4198,7	4312,4	4481,4	4519,5	4591,5

Quelle: BMF (div. Jahrgänge)

Legende: 0,0 entspricht Werten &lt; 0,05 Mio. EUR

Tabelle 9: FLAF-Einnahmen 1994-2004 (in %)

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (BVA)
Dienstgeberbeiträge	72,0	71,6	71,3	71,6	71,7	72,3	72,8	72,8	73,7	73,9
Mehrkindzuschlag (Ersatz von Selbst- trägern)	---	---	---	---	---	---	---	0,1	0,1	0,1
Anteil ESt/KöSt	8,2	8,7	9,2	9,3	9,7	9,5	9,4	10,0	9,2	9,0
Abgeltung von Ansätzen für	18,6	18,0	17,7	17,3	16,8	16,4	16,0	15,4	15,3	15,0
Beiträge von land- u. forstwirtschaftlichen Betrieben	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Beiträge der Länder	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Transferzahlungen von privaten Haushalten	---	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ersatz Heimfahrtbei- hilfe für Lehrlinge	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,3
Härteausgleich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Familienberatungs- stellen	---	---	---	---	---	---	---	---	---	0,0
Unterhaltsvorschüsse	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	0,9	0,9
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: BMF (div. Jahrgänge)

Legende: 0,0 entspricht Anteilen &lt; 0,05%

## Übersicht 6: Definition der Einkommensverhältnisse für die Modellfamilien

	Situation A IN KARENZ		Situation B UNSELBST. ERWERBSTÄTIG		Situation C NICHT ERWERBSTÄTIG		Situation D SELBST. ERWERBSTÄTIG	
Familienform	2 ET	1 ET	2 ET	1 ET	2 ET	1 ET	2 ET	1 ET
Eigenes Einkommen	-	-	mittel	mittel	-	-	niedrig	mittel
Partner-Einkommen	mittel	-	mittel	-	mittel	-	mittel	-
Familieineinkommen	mittel	-	hoch	mittel	mittel	-	mittel	mittel

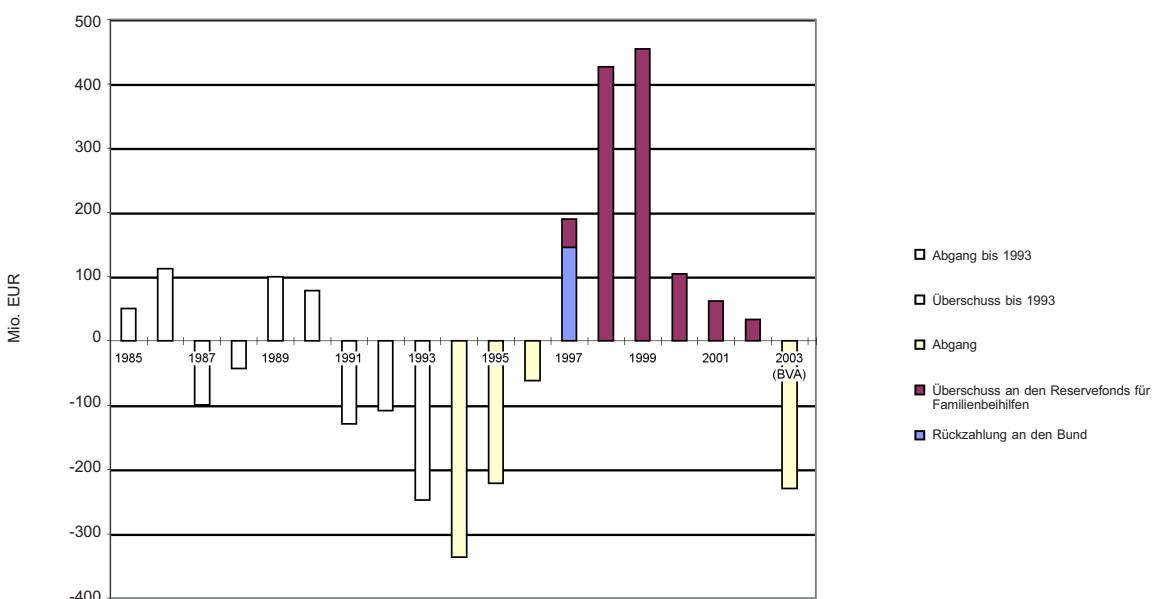
ET=Elternteil/e

Legende: „niedrig“ = Unterschreiten der für Anspruchsbestimmung maßgeblichen Einkommensuntergrenzen, dadurch Anspruch auf Leistungen für einkommenschwache Familien

„mittel“ = Überschreiten der Unter- sowie Unterschreiten der Obergrenzen, dadurch kein Anspruch auf Leistungen für einkommenschwache Familien, aber Anspruch auf Leistungen, von denen nur Hochverdiener ausgeschlossen sind

„hoch“ = Überschreiten der Obergrenzen, dadurch weder Anspruch auf Leistungen für einkommenschwache Familien noch auf Leistungen, von denen nur Hochverdienende ausgeschlossen sind

Grafik 11: Abgänge und Überschüsse des FLAF 1985-2003



## 4.2 Referenzen

*Amann, Wolfgang und Norbert Neuwirth (1999): Familienrelevanz der Wohnbauförderung der österreichischen Bundesländer. FGW-Schriftenreihe Nr. 134. Wien: FGW.*

*Badeit, Christoph (1994): Theoretische Fundierung der ökonomischen Familienförderung – Empirische Analyse des Familienlastenausgleichsfonds in Österreich. Wien: BMUJF.*

*BMF (div. Jahrgänge): Teilheft zum Bundesvoranschlag zu Gruppe 1: Innenverwaltung, Kapitel 19: Familie, Generationen, Konsumentenschutz. Wien: BMF.*

*BMSG (2001): Gewalt in der Familie. Wien: BMSG*

*BMSG (2002): Familienfreundliche Politiken in Österreich. Hintergrundbericht zur OECD-Mission in Österreich 21. bis 25. Oktober 2002. Wien: BMSG.*

*BMUJF (Hrsg.) (1999): Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. 4. Österreichischer Familienbericht. Wien: BMUJF.*

*GBV (Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen) (2002): Wohnbauförderung – allgemeine Bedeutung und aktuelle Trends. [www.gbv.at/ThemaDerWoche/wbf.pdf](http://www.gbv.at/ThemaDerWoche/wbf.pdf) [21.01.2004].*

*Gisser, Richard et al. (Hrsg.) (1990): Lebenswelt Familie. Wien: IEF.*

*Statistik Austria (2003): Haushaltführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002. <ftp://www.statistik.at/pub/neuerscheinungen/kinderbetreuung1.pdf> [11.02.2004].*

*Statistik Austria (Hrsg.) (2004): Wohnbautätigkeit 2002. Wien: Verlag Österreich.*

*Statistik Austria (Hrsg.) (div. Jahrgänge): Mikrozensus Jahresergebnisse. Wien: Verlag Österreich.*